

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **16./17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 2. Dezember 2019

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.05 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)  
 Protokoll: A. Fatzer  
 Entschuldigt: 16./17. Sitzung: L. Jacot (SP)

### Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 14./15. Sitzung	
2.*	19.65	Auflösung der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neuwahl Ombudsperson (SOP)	<b>S. Stierli</b>
3.*	19.103 (DFI)	8. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005	<b>R. Kappeler</b>
4.*	18.70 (DFI)	Parlamentarische Initiative U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben	<b>R. Kappeler</b>
5.*	19.116 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2020 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	<b>M. Nater</b>
6.*	19.95 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur	<b>R. Diener</b>
7.*	19.99 (DKD)	Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals	<b>C. Bozzi-Brunel</b>
8.(*)	19.111 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023	<b>F. Helg</b>

9. 19.110 Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2019 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission) **Verschiedene**
10. 17.90 (DSS) Fristerstreckung für die Umsetzung der Motion U. Glättli (GLP), Ch. Baumann (SP), G. Gisler (SVP) und Y. Gruber (BDP/EVP) betr. Schulbehörden-Organisation Winterthur
11. 19.108 (DSS) Begründung des Postulats M. Steiner (SP), Th. Leemann (FDP), K. Gander (Grüne/AL) und S. Müller (EVP) betr. Angebot einer qualitativ hochwertigen Prüfungsvorbereitung für die Kantons- und Berufsmaturitätsschulen an allen Schulen der Stadt
12. 19.23 (DSS) Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) und S. Kocher (GLP) betr. Gymnasiumsprüfungsvorbereitung
13. 19.127 (DTB) Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (GLP), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050
14. 17.119 (DSS) Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), M. Zehnder (GLP), B. Huizinga (EVP/BDP) und G. Milicevic Decker (Grüne/AL) betr. mehr Sonderklassen in Winterthur statt an auswärtigen Standorten
15. 17.95 (DB) Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen
16. 17.120 (DB) Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss
17. 17.67 (DB) Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz)
18. 17.159 (DTB) Beantwortung der Interpellation Z. Dähler (EDU) und St. Feer (FDP) betr. Schwarmnutzung in der Stromversorgung
19. 16.93 (DKD) Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin und M. Wäckerlin (beide GLP/PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur
20. 17.163 (DKD) Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), M. Wenger (FDP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Lüchinger-Mattle (CVP) betr. private Finanzierung von städtischen Leistungen
21. 16.121 (DKD) Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rüsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling
22. 18.10 (DKD) Beantwortung der Interpellation B. Zäch (SP) und F. Künzler (SP) betr. städtisches Land im Teuchelweihergebiet: Stadt- und Verkehrsplanung?
23. 18.13 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Sörgo (SP), D. Hofstetter (Grüne), K. Cometta (GLP) und Y. Gruber (BDP) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der städtischen Verwaltung und nahestehenden Unternehmen
24. 18.66 (DKD) Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), U. Glättli (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), I. Kuster (CVP/EDU) und B. Huizinga (EVP) betr. Transparenz bei der Stimmbeteiligung

- |     |                |  |
|-----|----------------|--|
| 25. | 18.57<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), R. Diener (Grüne) und Z. Dähler (EDU) betr. Bedürfnisse Quartier Gutschick  |
| 26. | 18.22<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), L. Banholzer (EVP), K. Gander (AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betr. Belastungen im Schulleitungsumfeld   |
| 27. | 18.68<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung |
| 28. | 18.58<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung  |
| 29. | 18.59<br>(DB)  | Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP), A. Geering (CVP) und U. Hofer (FDP) betr. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen  |

*\* an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Ratspräsident A. Geering:** Guten Abend. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 16. und 17. Sitzung des Amtsjahres 2019/20.

Ganz besonders begrüssen möchte ich Roman Hugentobler, der heute das erste Mal an unserer Sitzung dabei ist. Er ist nachgerückt für David Berger für die AL.

Wir gratulieren heute Abend nachträglich mit ein bisschen Verspätung Urs Hofer zur Geburt von Stella. Wir haben das an der letzten Sitzung ja schon einmal angetönt. Sie ist am 28. Oktober 2019 auf die Welt gekommen (man kann sagen gegen Ende der AK-Sitzung). Wie bereits angekündigt werden wir noch eine Karte zirkulieren lassen, damit sich alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dem späten Glückwunsch anschliessen können.

Ich komme zur heutigen Sitzung. Entschuldigt für beide Sitzungen ist Lea Jacot aus gesundheitlichen Gründen. Zeno Dähler kommt aus beruflichen Gründen etwas verspätet. Sonst sind mir keine Abmeldungen bekannt.

## Mitteilungen

**Ratspräsident A. Geering:** Bei den Mitteilungen fange ich heute mit den Aufnahmen an. Wir haben zum einen Marc Wäckerlin, der wie immer allenfalls seine eigenen Voten aufnehmen wird. Er hat dazu technisch ein bisschen aufgerüstet. Er braucht aber auch das Stativ nur für die Aufnahme seiner eigenen Voten.

Dann haben wir heute den Fotografen vom Landboten im Rat, der fotografieren wird während der Sitzung.

Dann möchte ich wieder einmal darum bitten, dass diejenigen, die ihre Voten in schriftlicher Form vorliegen haben, diese doch bitte Andrea auch zukommen lassen würden für das Protokoll. Sie macht das Protokoll grundsätzlich nach den Tonaufnahmen, aber es hilft, wenn jemand bei einem wichtigen Wort genuschelt oder Zahlen verschluckt hat, dann kann man das in der schriftlichen Version nachschauen.

Ihr habt im Mail, das Marc Bernhard am Freitag vorgängig verschickt habt, gesehen, dass ich zum Traktandum 8 und dann ab Traktandum 14 Redezeitbeschränkungen beantragen werde. Ich werde das dort bei den Traktanden bringen.

Ihr habt auch gesehen, dass ich fest vorhabe, an der Sitzung vom 16. Dezember festzuhalten (an der 1. Sitzung). Beides sind Massnahmen, um unsere Pendenzen an beantworteten Interpellationen, Postulaten und Motionen abzarbeiten. Wir haben dort Vorstösse, bei denen bei einem die Antwort aus dem Dezember 2017 ist und mehrere aus dem 1. Quartal 2018. Wir haben anfangs dieses Jahres eine parlamentarische Initiative abgelehnt, die dieses Thema

auf eine Art und Weise angehen wollte. Man sagte damals, die Initiative sei das falsche Mittel, aber das Problem ist erkannt. Das war so etwa das, was ich aus dem Rat herausgehört habe. Und das wäre ein Versuch, um an diesen Pendenzen etwas abarbeiten zu können. Am 16. Dezember um 18.30 Uhr würden wir Euch dann wie angekündigt im unteren Stock zum Weihnachtsapéro einladen.

Dann kann ich heute darauf hinweisen, dass der Stadtrat am 6. November 2019 die Weisung 2018.060 zurückgezogen hat. Das ist der jährliche Kredit bis 90'000 für eine Medienbeobachtung, der zurückgezogen worden ist. Zu diesem Anliegen hat der Stadtrat am gleichen Datum eine neue Weisung beschlossen, die Weisung 2019.128 «jährlicher Kredit von 60'000 Fr. für die Medienbeobachtung». Die neue Weisung ersetzt die alte Weisung, womit die Weisung 2018.060 abgeschrieben ist.

Soweit meine Mitteilungen.

## Fraktionserklärungen

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Fraktionserklärungen oder persönliche Erklärungen? Mir ist nichts bekannt. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

## Dringliche Interpellation

**betr. materielle Grundlagen zum Budget 2020 des Departementes Schule und Sport (GGR-Nr. 2019.132)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir haben eine dringliche Interpellation von der SVP erhalten. Wie das vorgesehen ist bei dringlichen Interpellationen, behandeln wir diese vor dem offiziellen Eintreten in die Traktandenliste. Der Ablauf ist folgender: Wir werden zuerst die Begründung für die Dringlichkeit hören von der SVP, dann über die Dringlichkeit abstimmen. Falls die Dringlichkeit abgelehnt ist, wäre die Interpellation in dieser Form erledigt und könnte allenfalls nochmals als gewöhnliche Interpellation eingereicht werden, wenn das die Interpellanten wünschen. Wenn der Dringlichkeit zugestimmt wird, hat der Stadtrat entweder die Möglichkeit, an der heutigen Sitzung mündlich zu antworten oder an der nächsten Sitzung schriftlich.

Die Debatte inhaltlich zur Interpellation gibt es erst nach der Antwort des Stadtrates. Damit gebe ich das Wort Thomas Wolf zur Begründung der Dringlichkeit.

**Th. Wolf (SVP):** Die Dringlichkeit ist für uns gegeben, da sich die Interpellation auf die anschliessende Budgetdiskussion bezieht. Wir haben da eine Baustelle, bei der lange Zeit gearbeitet wird und es vermutlich auch lange Bremsspuren gibt, wenn man jetzt noch etwas ändern würde. Das ist das, was man weiss. Und was man nicht weiss, macht es für uns etwas schwierig, heute Abend vernünftig zu entscheiden - und deshalb wären wir froh, wenn wir dazu bereits heute Abend eine Stellungnahme erhalten könnten. Danke für Eure Unterstützung.

Noch eine Korrektur: Auf dem Papier ist Urs Glättli noch als Mitunterzeichner aufgeführt: Das ist nicht so. Es ging die falsche Version raus.

**Ratspräsident A. Geering:** Für das Protokoll: Der Ersteinreichende ist Thomas Wolf und es hat keine weiteren Mitunterzeichner.

Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Zählen bitte. Wer die Dringlichkeit ablehnt, möge die Hand erheben.

Damit habt Ihr der Dringlichkeit mit 30:25 Stimmen zugestimmt und die Dringlichkeit ist damit gegeben.

Möchte der Stadtrat jetzt mündlich antworten?

**Stadtrat J. Altwegg:** Es sind diverse Fragen, die da sind. Die sind zu interpretieren aufgrund eines Landbote-Artikels, der letzte Woche veröffentlicht wurde, rund um die Medienmitteilung der Zentralschulpflege. In dem Sinne auch ein Kompliment in Richtung Landbote, an Marc Leutenegger: Er hat es geschafft, in kurzer Form zu erklären, um was es im Groben und Ganzen geht. Es ist eine ziemlich komplexe Geschichte und von daher muss ich sagen, ist das gut gelungen.

Selbstverständlich hat es noch ein bisschen mehr Fleisch am Knochen als in diesem Artikel steht. Was Wunder: Das Rahmenkonzept umfasst doch knapp 40 Seiten. Das sind primär Handlungsanweisungen für alle Stakeholder, die wir haben in der Grund- und Sonderschule, wo dort minutiös aufgezeigt wird, wer was zu tun hat.

In dem Sinne möchte ich mich auch bisschen verwehren, dass es ohne fundierte und detaillierte Sachinformationen an das Parlament geraten ist. Die vorbereitende Kommission BSKK hat darüber schon ganze 4 x beraten. Das 1. Mal am 22. Oktober 2018, also deutlich mehr als ein Jahr her. Angefangen hat das ja mit einem Untersuch 2017. Daran wurde gearbeitet, bis am 18. März 2019 ein erster Projektbericht in der BSKK behandelt wurde. Dort hat man dargestellt, wo man steht und wie es weitergeht. Am 2. September 2019 haben wir dann das Rahmenkonzept Schulische Integration in der BSKK vorgestellt. Erneute Informationen haben wir am 18. November im Rahmen des Budgets auch nochmals der BSKK erklärt. Ich habe nochmals versucht, ihnen in anderen Worten zu erläutern, was hinter dem Projekt WEGA als Ablösung des SIRMA-Konzepts steht, bzw. neu eben das Rahmenkonzept Schulische Integration.

Dann möchte ich mich auch ein bisschen verwehren gegen Äusserungen, es sei «lediglich» die ZHAW an der Evaluation beteiligt gewesen. Wir haben die SIRMA-Geschichte ja untersuchen lassen. Es war nicht die ZHAW alleine, sondern zusammen mit der HfH, das ist die interkantonale Fachschule für Heilpädagogik, also eine ausgewiesene Fachinstitution, die zusammen mit der ZHAW das auch sehr genau untersucht hat, viele Interviews geführt hat und einen sehr ausführlichen Bericht (es waren 43 Seiten) verfasst hat, als sie das SIRMA-Konzept untersucht haben. Dort gingen glasklare Ergebnisse hervor, es gab nichts zu deuten und nichts zu zweifeln. Es war uns klar, wo wir handeln müssen, wo man sich neue Sachen überlegen muss. Es hätte keinen Sinn gemacht, noch weitere teure Berichte anzufordern, die schlussendlich zum gleichen Ergebnis gekommen wären. Das zur 2. Frage.

Dann die 3. Frage: Auf welchen Grundlagen basiert das Sonderschul-Budget? Da hat es einerseits Erfahrungen, die da mitspielen (über die Jahre, in denen wir das gemacht haben) und Erwartungen, die auf uns zukommen. Und es ist so, dass wir seit dem Schuljahrstart 2019/2020 schon ziemlich gut wissen, wie viele Sonderschülerinnen und Sonderschüler wir vor uns haben. 7 Monate von 2020 ist der Mist schon geführt, da kann man gar nicht mehr viel machen. Nur für die letzten 5 Monate kann man allenfalls noch etwas anpassen. Von daher haben wir da schon viele Erfahrungen und Wissen. Und gleichzeitig haben wir ja gesagt, das Rahmenkonzept Schulische Integration wird gewisse Vorwirkungen haben. Und entsprechend haben wir das Budget auch schon ein bisschen reduziert. Ich erlaube mir, ganz kurz die Grafik, die ich im Verlauf der Budgetdiskussion nochmals zücken werde – etwas detaillierter – aufzulegen. Diese Grafik kennt die BSKK auch bestens. Es ist wirklich eine rein qualitative Betrachtung. Ich will nicht zu sehr ins Detail gehen. Wichtig ist: Die rote Kurve ist eine ungefähre Prognose, wenn wir nichts gemacht hätten in der letzten Zeit. Wenn wir einfach gesagt hätten, wir lassen die Kosten der Sonderschulung laufen. Dann explodieren sie weiter. Sie sind schon heute explodiert und das würde weiter passieren. Das blaue Übergangsjahr ist 2020. Und Sie sehen an der blauen Kurve da, das ist das Budget, das wir Ihnen vorgelegt haben. Die rote Kurve ist irgendwo da oben. Zu den Zahlen sage ich dann allenfalls beim Budget noch etwas. Einfach damit man das weiss. Das Budget ist nicht irgendwie im luftleeren Raum entstanden, sondern wir haben uns da viel überlegt dazu und da hat es viel Fachwissen dahinter.

Frage 4: Ich habe mich natürlich gefreut, dass Sie sich Sorgen machen um meine Einsamkeit, wenn ich mich als Vorsteher vom Departement Schule und Sport ganz alleine 24 h 7

Tage die Woche um das kümmern muss... So ist es nicht. Das ist glaube ich auch in der Medienmitteilung und auch in den Medien klar herausgekommen: Ich bin da überhaupt nicht alleine, da ist eine ganze Zentralschulpflege dahinter. Und das nicht nur einfach ein bisschen dahinter, sondern sie hat das Rahmenkonzept Schulische Integration einstimmig an den Start geschickt. Es ist also nicht so, dass man da ganz viele Zweifel hätte oder nicht richtig weiss, um was es geht, sondern die gesamte Zentralschulpflege steht hinter diesem Projekt. Daneben auch die Schulleitungen, Lehrpersonen usw. Diese waren am Anfang sehr kritisch, das ist unterdessen nicht mehr der Fall. Es ist kein Projekt, das auf wackeligen Füßen steht und Bremsspuren ziehen wird, sondern das wird sehr gut funktionieren.

Und die letzte Frage ist natürlich auch ein bisschen tendenziös. Ich möchte eigentlich noch ein bisschen im Amt bleiben, wenn es irgendwie geht. Und von daher, wenn das nicht passieren sollte (ich unter das Tram kommen sollte oder was sonst noch alles passieren kann), dann gehe ich doch davon aus, dass eine Nachfolge von mir ebenso diese Kosten im Griff haben will, sehen will, für was man Geld ausgibt in der Sonderschule und die entsprechend identifizierten Kostentreiber, die man erkannt hat, oder auch die Fehlanreize, die wir identifiziert haben, weiterhin entsprechend reduzieren und die Kosten mit diesen Rahmenkonzept weiterhin im Griff haben will.

Das zu meinen Antworten auf diese 5 Fragen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

**Ratspräsident A. Geering:** Besten Dank, Jürg Altwegg. Damit können wir diese Antwort diskutieren. Das Wort hat Thomas Wolf.

**Th. Wolf (SVP):** Ich danke Jürg für diese Auskunft zu unseren Fragen. Wir sind nach wie vor der Meinung, da muss etwas passieren. Wir würden gerne noch mehr wissen. Man wird sicher im Rahmen der Budgetdebatte da noch mehr dazu sagen können. Vorläufig einmal danke und – noch nicht ganz zufrieden.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Interpellationsantwort?  
- Das ist auch nicht der Fall.

Da es eine kurze Debatte war – wünscht der Stadtrat zu replizieren? – Das ist auch nicht der Fall.

Damit haben wir die Antwort zu dieser dringlichen Interpellation zur Kenntnis genommen und können damit diese Interpellation als erledigt abschreiben.

## Traktandenliste

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen um 16.31 Uhr zur Traktandenliste.

Wir haben bekanntgegeben, dass wir die Traktanden 3 und 4 zusammen behandeln werden, ebenso werden die Traktanden 11 und 12 zusammen behandelt.

Das Traktandum 9 ist noch nicht behandlungsreif und damit abgesetzt.

Dann haben wir im Mail angekündigt, dass wir die Traktanden 5 – 7 und das Traktandum ohne Diskussion behandeln würden. Das ist unterdessen beim Traktandum 7 nicht mehr so. Beim Traktandum 7 ist mir ein SVP-Änderungsantrag zur Kenntnis gegeben worden, d.h. zum Traktandum 7 gibt es einen Antrag und allenfalls eine Debatte.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall.

## 1. Traktandum

### Protokoll der 14./15. Sitzung

---

**Ratspräsident A. Geering:** Abnahme des Protokolls der 14./15. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Protokoll? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dieses Protokoll genehmigt. Vielen Dank, Andrea, für das Verfassen.

## 2. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.65: Auflösung der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neuwahl Ombudsperson (SOP)**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Auflösung der Spezialkommission zur Vorbereitung der Neuwahl Ombudsperson (SOP). Das Wort hat Silvio Stierli.

**S. Stierli (SOP):** Die Kommission hat ihre Arbeit getan und ich beantrage, dass wir sie auflösen.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen?

Dann ist diese Kommission damit aufgelöst.

Ich möchte nochmals ganz herzlich allen danken, die in dieser Kommission tätig waren, allen voran Silvio Stierli, der diese Kommission geleitet hat. Dann den Kommissionsmitgliedern, die sich in den letzten Monaten dafür eingesetzt haben in diesem Findungsprozess, dass wir eine gute neue Ombudsperson bekommen, und natürlich auch Marc, der die Kommission in diesem Prozess auch begleitet hat.

## 3. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.103: 8. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltsverordnung) vom 31. Okt. 2005**

## 4. Traktandum

### **GGR-Nr. 2018.70: Parlamentarische Initiative U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zum Traktandum 3 und 4: 8. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur und die Parlamentarische Initiative betreffend Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben. Wir werden das so behandeln, dass zuerst Roland Kappeler als Kommissionssprecher dieses Geschäft vorstellen wird. Dann werden wir eine Debatte über alles führen, über die beiden Weisungen. Anschliessend werden wir allfällige Anträge hören und dann eine Detailberatung zur Finanzhaushaltsverordnung mit dem entsprechenden Antrag führen. Und dann die Schlussabstimmung weisungs- und ziffernweise durchführen. Das Wort hat Roland Kappeler.

**R. Kappeler (AK):** Warmlaufen zur Budgetdebatte – es geht um die finanzrechtlichen Grundlagen. Materiell ist das Geschäft nicht allzu kompliziert, aber von den Abläufen her (Andreas Geering hat es angetönt) ist es ein bisschen verflochten und deshalb hat es einige Folien mehr als sonst.

Das ist der Überblick: Ich erkläre kurz die Ausgangslage mit den zwei Weisungen, die wir in der AK zusammengeführt haben, harmonisiert haben. Ich werde nachher detailliert auf die Verordnung über den Finanzhaushalt eingehen, also die 1. Vorlage, werde dort einen materiell umstrittenen Artikel zur Behandlung vorlegen. Ein zweiter umstrittener Artikel kommt aus der Parlamentarischen Initiative, also aus der 2. Weisung. Und am Schluss dann die Beratung und die Anträge der Aufsichtskommission.

Ausgangslage: Die Finanzhaushaltsverordnung enthält im Anhang die Gliederung von Budget und Jahresrechnung (alt heisst das noch Verwaltungsrechnung) in Produktgruppen und Produkte. Weil es eine Verordnung ist, sind wir zuständig als rechtsetzende Behörde, auch Änderungen in diesen Produkten abzusegnen. Das haben wir nicht immer gleich im Einzelfall gemacht, sondern teilweise rückwirkend, teilweise vorausschauend – so ein bisschen gesamthaft. Das letzte Mal in einem Paket per 1.1.2015 unter Vorausschauung vom 1.1.2016 - und unterdessen hat es auch wieder ein paar Änderungen gegeben. Diese Änderungen sind uns aber immer mit dem Budget klar kommuniziert worden, es steht drin, wenn irgendeine neue Produktgruppe auftaucht, dass das gleichzeitig ein Antrag an uns ist. Die Praxis war relativ unkompliziert. Aber das ist ein Punkt, über den wir nachher sicher streiten werden. Der Anlass zur Änderung der Finanzhaushaltsverordnung ist das übergeordnete Recht. Das Gemeindegesetz und das Haushaltrecht des Kantons benützen viele neue Begriffe und das bedingt eine sprachliche Überarbeitung. Diese ist weitgehend unbestritten. Ich gehe im Detail auch gar nicht darauf ein. Ihr habt auf Seite 1 in der Weisung unten in einer Tabelle die wichtigsten Übersetzungshilfen von alt zu neu – das ist kein Problem.

Das dritte Element, das hineinspielt, ist die Parlamentarische Initiative zu hohen, gebundenen Ausgaben. Und weil diese direkt die Finanzhaushaltsverordnung betrifft, haben wir in der AK eben die beiden Geschäfte zusammengeführt. Im Art. 28 kommt dann die PI hinein, über die wir nachher wahrscheinlich separat abstimmen müssen. Aber erklären und diskutieren können wir es wahrscheinlich gleich in einem Wisch.

Zur stadträtlichen Vorlage zur Finanzhaushaltsverordnung: Wir haben 4 Ziffern und sehr viele Anhänge und Beilagen. Es sieht komplizierter aus, als es in Wirklichkeit ist.

Beilage 1a zeigt den Antrag des Stadtrates für den neuen Verordnungstext.

Beilage 1 b zeigt die Synopsis. Das ist wahrscheinlich das, was wir nachher - falls man artikelweise durchgehen muss - am ehesten braucht.

Es geht um die sprachliche Überarbeitung, die unbestritten ist. Materiell haben wir den Art. 5, der den Anhang betrifft, ob Produktgruppen weiterhin Teil dieser Verordnung sein sollen oder nicht. Und wir haben den Art. 28 aus der Parlamentarischen Initiative über hohe, gebundene Ausgaben. Zu diesen beiden Artikeln liegen Anträge vor, die kommen dann gleich im nächsten Punkt. Das sind wahrscheinlich zwei Diskussionspunkte.

Wenn man die Stadtratsweisung aber weiter anschaut, hat es noch ein paar Ziffern, und diese betreffen die Nachführung der Produktgruppen und der Produkte. Ziffer 2 betrifft die Nachführung bis und mit Budget 2019, Ziffer 3 (und das ist der Grund, weshalb diese Verordnung noch vor der Budgetdebatte behandelt wird) beinhaltet dann gleich die Produktgruppen per 1.1.2020 – also so, wie sie im neuen Budgetbuch vorliegen, damit wir das sauber vorher absegnen. Und wenn Ziffer 1 vom Stadtratsantrag aber angenommen wird in der stadträtlichen Variante, die beantragt, dass dieser Anhang gar nicht mehr Teil der Verordnung sein soll, dann ist das nicht mehr als juristische Kosmetik. Dann segnen wir das so ab, aber eigentlich hat es keine Relevanz mehr. Falls wir allerdings dem Antrag der AK folgen, er diesen Anhang drinnen behalten will, dann haben wir damit einfach die Hausaufgabe für die Vergangenheit gelöst und dann wird diese Version, die jetzt für das Budget 2020 gilt, dann auch in Zukunft als Anhang weitergeführt – allerdings nur noch mit den Produktgruppen und nicht mehr mit den einzelnen Produkten.

Damit bin ich bei den umstrittenen Punkten. Das ist der Artikel 5. Wir haben grün den Antrag des Stadtrates, der sagt, die Gliederung von Budget und Jahresrechnung in Produktgruppen und Produkte inklusive Zuordnung zu den Departementen obliegt künftig dem Stadtrat. Änderungen werden uns – wie bisher – mit dem Budget zur Kenntnis gebracht. Warum kommt der Stadtrat auf diese Idee? Einerseits ist es noch praktisch, dass man nicht alle paar Jahre daran denken muss, dass man so viel geändert hat, dass man die Verordnung wieder einmal ändern muss. Aber das ist nicht der Hauptgrund. Der Hauptgrund liegt beim Gemeindegesetz, das ganz klar sagt, dass der Gemeindevorstand (das ist bei uns eben der Stadtrat) die Organisation der Verwaltung regelt, in einem Behördenerlass. Und Behördenerlass heisst mit einem Stadtratsbeschluss und nicht mit einer gemeinderätlichen Verordnung. Und der Stadtrat geht davon aus (das dünkt mich plausibel), wenn er die Organisation der Verwaltung, also

spricht die Organisation der Departemente, der Abteilungen, die nachher Produktgruppen bilden usw., selber organisieren kann, dass es wenig Sinn macht, dass wir als Gemeinderat nachher in der Rechnung Produktgruppen definieren.

Dem gegenüber steht der Antrag der Aufsichtskommission, der eine Mehrheit gefunden hat, die sagt: Nein, wir wollen die Produktgruppen weiterhin in der Kompetenz des Gemeinderates haben. Das ist der gelbe Antrag darunter. Es ist okay, wenn der Stadtrat die Gliederung in Produkte macht und uns das mit dem Budget jeweils zur Kenntnis bringt, aber die Produktgruppen wollen wir weiter in der Hand behalten. Es braucht dann im Anhang 1 das Kleingedruckte (das ist im Moment nicht so wichtig), dass man die Ziffer 3 in der Weisung auch für die Zukunft nimmt, aber ohne Produkte. Die Begründung der Mehrheit der AK hier bezieht sich auch auf das Gemeindegesetz und sagt halt dort, die Haushaltkompetenz, die Budgetkompetenz, ist beim Gemeinderat. Ein Gemeindeerlass (das wäre dann eben unsere Verordnung) regelt die Haushaltsführung mit Globalbudgets. Das wäre die Argumentation, dass wir weiterhin die Produktgruppen bezeichnen sollen.

Die Diskussion um die Anträge kommt später, aber das ist sicher der 1. umstrittene Punkt. Der 2. Punkt betrifft Artikel 28, und das ist die PI, die zwei Ziffern hat. Ziffer 1 ist unbestritten. Sie ist in der Finanzhaushaltsverordnung ohnehin drin und die bleibt, ob wir jetzt die PI annehmen oder nicht, nämlich dass gebundene Ausgaben vom Stadtrat und der Zentralschulpflege in ihren Zuständigkeitsbereichen nach Massgabe vom Gemeindegesetz beschlossen werden können. Es ist ein bisschen eine neue Formulierung als in der Vergangenheit, u.a. kommt die Zentralschulpflege neu hinein. Das ist aber nötig von den Vorgaben des Gemeindegesetzes her. Das ist unbestritten, das würde auch drinbleiben, wenn man die PI annehmen würde.

Hingegen umstritten ist der Absatz 2, den eben die Parlamentarische Initiative fordert, und der Stadtrat findet, das ist nicht nötig. Da geht es also darum, ob wir den Absatz 2 drin haben oder ob wir keinen Absatz 2 haben. Der Absatz 2 in der Parlamentarischen Initiative verlangt, dass hohe gebundene Ausgaben (und das «hohe» ist definiert als über 1 Mio. einmalig oder 250'000 Fr. jährlich wiederkehrend), dass diese amtlich zu veröffentlichen sind, dass diese Veröffentlichung den rechtlichen Vorgaben entspricht, also die Begründung der rechtlichen Vorgaben enthält (die haben wir oben drin in dem Gemeindegesetztext, also sachlich, zeitlich und örtliche Dringlichkeit). Das muss ausführlich begründet sein. Und die amtliche Publikation braucht eine Rechtsmittelbelehrung. Und die Parlamentarische Initiative wurde nicht ganz in dieser Form eingereicht, sie wurde im Rahmen der AK-Beratung leicht verändert, redaktionell angepasst, aber das ist die Formulierung, die schlussendlich in der AK eine Mehrheit fand und die jetzt als Antrag zum Artikel 28 vorliegt.

Kurz zum Ablauf der Beratung in der AK: Zum ersten hat der Präsident der AK, Felix Helg, die Sachkommissionen aufgefordert oder eingeladen, sie könnten Stellung nehmen zu dieser ganzen Geschichte. Es hat aber niemand von diesem Recht Gebrauch gemacht. Dann hat die AK zwei Lesungen zur Finanzhaushaltsverordnung durchgeführt und ihre Beschlüsse gefasst. Und die Parlamentarische Initiative haben wir von der Einreichung bis zum Beschluss jetzt haben wir in 5 Lesungen in diese Vorlage hineinharmonisiert. Wir haben am Schluss eine 8:2 Abstimmung über die Gesamtvorlage gehabt, mit der wir die Finanzhaushaltsverordnung mit dem Art. 5 in der Version AK und den Art. 28 in der Version PI empfehlen. In den Einzelabstimmungen 6:4, in der Gesamtabstimmung nachher mit 8:2. Und haben dann in den Ziffern 2 – 4 die roten Formulierungen ergänzen müssen, damit es dann so stimmt, falls der Antrag 5 angenommen wird, also falls man die Produktgruppen weiterhin in der Verordnung lässt.

Damit sind wir schon fast am Ende. Noch zur Parlamentarischen Initiative: Dort mussten wir es das erste Mal so machen, dass die AK nach der Beratung noch einen Bericht schreiben musste. Und deshalb haben Sie zu dieser PI eine zweite oder eigentlich eine erste grosse Weisung bekommen. Erstmals eine Weisung der Aufsichtskommission. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich Felix Helg für diese Zusatzarbeit, die er hier leisten musste/durfte/sollte, eine Weisung der AK zu schreiben. Wir haben diese Formulierung gemacht, so wie wir es

vorhin in den zwei Folien mit den Abstimmungsvarianten gesehen haben. Wir haben die Sachen angepasst und insgesamt wir beantragen wir Ihnen mit 6:4 die Annahme der Parlamentarischen Initiative.

Ich weiss nicht, ob es v.a. von den Initianten der Parlamentarischen Initiative da noch zuerst eine Begründung braucht, oder ob ich direkt die Meinung der SP anhängen soll. Das kannst Du entscheiden, Andreas.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir würden zuerst Urs Glättli sprechen lassen als Erstunterzeichner der Parlamentarischen Initiative.

**U. Glättli (GLP):** Kann ich das Fraktionsvotum auch noch gleich anhängen?

**Ratspräsident A. Geering:** Nachher gehen wir in die Fraktionsvoten, dann kann man das gleich anhängen.

**U. Glättli (GLP):** Es geht hier - mit Ausnahme eines spezifischen Punktes (wie es Roli Kappeler schon gesagt hat) - um eine mehr oder weniger formelle Nachführung der städtischen Finanzhaushaltsverordnung und um eine bedeutsame Rechtsänderung zur Begründung und amtlichen Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben.

Die Grünliberalen stimmen der Änderung der Finanzhaushaltsverordnung in der von der Aufsichtskommission beantragten Form zu. Es tut mir leid, ich habe das Votum schon vorbereitet und es fliesst beides miteinander ein. Im besagten umstrittenen Punkt, Artikel 5 FHV, geht es um eine zweckmässige Verzahnung der parlamentarischen Regelung der städtischen Haushaltsführung mit Globalbudget. Diese muss verzahnt werden mit der Befugnis des Stadtrates zur Organisation seiner Verwaltung. Ich denke, die AK hat da eine gute Lösung gefunden, eine pragmatische Lösung, mit der alle leben könnten.

Mit Freude werden wir der Parlamentarischen Initiative – wie sie nun von der Aufsichtskommission beantragt ist im Art. 28 Abs. 2 – zustimmen.

Als Erstinitiant freut es mich besonders, dieses neue Instrument „Parlamentarische Initiative“ - hoffentlich - erstmals erfolgreich bedient zu haben! Es steht den Zürcher Stadtparlamenten erst seit 1. Januar 2018 offen. Wir feiern heute also Premiere!

Noch viel wichtiger ist jedoch, dass damit in der städtischen Finanzhaushaltsverordnung ein Anliegen neu verankert wird: Inskünftig wird jede Bewilligung einer gebundenen Ausgabe von einmalig über 1 Mio. und von jährlich wiederkehrend über 250'000 Franken amtlich zu veröffentlichen sein. Egal auf welchem Weg die Bewilligung der gebundenen Ausgabe erfolgt, jede Bewilligung in dieser Höhe muss inskünftig eingehend korrekt begründet und mit einer ordentlichen Rechtsmittelbelehrung versehen, amtlich veröffentlicht werden.

Darauf haben wir Grünliberalen lange gewartet. Damit schaffen wir Transparenz, Rechtssicherheit und Good-Governance. In Kürze schaffen wir somit mehr Finanzdemokratie. Bei einem Haushalt mit mehr als 80% gebundenen Aufwendungen ist das ein erfreulicher Schritt in die Zukunft.

Es freut uns, dass dieses Anliegen bereits in anderen Zürcher Städten Nachahmer gefunden hat. In Wetzikon ist es die Grüne Partei, die dieses Anliegen mit einer Motion aufgegriffen hat. Es ist daher konsequent und es freut uns, wenn wir auch in Winterthur von den Grünen in diesem Anliegen mitunterstützt würden.

Die bereits verabschiedete Informationsverordnung schafft die rechtliche Grundlage zur inzwischen bereits praktizierten, elektronischen Veröffentlichung der Behördenbeschlüsse. Mit dieser elektronischen Veröffentlichung wurde der Boden gelegt für die heute zu beschliessende Publikation der gebundenen Ausgaben. Der Zusatzaufwand wird sich daher in bescheidenen Grenzen halten.

Wir anerkennen auch eine gewisse Entwicklung im Sounding des Stadtrates: Warf man uns bei der Überweisung noch eine „handstreichartige Kompetenzreduktion der Exekutive in dieser Stadt“ vor und wurde der Vorstoss im Plenum als „Bürokratiemonster“ verunglimpft, so ist

davon heute nicht mehr viel zu hören. Im Gegenteil anerkennt der Stadtrat in seiner Stellungnahme ausdrücklich „die Anliegen der heute zu beschliessenden Parlamentarischen Initiative, namentlich die geforderte Transparenz“.

Umso befremdender wirkt es, wenn Abgänge aus der Stadtverwaltung mit dieser Parlamentarischen Initiative in Verbindung gebracht werden. WOV ist nicht das allein selig machende Mantra dieser Stadt. WOV bezieht sich auf die Verwaltungsführung und ist in ein demokratisch-politisches Gesamtsystem eingebunden, in dem Checks und Balances zwischen Bevölkerung, Parlament und Stadtrat mit seinen Verwaltungen eine zentrale Rolle spielen.

Es ist Zeit! Stimmen wir dieser Parlamentarischen Initiative gemäss Antrag der AK zu, ebenso den übrigen Änderungen der FHV gemäss Antrag der Aufsichtskommission.

Und last but not least: Vertrauen wir auf eine koordinierte, angemessene Inkraftsetzung. Dafür wird es jetzt der 1. Januar 2020. Besten Dank.

**U. Hofer (FDP):** Ich möchte ähnlich wie Urs auch einen kurzen Rückblick machen zum Anfang dieser PI. Wir waren nämlich wirklich erstaunt, wie viel Widerstand uns da entgegengedrallt ist, als wir das 1. Mal diese PI behandelt haben im Rat. Ich habe selten derartiges gehört wie damals. Man hat befürchtet, dass man Kompetenzen wegnimmt – und das, obwohl wir eigentlich nur Transparenz und eine Begründung verlang haben, und zwar bei einer Grössenordnung, bei der man auch sagen kann, dass sich der Mehraufwand rechtfertigt.

Nochmals klar zur Verdeutlichung: Es geht nicht um die Kompetenzzuordnung. Die anerkennen wir. Der Stadtrat darf gebundene Ausgaben sprechen – er soll diese einfach ab 1 Mio. einmalig oder ab 250'000 wiederkehrend begründen und auch transparent machen.

Jetzt ist aber einiges passiert in der Zwischenzeit, seit wir das letzte Mal darüber gesprochen haben in diesem Rat. Es gab bekanntlich die Informationsverordnung, der Stadtrat hat auch seine Praxis weiterentwickelt betreffend gebundener Ausgaben, so dass heute die Unterschiede gar nicht mehr so gross sind. Man veröffentlicht heute die Erklärungen über gebundene Ausgaben, und zwar auch in begründeter Form. Damit erfüllt man die Hauptanliegen der PI bereits jetzt.

Wenn man die Stellungnahme des Stadtrates heute liest, gibt es eigentlich nur noch einen einzigen Unterschied zu dem, was wir fordern – und das ist die fehlende Rechtsmittelbelehrung. Was nichts daran ändert, dass ein Stimmrechtsrekurs schon heute möglich ist. Und eigentlich möchte man da nur weiterhin transparent bleiben über die Rechte des Bürgers, die er hat. Und man schafft auch Unklarheit, wann genau diese Frist zu laufen beginnt.

Man kann also sagen: Die Differenzen heute sind minimal. Deshalb glaube ich, geht es bei dem Absatz 2 eigentlich um eine andere Grundsatzfrage: Reicht uns die allenfalls temporäre laufende Praxis, so wie sie heute ist – oder wollen wir gerne, dass unsere Anliegen und die Grunddeckpfeiler davon schriftlich in einem Gesetz festgesetzt sind.

Da muss ich halt sagen: Wenn man den Widerstand am Anfang gehört hat, reicht uns ersteres nicht, und wir hätten gerne, dass diese Grundsätze wirklich niedergeschrieben werden.

**R. Kappeler (SP):** Ja, Urs Glättli, es ist eine Premiere. Aber leider ist der ganze Vorstoss auch schon wieder Geschwätz von gestern und eigentlich überholt. Der Begriff «Bürokratiemonster» - ich danke Dir, dass Du mich daran erinnert hast, ich hatte ihn nicht mehr im Kopf, aber der war von mir – ich würde den immer noch brauchen heute. Und er war (schnell zu Deinem Nebensatz) eines von vielleicht 6 Beispielen, die u.a. genannt wurden als Grund vom Chef des Finanzamts, als er fand, der Gemeinderat greife ein bisschen stark ein. Es war eines von vielen Beispielen. Es ist alleine nicht wahnsinnig schlimm, aber es zeigt halt doch eine Tendenz.

Ich finde inhaltlich, Ihr habt mit der Grössenordnung 1 Mio. oder 250'000 Fr. jährlich einen guten Massstab gefunden. Aber dass es immer noch ein Bürokratiemonster ist, zeigt, dass es jetzt eine amtliche Veröffentlichung mit Rechtsmittelbelehrung braucht – jedes Mal.

Warum ist es überholt? Der Stadtrat hat seit dem 1.1.2019 eine neue Praxis, die Stadtratsbeschlüsse sind öffentlich zugänglich. Und das heisst, all die Gebundenheitserklärungen sind auch zugänglich. Und er hat auch den Aufwand zur Begründung deutlich erhöht, also das hat heute wirklich ein gutes Level bei der Begründung.

D.h. Eure PI hatte zwar eine präventive Wirkung, aber jetzt könnte man sie auch einfach zurückziehen. Der Stadtrat macht das und er wird das auch künftig so machen. Dass man jetzt eine Rechtsmittelbelehrung braucht, wo dann das ganze Rechtsverfahren nachher bei diesen Beträgen zudem noch ausserordentlich teuer wäre, was dann wahrscheinlich nicht viele Private stemmen würden und der Stadt vielleicht noch Kosten verursacht – das ist eben das, was ich heute immer noch als Bürokratiemonster bezeichnen würde.

Und deshalb lehnt unsere Fraktion diesen Antrag eindeutig ab.

Und wenn ich schon am Reden bin, sage ich noch gleich etwas zum 1. Antrag: Da geht es genau ins Gleiche hinein. Es ist eine unnötige, ausufernde Bürokratie, dass wir als Gemeinderat die Produktgruppen im Anhang Jahr für Jahr ändern. Jedes Mal theoretisch sogar noch mit einem fakultativen Referendum oder einem Behördenreferendum da irgendwo eine Bürokratieblase eröffnen. Lassen wir doch einfach die operativen Sachen wirklich dem Stadtrat. Wir werden auch in diesem Punkt, Art. 5, eindeutig den Stadtratsantrag befürworten.

**F. Kramer (EVP):** Wir teilen das Anliegen der Initianten der Parlamentarischen Initiative, dass Gebundenheitserklärungen gut begründet sein müssen. Wir denken aber, dass der bürokratische Aufwand, diese Begründungen für die Öffentlichkeit aufzubereiten, zu gross ist. Diese Kosten sollte man sich sparen können.

Wir finden es äusserst sinnvoll, dass die Stadtratsbeschlüsse seit 1. Januar dieses Jahres veröffentlicht werden. Eine zusätzliche amtliche Publikation erscheint uns überflüssig. Die EVP-Fraktion lehnt die Vorlage deshalb nach wie vor ab.

Zur Finanzhaushaltsverordnung: Es geht beim vorliegenden Geschäft vorwiegend um Anpassungen ans neue Gemeindegesetz. Wir bedanken uns bei der Stadtverwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung der Vorlage.

Wir stimmen als EVP-Fraktion dem Änderungsantrag betreffend Produktgruppen zu: Wir finden es sinnvoll, wenn weiterhin der Gemeinderat die Produktgruppen definiert. Wie in der Weisung vorgeschlagen, sollen jedoch die Produkte vom Stadtrat festgelegt werden. Beides soll selbstverständlich in einem Dialog und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung passieren und es soll wie bisher ohne unnötigen bürokratischen Aufwand möglich sein.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Der CVP/EDU-Fraktion ist es wichtig beim 1. Antrag zu betonen, dass es nicht darum geht bei der Finanzhaushaltsverordnung, dem Stadtrat den Handlungsspielraum einzuengen. Sondern es geht vielmehr darum, dass sowohl wir Gemeinderatsmitglieder wie die Öffentlichkeit Entscheide und Änderungen gut nachvollziehen können. Deshalb wollen wir auch die Produktgruppen beim Gemeinderat behalten. Wir wollen nicht mühsam mit dem Budget suchen gehen, wo es Änderungen gegeben hat.

So wie wir als Gemeinderat unsere vorgegebenen Abläufe haben, wenn wir Änderungen wollen, so soll es auch umgekehrt sein. Und so wie die Verwaltung unsere Wünsche nach Änderungen anpassen immer wieder unkompliziert aufnimmt, so wollen auch wir von der CVP/EDU-Fraktion unkompliziert nachvollziehbare Wünsche ermöglichen.

Wir unterstützen diesbezüglich den AK-Antrag.

Zum Zweiten, zum Paragraph 28 von der Parlamentarischen Initiative: Auch da unterstützen wir den AK-Antrag, weil die Transparenz über Entscheide zu gebundenen Kredite und damit verbundenen die Publikation der Rechtsmittelbelehrung Transparenz schafft. Das ist eine Dienstleistung zugunsten der interessierten Winterthurer Bevölkerung. So muss sie keine aufwändige Suche im Dschungel von Paragraphen und Gesetzen betreiben.

Wir sind natürlich auch gespannt zu hören, wie oft diese Seite dann konsultiert wird. Es wird auf jeden Fall ein paar Gemeinderatsmitglieder hier drinnen geben, die die Publikationen aufmerksam und interessiert verfolgen werden.

Und wenn wir jetzt in England wären, bin ich mir sicher, würden schon Wetten laufen, ob es jetzt wie befürchtet mehr oder gleich viele Rekurse gibt oder eben gleich wenig. Wir tippen auf nicht mehr Rekurse.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die beantragte Änderung der AK im Anhang 1 zur Verordnung über den Finanzhaushalt lehnen wir ab. Die Budgethoheit des Gemeinderats scheint uns durch die Stadtratsvariante nicht in Gefahr zu sein.

Zur PI muss ich ein bisschen ausführlicher werden. Grundsätzlich ist die Kompetenzeinteilung ja klar. Das Parlament ist die Legislative, der Stadtrat die Exekutive. Aber damit ist eben nicht alles geregelt und gerade im Fall von Gebundenheitserklärungen gibt es immer wieder Diskussionen, früher oder später regt sich jede und jeder einmal auf über eine Gebundenheitserklärung des Stadtrates und hätte eigentlich lieber eine Weisung gehabt. Und das heisst auch, es ist klar und verständlich, dass das Parlament – aber auch der Bürger – über Gebundenheitserklärungen informiert sein wollen. Daran ist nichts auszusetzen und es ist auch klar, dass diese Kompetenzabgrenzung im Einzelfall immer wieder zu Diskussionen führt und dass man letztlich auch das Rechtsmittel dagegen ergreifen muss.

Die parlamentarische Initiative ist, das haben wir gehört, bereits weitgehend überholt. Der Stadtrat publiziert seine Entscheide. Es geht letztendlich nur noch um die Frage über die Rechtsmittelbelehrung – ist diese nötig oder nicht.

Dazu hat meine Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Ich würde das unterstützen, die Parlamentarische Initiative, weil ich nicht ganz einsehe, wieso der Stadtrat vor einer Rechtsmittelbelehrung Angst hat. Und ich glaube wie Iris auch nicht daran, dass das zu mehr Rechtsmitteln führen wird.

**T. Brütsch (SVP):** Es ist eigentlich alles gesagt zu diesem Geschäft, ich nehme deshalb nur noch in der gebotenen Kürze zum Artikel 5 und Artikel 28 Stellung.

Natürlich ist es richtig, darauf hat auch Roli Kappeler hingewiesen, dass wir insofern einen gewissen Zielkonflikt haben im Gemeindegesetz zwischen einerseits der Kompetenz der Verwaltung zur Selbstregelung und andererseits der Budgethoheit des Parlaments. Schlussendlich ist es auch ein bisschen die Frage, ob man die beiden Bestimmungen einander gegenüberstellt. Aus unserer Sicht würde mit dem Artikel, wie er von der AK vorgeschlagen wird, dem Stadtrat genügend Gestaltungsfreiheit gelassen. Insbesondere gibt er dem Stadtrat die Möglichkeit, im Rahmen der Produktgruppen die einzelnen Produkte nach seinem Gutdünken zu gestalten. Und bei der Gestaltung der Produktgruppen als solches hat aber der Gemeinderat das letzte Wort. Das dünkt uns eine sachgerechte Kompetenzabgrenzung.

Bezüglich Artikel 28 wurde von den Vorrednern letztlich auch schon alles gesagt. Ich habe die leicht allergische Reaktion von Roli Kappeler nicht ganz verstanden, aber immerhin attestierst Du uns, dass wir einen guten Ansatz gefunden haben mit der Limite von 250'000 und 1 Mio. Das verdanke ich gerne. Und wenn ich das Bürokratiemonster heute Abend zum 3. Mal sozusagen aus der Höhle locken will, bin ich auch der Meinung, wir schaffen kein Bürokratiemonster mit dieser Bestimmung. Es sind nur die allerwichtigsten gebundenen Ausgabenbeschlüsse, die sozusagen eine Sonderbehandlung erfahren müssen.

Und nochmals, um das festzuhalten: Diese Bestimmung soll letztlich für Rechtsstaatlichkeit sorgen. Es geht um die wichtigsten gebundenen Ausgabenbeschlüsse und insofern ist festzuhalten: Es ist eine sehr kurze Rechtsmittelfrist, die in diesem Zusammenhang läuft. Und es ist durchaus im Interesse der Verwaltung, wenn man exakt weiss, wenn diese zu laufen beginnt.

**F. Helg (FDP):** Mein Fraktionskollege Urs Hofer hat zum Artikel 28 gesprochen mit den gebundenen Ausgaben, ich möchte das noch ergänzen und etwas zum Artikel 5 sagen. Das war ein Antrag, den wir von der FDP in die AK eingebracht haben, und er wurde dann zum Kommissionsbeschluss erhoben.

Das Budgetrecht gehört nach unserer Ansicht zu den wichtigsten und ureigensten Kompetenzen eines Parlamentes. Mit der Festlegung des Budgets nimmt der Gemeinderat eine zentrale Steuerungsfunktion wahr. Und Bestandteil des Budgets sind eben auch diese Produktgruppen, für die wir jeweils den Globalkredit und die Zielvorgaben verbindlich festlegen. Deshalb muss es eigentlich im Interesse von allen Gemeinderatsmitgliedern sein, unabhängig von der Parteifrage, dass es diese Steuerungsmöglichkeiten gibt. Und erst die Frage, wie man nachher das Ganze steuert, ist politisch zu entscheiden.

Die Frage, wie die Produktegruppen gestaltet werden, ist aus unserer Sicht nicht nur einfach von untergeordneter Bedeutung oder sogar unnötig, wie es der Kommissionsreferent oder der SP-Sprecher gesagt hat. Ich möchte ein Beispiel nennen: Sehr grosse Produktegruppen lassen sich nämlich kaum effizient steuern. Ich denke da z.B. an die Volksschule. Da haben wir in diesem Jahr einen Globalkredit von ca. 209 Mio. Franken. Und da hat das Parlament vielleicht auch ein gewisses Interesse zu sagen, es will nicht mehr so eine grosse Produktegruppe sondern kleinere Einheiten, damit man das besser steuern kann. Bei einer grossen Produktegruppe, da darf man sich nichts vormachen, da gleichen sich die positiven und negativen Kompensationseffekte an sich aus und Budgetbeschlüsse laufen in Gefahr, dass sie einfach versanden.

Als AK-Präsident möchte ich auch noch etwas sagen zu dieser Premiere. Es wurde schon einige Male gesagt: Wir haben jetzt eine solche Parlamentarische Initiative durchexerziert. Ich möchte auch allen Beteiligten danken und dem Ratsschreiber Marc Bernhard, der uns verfahrensmässig unterstützt hat. Aber auch meinen AK-Kolleginnen und -Kollegen, die eine gewisse Geduld an den Tag legen mussten, dem Stadtrat, der zwischendurch eine Stellungnahme abliefern musste (deshalb geht das auch so lange). Wir müssen in der AK eine Erstberatung führen, eine Stellungnahme abwarten vom Stadtrat und dann die Beratung wieder aufnehmen. Und in diesem besonderen Fall mussten wir das Ganze koordinieren auf die Revision der Finanzhaushaltsverordnung und auf die Informationsverordnung, was doch einen gewissen Aufwand mit sich gebracht hat. Und am Schluss muss man dann eben noch eine Weisung verfassen.

Aber es hat gut geklappt und es war noch interessant, da als Premiere-Lieferant fungieren zu können.

**Stadtrat K. Bopp:** Zuerst möchte ich mich beim Kommissionsreferenten bedanken für das Vorstellen von dieser doch schlussendlich ein bisschen komplizierten Situation.

Die Weisung oder der Nachtrag an sich ist nicht gross umstritten, deshalb gehe ich nicht generell nochmals darauf ein, sondern ich werde kurz eingehen auf einerseits den Kommissionsantrag und nachher auf die Parlamentarische Initiative.

Ich fange an mit dem Kommissionsantrag, bei dem es darum geht, den Anhang wieder hinzunehmen resp. die Produktegruppen hineinzunehmen. Es wurde schon mehrfach erwähnt: Die Organisation der Verwaltung ist nach Gemeindegesetz in der Kompetenz des Stadtrates. Und es ist klar, dass die Produktegruppenstruktur der Struktur der Verwaltung folgen muss, alles andere macht keinen Sinn.

Es wurde auch gesagt, dass man sich da grundsätzlich gegenseitig vertraut. Ich kann also bestätigen oder garantieren, dass der Stadtrat kein Interesse daran hat, den Gemeinderat zu übergehen und eine Struktur zu wählen, damit sich der Gemeinderat nachher orientierungslos fühlt. So wie wir auch dem Gemeinderat vertrauen, dass er die Produktegruppengestaltung auch so machen würde, wenn er diese Kompetenz zu sich nimmt, dass es für uns operativ händelbar ist. Das ist gar nicht die Grundfrage, sondern die Grundfrage ist mehr, was ist die Effizienz, was ist der Aufwand, was ist die Bürokratie dahinter. Und da ist es klar: Wenn der Antrag der AK von Ihnen angenommen wird, dann schafft man eine zusätzliche bürokratische Hürde. Das beste Beispiel ist bereits da drin. Roland Kappeler hat es heute gesagt: Jetzt bringen wir das gleich noch rasch vor dem aktuellen Budget rein, weil es relevant wird für das aktuelle Budget. Zum Beispiel da «Schaffung der Produktegruppe Grosser Gemeinderat». Das hätten wir nicht geschafft, wenn der Antrag der AK bereits in Kraft wäre, aus dem einfachen Grund: Wir müssen bereits im November des Vorjahres bekannt haben, welche Änderungen gemacht werden, damit man alle Systeme entsprechend umstellen kann und im Jahr die Budgetierung so funktioniert. D.h. wir hätten im November 2018 diese Weisung bereits verabschiedet haben müssen, damit diese Produktegruppe Grosser Gemeinderat geschaffen werden hätte können und wir sie heute beim Budget behandeln könnten. Sonst wären wir nicht bereit dazu. Das muss man wissen: Man schafft eine Verzögerung. Man wäre noch nicht bereit, diese Produktegruppe einzuführen.

Das ist der Grund, weshalb wir als Stadtrat daran festhalten, an der Formulierung, wie wir sie beantragt haben. Und ich möchte Sie bitten, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Das Zweite, über das ich kurz sprechen möchte, ist die Parlamentarische Initiative. Man muss wissen (auch das wurde erwähnt): Diese kommt aus der Zeit vor der neuen Informationsverordnung. Urs Hofer hat es schön gesagt: Das Kernanliegen ist bereits erfüllt durch die neue Informationsverordnung. Er hat noch gewünscht, dass das irgendwo festgehalten ist – das ist festgehalten in der neuen Informationsverordnung, dass der Stadtrat sämtliche Beschlüsse mit wenigen Ausnahmen publizieren muss, und da gehören die gebundenen Ausgaben dazu. Urs Glättli sagte: Der Stadtrat anerkennt das ja. Genau, der Stadtrat anerkennt das wirklich und der Stadtrat steht zu dieser Transparenz, die mit der neuen Informationsverordnung so geschaffen wurde.

Ich kann auch Iris Kuster sagen: Man kann also heute schon die Publikationen des Stadtrates aufmerksam verfolgen und bekommt die gebundenen Ausgaben mit. Also die Möglichkeit zum aufmerksamen Verfolgen ist gegeben.

Es ist auch, Christian Griesser, nicht so, dass es die Angst des Stadtrates ist, dass jetzt mehr das Rechtsmittel ergriffen wird. Das ist nicht der Grund, weshalb der Stadtrat sich eigentlich gegen die Parlamentarische Initiative stellt, sondern es ist tatsächlich auch da ein Mehraufwand, den wir schaffen, es ist zusätzliche Bürokratie, die wir schaffen, für einen Mehrwert, den wir in dieser Form nicht sehen.

Noch ganz kurz, Felix Helg: Es ist eine Premiere. Ich verstehe das. Es ist auch gut, dass man das jetzt einmal durchgespielt hat, das Instrument Parlamentarische Initiative. Es ist das 1. Mal. Aber jetzt, wo wir wissen, wie es geht – nämlich kurz vor Schluss, wenn wir sehen, dass eigentlich die Wirkung minimal ist resp. Aufwand und Ertrag schlicht und einfach nicht stimmen – könnten wir das noch stoppen.

Insofern: Wir bleiben dabei. Wir machen beliebt, diesen Antrag der AK abzulehnen und auch die Parlamentarische Initiative abzulehnen.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit kommen wir zur Detailbereinigung der Finanzhaushaltsverordnung. Wir gehen gemäss der Synopse vor, die in der Stadtratsweisung 2019.103 als Beilage 1b angeheftet ist, und werden dort Artikel für Artikel resp. Artikelgruppen durchgehen. Wir haben auf p. 1 und 2 des Anhanges den Ingress, dann den Artikel 1 und Artikel 2, bei denen vom Stadtrat Änderungen beantragt werden, zu denen es von der AK keine alternativen Anträge gibt.

Wird zu diesen Stadtratsanträgen das Wort gewünscht? – Dann ist der Ingress, Artikel 1 und Artikel 2 der Finanzhaushaltsverordnung gemäss dem Antrag Stadtrat genehmigt.

Dann haben wir den Artikel 5. Wir behandeln das gleichzeitig mit dem Anhang 1 der Finanzhaushaltsverordnung, weil das inhaltlich zusammengehört. Wir haben den Antrag des Stadtrates in der mittleren Spalte und wir haben den Antrag der AK auf dem gelben Blatt. Das wäre der Artikel 5 auf der Seite 2 plus der Anhang auf Seite 7.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Abstimmung ist für die Detailbereinigung des Artikels 5 und dem Anhang. Es ist Antrag AK gegen Antrag Stadtrat.

Wer dem Antrag der AK zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmt, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die dem AK-Antrag zugestimmt hat.

Dann kommen wir zu den Artikeln 6, 13, 14, 18, 20, 21, 22 und 23, wo es Änderungsanträge des Stadtrates gibt, die nicht bestritten sind von der AK.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind die genannten Artikel damit bewilligt.

Wir kommen zum Artikel 28. Da haben wir den Antrag des Stadtrates auf der Seite 6 des Anhanges und den AK-Antrag auf dem gelben Blatt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem AK-Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer dem Stadtratsantrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die dem AK-Antrag zugestimmt hat.

Dann haben wir den Artikel 29, die Überschriften 6 und 7 und den Artikel 32, wo wir Anträge des Stadtrates haben, die von der AK nicht bestritten sind.

Gibt es dazu Wortmeldungen?

Dann sind die genannten Artikel 29, Überschriften 6 und 7 und Artikel 32 so genehmigt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung: Wir nehmen die Weisung 2019.103 und gehen Ziffer um Ziffer vor.

Ziffer 1: Wer die Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur gemäss dem jetzt geänderten und detailbereinigten vorliegenden Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer diese Ziffer ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Da ist ohne Gegenstimme zugestimmt worden.

Ziffer 2 ist gemäss dem Antrag auf der Weisung.

Wer dem zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Da ist ohne Gegenstimme zugestimmt worden.

Ziffer 3: Die Gliederung der Produktgruppen, wie wir das jetzt soeben bereinigt haben.

Wer dem zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Das ist ebenfalls ohne Gegenstimme angenommen.

Ziffer 4: Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten der Änderung der Finanzhaushaltsverordnung gemäss Ziffer 1.

Wer dem zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Dann habt Ihr auch hier ohne Gegenstimme zugestimmt.

Wir kommen zur Weisung 2018.70 der Aufsichtskommission zur Parlamentarischen Initiative. Wir haben das materiell bereits erledigt, deshalb schlage ich vor, dass wir alle Ziffern zusammennehmen und ein Mal abstimmen. Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem zustimmen möchte, wie man das vorhin bei der Detailbereinigung abgenommen hat, möge das zeigen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Dann ist auch diesem Antrag gemäss der Bereinigung mit einer sehr deutlichen Mehrheit zugestimmt worden.

Damit haben wir den Nachtrag zur Finanzhaushaltsverordnung beschlossen und haben damit auch die Weisung 2018.70 und die Weisung 2019.103 erledigt.

Dann möchte ich auch Felix Helg, dem Präsidenten der Aufsichtskommission, noch danken, der mit dem Behandeln der Parlamentarischen Initiative in der Aufsichtskommission dieses Mal sicher mehr involviert war als bei einem anderen Geschäft der AK. Felix Helg und der ganzen AK herzlichen Dank für das Behandeln und Abarbeiten der Parlamentarischen Initiative.

## 5. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.116: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2020 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2020 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Das Wort hat der Kommissionssprecher, Markus Nater.

**M. Nater (BBK):** Wie jedes Jahr wieder ist die Frage, wie viel Geld Stadtwerk Winterthur an die Stadt Winterthur ab. Sind es 8 Mio., sind es 10 Mio. oder sind es 12 Mio.?  
Was man da sieht, sind die Gesetzesgrundlagen, die wir haben. Die sind seit zwei Jahren stabil, was auch sehr gut ist. Beim Gas haben wir je 10 % des Betriebsertrages, der abgegeben wird. Bei der Fernwärme neu 5 % und beim Strom haben wir da einen Betrag von 6.65 Mio. Das ist eigentlich der einzige Betrag, der nicht prozentual abgerechnet wird, sondern ein fixer Betrag ist. Beim Energie-Contracting haben wir wie in den Jahren zuvor 0 %.  
Jetzt kommen wir dieser Sache schon näher. Da sieht man, wie viel Geld der Stadt abgegeben wird. Das sind 10.9 Mio. Es ist der genau gleiche Betrag wie im Jahr 2019. Was auffällt ist, dass die befristete Erhöhung aus dem effort 14+ nicht mehr ist. Das war schon 2019 nicht mehr, und von daher sind wir im Moment auch sehr stabil unterwegs.  
Von der Methode her machen wir die gleiche wie 2019. Dort gab es nur kleine Verschiebungen. Wo sind die kleinen Verschiebungen? Das sieht man vielleicht hier ein bisschen. Unten sieht man eben die Verteilung Elektrizität oder Stromnetz, das sind die 6.65 Mio. Fr., und oben sieht man: Zwischen 2019 und 2020 gibt es prozentual Verschiebungen. Beim Stromhandel haben wir neu 0 % und vorher hatten wir 5 %. Diese Differenz ist darauf zurückzuführen, dass neue regulatorische Vorgaben auf 2020 kommen, und zwar, dass die Abgaben für Vertrieb und Verwaltung nicht mehr bei 95 Fr. pro Messpunkt sind, sondern nur noch 75 Fr. pro Messpunkt. Das hat für den Kunden den Vorteil, dass er 20 Fr. weniger zahlt, für Stadtwerk den Nachteil, dass der Gewinn natürlich nicht mehr so hoch ist. Die Fernwärme entwickelt sich sehr gut, und deshalb kann man dort 5 % vom Betriebsertrag abschütten. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Fernwärme bestehend ist und man immer mehr Kunden hat, die man anschliessen kann. Und je dichter das Netz ist, je mehr Anschlüsse man hat, umso besser ist es für die Effizienz dieses Netzes.  
Wenn man die Gesamtsicht anschaut, sieht man da ein bisschen die verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe. Die ARA (Abwasserreinigungsanlage), die KVA und Wasserversorgung sind Eigenwirtschaftsbetriebe, wo keine Vergütung geleistet werden kann. Da geht alles Geld entsprechend wieder in das Profitcenter. Energie-Contracting, Haustechnik und Strom erneuerbare Energien, Telekom – das sind Profitcenter, die knapp sind, und von daher gibt es dort auch keine Abschüttung, damit sie nicht noch mehr ins Negative fallen. Und was man da sieht: Bei Fernwärme, Gasverkauf, Gasnetz, Stromnetz werden wirklich die 10.9 Mio. entsprechend abgeschüttet. Beim Stromverkauf, Strom erneuerbare Energien, dort hat man darauf verzichtet, weil man einfach sagte: Dort ist man sehr knapp und damit man nachher auf der sicheren Seite ist. Es ist so ein Gesamtbild von Stadtwerk. Man sieht gut auf dieser Folie, von wo das Geld kommt für die Stadt Winterthur.  
Es ist ein Geschäft, das nicht gross Diskussionen gab, weil es wirklich auch wie letztes Jahr ist. Die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur an die Stadt der Antrag für 2020, sind die 10.9 Mio. Die setzen sich so zusammen, dass sie von Stromnetz, Gashandel, Verteilung Gas und Fernwärme kommen. Der Antrag ist in der BBK mit 9:0 angenommen worden.

**Ratspräsident A. Geering:** Vielen Dank. Wie angekündigt ist da keine Debatte vorgesehen. Es sind mir auch weiterhin noch keine Voten bekannt von Euch. Wünscht der Stadtrat das Wort?

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich möchte es nicht länger machen. Es ist ja so, dass wir aus Stadtwerk Geld in den Steuerhaushalt verschieben. Von daher danke ich Euch noch nicht, dass Ihr das dann annehmt, sondern es nützt uns allen etwas. Es sind immerhin ca. 3 Steuereffizienzen, die Stadtwerk dazu beiträgt, dass der Steuerhaushalt finanziert werden kann. Noch eine kleine Anmerkung zu den Ausführungen von Markus Nater: Bei der Fernwärme hat natürlich auch noch mitgespielt, dass wir vor kurzem auch noch eine Tarifierhöhung gemacht haben und so natürlich auch dort einen Gewinn abschöpfen können. Es ist nicht nur so, dass wir eine Effizienzsteigerung an den Tag gelegt haben. Dann hoffe ich, dass Ihr zufrieden seid mit den fast 11 Mio. Franken, für die die Stadtwerk-Mitarbeitenden tagtäglich krampfen, damit man das Geld wie eine Dividende der Stadt zurückgeben kann.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit ist die Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur an die Stadt für das Jahr 2020 wie beantragt bewilligt.

## 6. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.95: Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur. Das Wort hat Reto Diener.

**R. Diener (BBK):** Ich möchte Ihnen ganz kurz die Vorlage vorstellen, worum es geht und was genau da Sache ist. Es geht um einen Beitrag, den wir an diesen Verein «energie bewegt winterthur» leisten wollen, von der Stadt, jährlich wiederkehrend 100'000 Fr. Der Antrag ist so, dass dieser Betrag jedes Jahr gegeben werden soll, unter bestimmten Bedingungen, und dass dieser Betrag zulasten des Förderprogramms Energie, das die Stadt Winterthur seit vielen Jahren betreibt, vergütet wird.

Der Verein «energie bewegt winterthur» ist schon seit rund 10 Jahren unterwegs, er hatte dieses Jahr Jubiläum. Ein kurzer Steckbrief dazu: Es ist ein Zusammenschluss von Wirtschaft, Wissenschaft (also der Forschung, die in der Stadt Winterthur mit der ZHAW auch immer stärker vorhanden ist), natürlich auch der öffentlichen Hand und engagierten Einzelpersonen. Er setzt sich dafür ein, dass auch mit weniger Energie viel erreicht werden kann. Es ist eigentlich die Energieeffizienz, die ein ganz grosses Ziel ist, das der Verein voranbringen und fördern möchte, und verfolgen. Er ist auch eine Plattform für Unternehmen, die in diesem Energiebereich tätig sind, und er ist auch ein Informationsnetzwerk, das solche Daten zusammenträgt, die verschiedenen Player zusammenbringt und auch mit einer Plattform, wie bereits erwähnt, vernetzt und die Erneuerbarkeit und Nachhaltigkeit in diesem Netzwerk vorantreibt und weiter pflegt. Wie gesagt, seit 10 Jahren aktiv.

Ganz grob: Ein Budget von ca. 200'000 Fr. jährlich. Wir sehen, der Betrag, den wir geben, ist ein erheblicher Beitrag für das Funktionieren dieses Vereins, es wäre sonst sehr schwierig, das überhaupt weiter zu betreiben.

Der Verein hat eine sehr schlanke Geschäftsstelle, die eigentlich die wichtigsten Aufgaben operativ erledigt. Der ganze Rest (Vorstand, Präsidium und alle anderen Mithelfenden und Unterstützenden) arbeitet weitestgehend ehrenamtlich. Aktuell sind es knapp 90 Mitglieder, die in diesem Verein dabei sind. Es sind v.a. Firmen, es sind auch Institutionen, es sind aber auch engagierte Private, die da mitmachen. Der Verein leistet ungefähr 15 Veranstaltungen pro Jahr, die im Voraus angekündigt werden und zu denen breit eingeladen wird, bei denen jeweils rund 50 – 200 Personen dabei sind oder mitmachen bzw. an den Veranstaltungen präsent sind. Und er ist auch bei der WOHGA aktiv mit einer Sonderausstellung jährlich, wo er sich stark engagiert. Und dort kann er natürlich viele Tausende Leute erreichen.

Das Geld, das da gesprochen werden soll, wird natürlich nicht einfach à fonds perdu von der Stadt ausgezahlt, sondern es wird mit einer Leistungsvereinbarung verknüpft, die der Verein mit der Stadt abschliesst. Ich habe da ein paar Kernpunkte dieser Leistungsvereinbarung aufgeführt, damit Sie sich ein besseres Bild dazu machen können. Es geht also um die Netzwerkpfege, das Thema Informationsdrehscheibe, es geht eben auch um das Ausrichten von Veranstaltungen (in dem Rahmen, wie ich es vorher kurz skizziert habe) für ganz unterschiedliche Zielgruppen und -grössen.

Mit dieser Leistungsvereinbarung ist auch beauftragt, dass es Sensibilisierung von diesem Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Winterthur und der Umgebung geben soll, die für Firmen, für Institutionen und auch für Private einen Beitrag leisten soll, damit wir auf den Zielsetzungen der Energieeffizienz und der Energiereduktion weiter vorankommen. Es soll einen regelmässigen Austausch geben mit der Stadt, ein Controlling, das natürlich durch die Stadt stattfindet, über verschiedene Player, die da mitmachen. Das sind nicht die gleichen, die den regelmässigen Austausch haben, um das zu Programm zu erstellen, wie die, die dann auch das Controlling durchführen. Und es sollen eben regelmässig formal und inhaltlich soweit möglich messbare Jahresziele festgelegt werden, u.a. die Anzahl Veranstaltungen, wie viele Personen man mit diesen Veranstaltungen erreichen möchte, das soll jährlich wieder neu zusammen mit der Stadt festgelegt werden.

In dieser Vereinbarung steht auch, dass man selbstverständlich von Seiten Stadt Beitragskürzungen vorbehält, falls die Ziele nicht erreicht werden könnten.

Das so ganz grob zur Leistungsvereinbarung. Wir haben in der BBK das Geschäft in 2 Lesungen vorgestellt bekommen, der Verein war selber da, hat sich vorgestellt und gezeigt, was er macht. Er hat auch sehr viele Informationen präsentiert. Wir hatten eine ganze Reihe von Fragen, wollten genauer wissen, was der Verein macht, was die Details der Leistungsvereinbarung sind, wie die Finanzierung sonst noch aussieht, wie das Controlling läuft, welche Zielsetzungen vorhanden sind und wie die Einordnung im Förderprogramm ist. Dazu kann man sagen: Es ist rund 7 % von dem, was jährlich dem Förderprogramm zur Verfügung steht, das wir für diese Tätigkeit hier einsetzen.

Wir sind in der BBK zum Schluss gekommen, dass das eine gute Sache ist, die wir weiter so unterstützen. Die Unterstützung in dieser Form gibt es schon seit längerem, sie wird aber jetzt auf eine neue Basis gehoben mit den neuen Regelungen, die wir in der Stadt beschlossen haben, damit das auch formell richtig abgestützt ist so. Deshalb bestätigt das der Gemeinderat jetzt. Und die BBK hat sich deshalb auch mit 9:0 für die Weiterführung dieser Unterstützung ausgesprochen und deshalb ist auch keine Diskussion angekündigt.

**Ratspräsident A. Geering:** Vielen Dank. Wie vorgesehen ist das Geschäft ohne Beratung.

**Stadtrat St. Fritschi:** Ich danke für diese Unterstützung. Es ist so, dass wir das, wie Reto Diener richtig erklärt hat, aus den Förderabgaben unserer Stromkunden und -kundinnen finanzieren. Von daher: Wenn man mehr Strom braucht, wird auch mehr Geld für das bereitstehen. Es ist natürlich ein Anreiz, dass man effizient mit dem Strom umgeht.

Aber was natürlich ganz klar das Ziel dieser Abgabe ist, ist Effizienzsteigerung, CO<sub>2</sub>-Reduktion und alle diese Ziele, die es für die Energiewende braucht, dass man diese damit unterstützen kann. Und da sind wir ganz klar der Meinung, dass wir das mit der Bewegung «energie bewegt winterthur» erreichen und deshalb passt das auch ganz genau in dieses Ziel hinein. Es gibt ja auch noch andere Aktivitäten, die man damit finanziert, u.a. die Organisation «My blue planet» und andere Aktivitäten. Wir hoffen, damit dazu beizutragen, dass wir die Energieziele vom Bund und die wir uns als Stadtrat gegeben haben und die auch Ihr zusammen mit dem Volk unterstützt habt, besser erreichen können damit.

**Ratspräsident A. Geering:** Vielen Dank. Damit sind jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Verein «energie bewegt winterthur» zulasten des Förderprogramms Energie Winterthur gemäss Antrag bewilligt.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.99: Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals. Das Wort hat Cristina Bozzi.

**C. Bozzi (BSKK):** Ich darf Ihnen das Geschäft 2019.99 vorstellen. Bei diesem Geschäft geht es um die Genehmigung eines Subventionsvertrags mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT» für die Durchführung des Afro-Pfingsten-Festivals. Dem Verein wird für die Durchführung ein jährlich wiederkehrender Subventionsbeitrag von 50'000 Fr. bewilligt, das für die Jahre 2019 – 2022. Weiter werden dem Verein für die Durchführung des Anlasses Kosten und Gebühren erlassen, was eine Erhöhung von 35'000 Fr. bedeutet, auch wieder jährlich wiederkehrend für die Periode 2019 – 2022. Im Subventionsvertrag ist zudem vorgesehen, dass der Stadtrat die Beitragsleistungen wie erwähnt für maximal 2 weitere Jahre bewilligen kann.

Bisher sind diese Beiträge bis 50'000 Fr. und Gebührenerlasse jeweils projektbezogen dem Verein zugekommen. Die neue Regelung mit dem Subventionsvertrag mit Leistungsauftrag ist auch finanzrechtlich angebracht. Es geht auch darum, dass eine Gleichbehandlung in der Stadt gemacht wird mit den anderen kulturellen Einrichtungen.

Die Planungssicherheit braucht der Veranstalter, um längerfristig die Planung zu machen, aber auch für die Stadt gibt es eine Planungssicherheit.

Afro-Pfingsten ist seit 25 Jahren ein fester Bestandteil des Veranstaltungsangebots der Stadt Winterthur. Der Anlass strahlt über die Stadt- und Regionsgrenzen hinaus. Im Musikprogramm gibt es Bands und Musikstile, die sonst in unserer Stadt weniger zu hören wären. In den Legislaturzielen des Stadtrates heisst es, Winterthur ist eine Kulturstadt mit grosser Ausstrahlung und überraschender Vielfalt. Dieser Anlass entspricht diesen Zielen.

Hier sieht man die Zahlen von 2019.

Die BSKK hat den Antrag in zwei Lesungen behandelt und am 25. November mit 9:0 Stimmen angenommen.

**Ratspräsident A. Geering:** Es gibt seit heute Abend einen Kürzungsantrag der SVP. Simon Büchi.

**S. Büchi (SVP):** Wir sind ja Milizpolitiker und als Milizpolitiker gibt es ja Geschäfte, die man in der Kommission anschaut, die dort ganz gut tönen. Später in der Fraktion, wenn man es nochmals durchliest, denkt man dann, ganz ideal ist der Sachverhalt schon nicht. Deshalb kommen wir darauf zurück, obwohl der Vorstoss in der Kommission einstimmig durch ist. Wir stellen einen Kürzungsantrag von 35'000 Fr. Die grundsätzliche Kritik: Es ist ein sehr hoher Subventionsbeitrag für diese Organisation. Bei Albanifest, Quartierfesten etc. wird gekämpft, dort dreht man jeden Franken zwei Mal um, den man ausgibt. Und nicht zuletzt fällt im Text das Wort «Professionalisierung», das ist Geld, das auch in die Professionalisierung der Organisation für einen solchen Anlass fliesst – von einem grossen und notabene von einem schönen und tollen Anlass. Aber aus dieser Argumentation kann natürlich jeder Anlass und jeder Quartierverein kommen, denn jeder, der etwas organisiert für das Gemeinwesen, hat diese Aufwände und hat die Organisationsverpflichtungen und muss Sachen abklären. Und in diesem Sinne ist dieser hohe Betrag, diese hohe Subvention zum einen allenfalls ein Präjudiz, dass dann die anderen auch denken, wir müssen vielleicht einfach noch ein bisschen mehr anklopfen bei der Stadt und irgendwann bekommen wir dann auch mehr Geld – oder es ist quasi eine Art Ungleichbehandlung, weil die anderen Feste, die wir in unserer Stadt haben, genauso schön und genauso toll sind. Und in diesem Sinn sollte man nicht das

eine höher gewichten oder als höherwertig einstufen, indem man einen hohen Betrag gibt. Nein, wir halten es für sinnvoll, wenn wir von diesem hohen Betrag doch 35'000 Fr. kürzen. Und es würde uns freuen, wenn Ihr unserem Antrag folgt. Wenn es beim vollen Betrag bleibt, können wir dem Geschäft nicht zustimmen.

**Ratspräsident A. Geering:** Simon, kannst Du noch definieren, wo Ihr die 35'000 Fr. kürzen wollt? Es ist ein Gesamtkredit von 85'000 Fr., der sich aufteilt in 50'000 an Subvention und 35'000 Gebührenerlass.

**S. Büchi (SVP):** Ich hätte der Einfachheit halber den Antrag so formuliert, dass wir bei Punkt 2 statt 85'000 Fr. 50'000 Fr einsetzen. Fertig.

**Ratspräsident A. Geering:** Und der Stadtrat müsste dann operativ selber entscheiden, wie man das aufteilt? – Der Ratsschreiber sagt mir, das geht nicht, wenn wir als Resultat 85'000 Fr. haben und nachher nur noch 50'000 Fr.

**S. Büchi (SVP):** Dann müsste man den entsprechenden Antrag so umformulieren, dass man die 35'000 Fr. auf dem Subventionsbeitrag unter Punkt 1a ebenfalls reduziert, damit es aufgeht, wenn ich es richtig verstehe.

**Ratspräsident A. Geering:** Dass man oben bei der Subvention 15'000 statt 50'000 hätte.

**S. Büchi (SVP):** Das wäre die Konsequenz, ja.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir haben einen Änderungsantrag der SVP, dass man bei der Ziffer 1 beim 1. Punkt den Subventionsbeitrag um 35'000 auf 15'000 kürzt, Gebührenerlass von 35'000 bleibt unverändert, der 3. Punkt bleibt unverändert und bei der Ziffer 2 hätten wir nach der Kürzung um 35'000 noch einen Kredit von 50'000. Gibt es Wortmeldungen? Urs Hofer.

**U. Hofer (FDP):** Es ist natürlich ein bisschen schwierig, einen Antrag zu behandeln, von dem man erst heute Abend hört. Wir teilen die Bedenken, die die SVP geäußert hat, nur zum Teil. Wir haben schon auch das Gefühl, es handelt sich um einen Anlass, der doch einen kommerzielleren Charakter hat als das Albanifest. Auch das Konzertangebot ist so eine Sache. Sie haben in der Vergangenheit schon einmal bewiesen, dass sie es so aufgebläht haben, dass es a) nicht mehr tragbar war und b) eher einem privaten Festival glich, das man eigentlich nicht subventionieren müsste, als der Kulturvermittlung.

Umgekehrt anerkennen wir aber tatsächlich den Beitrag, den sie an eine schweizweit anerkannte Kulturstadt Winterthur leisten und auch einem breiten Teil der Stadt Winterthur zu Gute kommt, zumindest im gleichen Mass wie andere Anlässe, die auch Subventionen erhalten.

In dem Sinne bleiben wir dabei, dass wir dort zustimmen. Wir möchten den Stadtrat aber schon bitten, das Geschäftsgebaren dieses Veranstalters und die Rechnung auch wirklich anzuschauen, bevor wir das einfach weiterführen für weitere zwei Jahre.

**C. Bozzi (SP):** Afro-Pfingsten ist eine grosse Veranstaltung. Das wirkt sich für die Stadt Winterthur auch beim Einflussbereich aus. Und zur Höhe der Subventionsbeiträge: Wie wir in der BSKK gehört haben, entsprechen 50'000 Fr. analog in etwa dem, was bezahlt wurde bis 2014. Die 15'000 Fr., die die SVP jetzt vorschlägt, stehen so in keinem Verhältnis zu den 50'000 Fr., die im Subventionsvertrag festgehalten werden. Nur wenn der Verein gute Musik und gute Bands und gute Künstler holen kann, dann gibt es auch ein gutes Programm und das zieht die Leute an, das wirkt sich auf die Besucherzahlen und auch sonst auf die Besucher dieser Stadt wegen diesem Festival aus. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion diesen Kürzungsantrag ab.

**K. Gander (Grüne/AL):** Ich kann es eigentlich ganz kurz machen: Das Festival ist seit 25 Jahren sehr beliebt, prägt unsere Stadt. Darum hat es aus Sicht Grüne/AL Unterstützung verdient. Uns hat der Betrag überzeugt und aus diesem Grund lehnen wir den Kürzungsantrag ab.

**S. Kocher (GLP):** Afro-Pfingsten ist sehr beliebt, ein Anlass mit Wirkung weit über die Stadtgrenzen hinaus. Durchschnittlich rund 50'000 Besucher – auch wenn es mal nicht nach Schweizerörgeli, Alphorn und Jodeln tönt. Das zeigt, dass es eben auch sehr viele andere Weltmusik gibt. Wer beim jährlich durchgeführten Markt in der Altstadt vorbeigeht, sieht, dass es zudem keine rein kommerzielle Veranstaltung ist. Es ist eine Begegnungsplattform, die weit über den Kommerz hinausgeht. Das Ganze gilt auch für die rundum stattfindenden Angebote und Konzerte. Es ist mittlerweile ein Stück Kulturgut, in vielen Kalendern eingetragen. Wir begrüßen es sehr, dass sich der Stadtrat dazu entschieden hat, die Organisatoren und Organisatorinnen jährlich zu unterstützen.

Wir lehnen den Kürzungsantrag ab. Er wirkt willkürlich und ohne klare Begründung. Wir werden dem Stadtratsantrag zustimmen.

**S. Müller (EVP):** Auch wir von der EVP lehnen den Kürzungsantrag ab. Die ganzen Gebührenerlasse haben wir diskutiert in der BSKK, wir wurden dort auch informiert, wie es bei anderen Veranstaltungen aussieht. Albanifest kennen wir vielleicht noch, aber auch Dorfeten, wie viele Gebührenerlasse dort gewährt werden – darüber wurden wir informiert. Und wir hätten es eigentlich angebracht gefunden, wenn der Antrag dort gestellt worden wäre, dann hätte man auch noch ein bisschen darüber befinden können. Er ist nicht mal auf dem gelben Blatt abgedruckt. Also ein bisschen sehr kurzfristig.

Nichtsdestotrotz, die ganze Leistungsvereinbarung mit Afro-Pfingsten/»EINEWELT« wird gleichgeschaltet mit allen anderen Subventionsverträgen, die wir haben. Da haben wir ja gerade eine Mitteilung erhalten, dass wir als Gemeinderat über diese gesamthaft auch wieder beurteilen können 2023. Und in diesem Rahmen können wir dann auch wieder schauen, ob etwas passt oder nicht oder wie es sich entwickelt hat.

Du hast auch noch das angesprochen mit den Quartierfesten. Uns als EVP ist es ein sehr grosses Anliegen, dass man wirklich auch auf Quartierfeste hinunterbricht, wo dass da Gebührenerlasse vielleicht gewährt werden können und wo vielleicht nicht. Dort ist sicher ein Missstand. Dort sind noch viel mehr Freiwillige im Einsatz und es ist schwierig, wenn ein kleiner Quartierverein etwas für das Allgemeinwohl tut, aber nachher mit Gebühren rechnen muss. Dort haben wir den Erlass nicht durchgehend. Das ist etwas, über das wir sicher nochmals diskutieren werden im Rahmen der Vorstösse, die überwiesen wurden zum Thema Quartierentwicklung.

**A. Zuraikat (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion wird den Kürzungsantrag ablehnen. Wir haben ein gewisses Verständnis, eben auch vom Votum her, dass man eigentlich Gleichberechtigung anstreben möchte für alle Feste, die es gibt in der Stadt. Wir haben auch unsere Sicht in der Fraktion entsprechend diskutiert. Wir würden es begrüßen, wenn der Stadtrat bei den Subventionsbeiträgen ein bisschen genauer hinschauen würde, wo diese hinfließen, z.B. dass keine Subventionsbeiträge für den Markt gesprochen werden, weil dieser eigentlich selbsttragend sein muss. Aber wie gesagt, den Kürzungsantrag lehnen wir ab.

**Ratspräsident A. Geering:** Ein Learning point ist, dass spontane Voten kürzer sind als vorbereitete... Wir sollten also weniger vorbereiten in Zukunft.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich bedanke mich für die grossmehrheitlich wohlwollenden Worte. Ich denke, wenn man anschaut, was wir an Grossveranstaltungen haben in unserer Stadt, dann kommen wir tatsächlich vom Albanifest über Musikfestwochen, Internationale Kurzfilmtage über Afro-Pfingsten zu Fasnacht und Dorfeten... Wir haben einiges an grossen Veranstaltungen bei uns in der Stadt.

Und das, was jetzt gefordert wurde, wir sollten ein bisschen genauer hinschauen, das machen wir, gerade bei den Afro-Pfingsten. Rein von der Geschichte her. Wir hätten es auch gerne gehabt, wenn sie einmal ausgesetzt hätten. Ihr kennt diese Geschichte. Mittlerweile hat es eine neue Führung, eine Führung, die auch heute Abend hier vertreten ist, und ich denke, es ist richtig, dass wir in diesem Umfang, den wir heute beantragt haben, diesen Beitrag auch sprechen. Afro-Pfingsten hat eine Bereinigung gemacht, hat das Konzept überarbeitet, es geht kein Geld in den Markt, sondern es geht Geld in die Konzerte. Wenn ich auch die wirtschaftliche Konsequenz dieses Anlasses anschau: Er füllt uns schlicht unsere Hotelbetten. Und das ist, wenn man den Standort anschaut, ein ganz wichtiger Faktor. Neben allem anderen: Sinnvoller Kulturaustausch, Kulturbegegnungen und dass wir das Kulturangebot mit dem Hauptpunkt Musik weiter als Schwerpunkt bezeichnen können. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie weiterhin grossmehrheitlich auch beim Beschluss noch hinter diesem Antrag stehen. Was ich garantieren kann, das machen wir bei allen Subventionsverträgen, dass wir genau hinschauen, wo das Geld hingehet.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag. Wer dem Änderungsantrag auf Kürzung der Subvention zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Wer den Antrag auf Kürzung ablehnen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Der Antrag ist ganz deutlich abgelehnt.

Wir stimmen nochmals ab. Simon Büchi hat mir angekündigt, dass sie das Geschäft ablehnen möchten, wenn der Kürzungsantrag nicht durchkommt. Und deshalb stimmen wir jetzt noch über das Ganze ab.

Wer dem Subventionsvertrag mit Leistungsauftrag gemäss den drei Ziffern zustimmen möchte, wie es der Stadtrat vorgelegt hat, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr dem Subventionsvertrag mit Leistungsauftrag mit dem Verein «EINEWELT.ch» für die Durchführung von Afro-Pfingsten gemäss dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

## 8. Traktandum

### **GGR-Nr. 2019.111: Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023**

---

**Ratspräsident A. Geering:** Genehmigung des Budgets 2020 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2020 «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2021 bis 2023.

Wir kommen an dieser Stelle zuerst zum Antrag über Redezeitbeschränkung, über den wir abstimmen werden. Von daher wäre es sinnvoll, wenn man noch kurz im Saal bleiben würde...

Es gibt einen Ablehnungsantrag der GLP, den Silvia gleich begründen wird. Es ist meines Wissens eine seltene Geschichte (wenn nicht erstmalig), dass ein Ratspräsident ein Antrag auf Redezeitbeschränkung stellt. Es ist aber ein Mittel, das mir von der Geschäftsordnung her möglich ist. Und ich habe eingangs schon gesagt, dass wir in diesem Dezember alte Antworten von Interpellationen, Motionen und Postulaten abarbeiten wollen und dass wir da auch vorwärtskommen möchten. Ich war am Freitag am KMU-Forum, habe dort drei Elevator-Talks gehört, von Start-up-Unternehmen. Ein Elevator-Talk von drei Minuten - es ist erstaunlich, was man in drei Minuten alles sagen kann. In drei Minuten kann man wirklich viel sagen und deshalb denke ich, dieser Antrag ist eine gute Sache für uns als Parlament.

Es ist ein Antrag auf Redezeitbeschränkung in der Detailberatung des Budgets, nicht über das ganze Budget. Nur bei der Detailberatung.

Silvia Gygax.

**S. Gygax (GLP):** Die GLP stellt hier den Ablehnungsantrag gegen die Redezeitbeschränkung, explizit auch auf die Detailberatung. Wir schätzen ja effiziente Abläufe, auch beim Budget. Und wir schätzen auch kurze, knappe, knackige Voten. Die Begründung von Anträgen und die Debatte sind aber gerade im Budget und in der Detailberatung wichtig. Wir sind der Meinung, dass bei der Budgetdebatte das öffentliche Interesse stärker gewichtet werden muss als ein beschleunigter Prozess. Die öffentliche Debatte ist nämlich das Kernelement der direkten Demokratie. Und beim wichtigsten parlamentarischen Geschäft im Jahr, nämlich bei der Budgetberatung, darf diese nicht beschnitten werden.

Wir können gerne über Redezeitbeschränkungen bei Interpellationen reden oder sonst auch beim normalen Ratsalltag. Dort sind wir sehr offen dafür. Aber beim Budget... Genau da ist es effektiv aus demokratie-theoretischen Überlegungen völlig falsch. Deshalb stellen wir den Ablehnungsantrag und danken auch für die Unterstützung.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL ist auch für kurze und knackige Voten – und lehnt deshalb den Ablehnungsantrag ab. Ich muss allerdings noch ein bisschen länger werden: Ich kann mich an eine Budgetdebatte erinnern, bei der die GLP die 0.6631-Anträge gestellt hat. Und damals hatte ich den Eindruck, dass sie keine Lust gehabt hatten, diese jeweils mündlich zu stellen und zu begründen, und auch keine Lust darauf, dass wir nachher noch Stellung nehmen konnten. Damals hätte die GLP einer Redezeitbeschränkung von 3 Sekunden zugestimmt. Ja, 3 Minuten sollten reichen.

Wie gesagt, wir lehnen diesen Antrag ab und sind für die Variante des Ratspräsidenten.

**R. Kappeler (SP):** Die SP findet mehrheitlich die Begründung der GLP überzeugend. Wir werden mehrheitlich dem Antrag zustimmen. Auch wir sind für Effizienz. Ich glaube, meistens schafft man es in drei Minuten. Aber ich finde, wenn man nur noch die Stoppuhr nimmt als Massstab unserer Arbeit, dann ist das der falsche Ansatz, der falsche Anreiz.

**M. Wäckerlin (PP):** Man kann ja eigentlich das Wesentliche in 30 Sekunden sagen. Als ich noch in der GLP-Fraktion war, hat mir jemand von Euch extra ein Büchlein geschenkt über das. Ich nehme mir das sehr zu Herzen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, gilt das ja dann nicht für das Eintretensvotum, dann kann man dort eigentlich wirklich sagen, was einem wichtig ist, und entsprechend finde ich das gut.

Ich werde zustimmen, aber wir haben es in der Fraktion nicht besprochen.

**U. Hofer (FDP):** Ich freue mich jetzt schon auf das Votum von Marc beim Eintreten...

Aber ich kann sagen, ich schliesse mich eigentlich Roland an. Die meisten Anträge kann man problemlos in drei Minuten unterbringen, aber es gibt Anträge, die sind wichtig. Und da ist es auch angebracht, dass wir es in dieser Wichtigkeit begründen und behandeln, deshalb bin ich auch gegen strikte Stoppuhr.

Aber ja, wir dürfen es kurz halten, wo Kürze angebracht ist.

**M. Gross (SVP):** Die SVP wird den Antrag der GLP unterstützen. Wir sind gegen eine Bevormundung des Parlaments in dieser Sache.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag auf Redezeitbeschränkung zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Zählen bitte.

Wer den Antrag auf Redezeitbeschränkung ablehnt, soll das zeigen durch Handerheben.

Der Antrag auf Redezeitbeschränkung ist mit 33:23 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen damit Eintreten. Felix Helg.

**F. Helg (AK):** «Welchen Handlungsspielraum soll der Gemeinderat dem Stadtrat und der Verwaltung lassen?» Oder pointierter: «Schränkt der Gemeinderat den Handlungsspielraum des Stadtrates und der Verwaltung zu stark ein?» - In den letzten Wochen ist darüber im Zusammenhang mit dem Wechsel der Leitung des Finanzdepartements und auch mit dem bevorstehenden Ausscheiden des Leiters des Finanzamtes ab und zu gesprochen worden. Und auch heute Abend im Rahmen der Beratung zur Finanzhaushaltsverordnung ist die Thematik vom Handlungsspielraum gestreift worden. Deshalb erlaube ich mir da ein paar einleitende Worte zu dieser Thematik in meiner Funktion als Kommissionsreferent zum Budget im Allgemeinen.

Die Festlegung des Budgets und die Abnahme der Jahresrechnung gehören zu den grundlegenden Befugnissen von jedem Parlament. Sie sind für Winterthur auch so in der Gemeindeordnung festgeschrieben (Art. 28 Abs. 1). Der Stadtrat stellt Antrag, und der Gemeinderat diskutiert und fasst Beschluss. Letztlich ist es dann immer ein Ergebnis der politischen Auseinandersetzung, wie weit oder eng der Handlungsspielraum ausgestaltet wird. Insofern gibt es auch nicht ein «richtig» oder «falsch». Der Handlungsspielraum wird durch die parlamentarischen Mehrheiten in einer demokratischen Art und Weise abgesteckt und unterliegt so auch einer gewissen Relativität. Der Prozess ist aber jedes Jahr der gleiche. Es ist darum wichtig, dass der Stadtrat und auch die Verwaltung diese Ausgangslage und die unterschiedlichen Rollen von Parlament und Regierung so akzeptieren können.

Wenn der Gemeinderat das Budget gestaltet, so ist das Echo des Stadtrates und der Verwaltung auch nicht immer widerspruchsfrei: Wenn zum Beispiel ein kleiner Betrag von Fr. 10'000 zur Diskussion steht, wendet man jeweils ein, das Parlament sei zu kleinlich, es werde zu operativ tätig und habe die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) nicht verstanden. Wenn umgekehrt der Gemeinderat einen pauschalen Kürzungsantrag stellt, wird geltend gemacht, man müsse dann schon sagen, was man nicht mehr möchte.

Das zur Einleitung.

Zuerst in Kürze die wichtigsten Zahlen, aber vorangestellt noch zwei Vorbemerkungen.

Erstens: Letztes Jahr hat im Rahmen der Budget-Debatte die rechnerische Abwicklung von Steuerkraftabschöpfungen und -zuschüssen zu reden gegeben. Konkret ist es dabei um den Ressourcenausgleich und um dessen rechnerische Abgrenzung gegangen. Das hat damals dazu geführt, dass nach dem Budgetantrag des Stadtrates von Ende September 2018 das Budget um rund Fr. 55 Mio. nach unten zu korrigieren war. Mittlerweile ist das kantonale Gemeindegesetz geändert worden, so dass wir jetzt nicht mehr in derselben Situation sind wie im letzten Jahr.

Zweitens: Der Gemeinderat hat an der letzten Sitzung (am 4. November 2019) die Aufwände für die Erhöhung der Rückstellung zur Sanierung der Pensionskasse im Betrag von gut Fr. 115 Mio. vom mittelfristigen Ausgleich der Rechnung ausgenommen. Das wirkt sich auf die Beurteilung aus, ob die Voraussetzung vom mittelfristigen Ausgleich der Rechnung erfüllt ist. Darauf komme ich später nochmals zurück.

Wir haben hier auf der 1. Präsentationsseite die Ausgangslage nach dem Novemberbrief. Der Antrag des Stadtrates im Novemberbrief wies einen Gewinn von Fr. 3.7 Mio. aus. Nach den Kommissionsberatungen und der Berücksichtigung der Anträge, die angenommen wurden, resultiert ein Verlust von Fr. 3,1 Mio. Das muss man natürlich immer auch im Verhältnis sehen zum Gesamtvolumen des Budgets, das rund Fr. 1.6 Mrd. umfasst. So sind die Beträge, die 3-4 Millionen, rund 2 Promille.

Dann noch 2-3 weitere Zahlen in Kürze:

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen betragen gut Fr. 110 Mio., das ist gut 10% über dem letztjährigen Budget.

Die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen, soweit sie die Eigenwirtschaftsbetriebe betreffen, umfassen knapp Fr. 98 Mio. und sind somit knapp 10% unter dem letztjährigen Budget.

Die Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen sind in etwa stabil bei Fr. 13.5 Mio.

Bei den Stellen ist es die eindrückliche Zahl von 3'397.97. Das sind rund 60 Stellen mehr als im letztjährigen Budget, also wirklich eine markante Steigerung, die uns da beantragt werden. Der Steuereffuss ist nach dem Antrag des Stadtrates weiterhin bei 122 % festzusetzen.

Und noch eine weitere eindrückliche Zahl: Das ist die Nettoschuld, umgerechnet pro Einwohner, diese beträgt Stand Antrag Stadtrat Ende September rund Fr. 10'600.

Ich komme im Einzelnen noch zu den wichtigsten Aussagen in der Erfolgsrechnung. Zuerst zu den Verbesserungen, dann die wesentlichen Verschlechterungen gegenüber dem letztjährigen Budget.

Wir haben bei den Verbesserungen eine markante Verbesserung im Finanzausgleich (der Verzicht auf die Abgrenzung, die man nicht mehr machen muss, wie ich das eingangs kurz erklärt habe), dann gibt es auch eine Verbesserung beim Fiskalertrag. Allerdings ist das ein bisschen unterschiedlich. Bei den natürlichen Personen ist der Fiskalertrag höher, bei den juristischen Personen hingegen tiefer. Wesentlich trägt dann auch der Finanzertrag zu einer Verbesserung bei, nämlich mit Fr. 22.4 Mio. Das sind Bewertungsgewinne, die resultieren durch die periodischen Aufwertungen und Aktualisierungen. Dass man weniger Zinsaufwand gebraucht hat, leuchtet ja beim momentanen Umfeld bei den Zinsen ohne weiteres ein.

Bei den Verschlechterungen, ebenfalls im Vergleich zum Budget 2019, haben wir in der Bildung einen hohen Zuwachs mit Fr. 13 Mio., u.a. ist das auf die steigenden Schülerzahlen zurückzuführen. Dann auch bei den Soziallasten (dort sind es v.a. auch die Ergänzungsleistungen, die zu Buche schlagen) Fr. 7 Mio. und in der Pflegefinanzierung Fr. 5 Mio., v.a. im Bereich der stationären Langzeitversorgung.

Bei den beiden letzten Punkten, Soziallasten und Pflegefinanzierung, hat es dann im November-Brief noch eine Verbesserung, Fr. 1.2 Mio. bei den Soziallasten und Fr. 0.9 Mio. bei der Pflegefinanzierung.

Bei der Investitionsrechnung, was das Verwaltungsvermögen betrifft, fallen bei den Fr. 110 Mio. v.a. das Polizeigebäude ins Gewicht, das jetzt realisiert wird, es sind verschiedene Schulbauten auch von Bedeutung und dann noch ein Standortbeitrag, der geplant ist für das Fotomuseum, zu dem es aber noch eine Weisung geben sollte.

Beim Verwaltungsvermögen Eigenwirtschaftsbetriebe sind es verschiedene grössere Projekte aus den Bereichen Stadtwerk und Entsorgung, die hier diese Summe ergeben.

Bei den Nettoinvestitionen Finanzvermögen haben wir das Frohsinn-Areal Wülflingen, das einiges kostet, und dann auch die Neugestaltung des Katharina-Sulzer-Platzes, die dann im Wesentlichen zu diesem Betrag führen.

Dann haben wir mit einer neuen Bezeichnung den Finanz- und Aufgabenplan. Früher hiess das ja IAFP, jetzt FAP. Man muss sich da ein bisschen an die neue Bezeichnung gewöhnen, die einerseits das Budgetjahr 2020 umfasst und dann die Planjahre 2021 – 2023.

Hier habe ich die Folie mit den Kostensteigerungen im operativen Bereich projiziert. Das ist in der Budgetweisung enthalten. Ich fange unten an, beim lachsroten Bereich. Das ist die Steigerung beim DSS, dem Bereich Bildung (einschliesslich Betreuung) (im Säulendiagramm lachsrot: 2021: 10.1 Mio. -> 2023: 26.3 Mio.). Dann der Bereich Soziales (einschliesslich Pflegefinanzierung) (im Säulendiagramm „blau“: 2021: 1.8 Mio. -> 2023: 16.0 Mio.). Aber auch der «Rest» in den operativen Bereichen wächst (im Säulendiagramm „orange“: 2021: 3.0 Mio. -> 2023: 12.2 Mio.). Man sieht, dass das DSS und das DSO die Kostentreiber sind in den nächsten Jahren.

Diese besorgniserregenden Kostensteigerungen führen dann auch zu hohen Verlusten. Die erwarteten Verluste sind 2021 Fr. 20.6 Mio., 2022 Fr. 36.1 Mio. und 2023 sogar Fr. 50.5 Mio. So ist das im FAP eingesetzt.

Die Verschuldung nimmt dadurch natürlich auch zu. Im Wesentlichen sind das die Säulen, die da massgeblich sind. Im Budget 2020 ist sie bei ca. Fr. 1.25 Mrd. und dann gibt es einen kontinuierlichen Anstieg auf 2023 rund Fr. 1.56 Mrd. Auch diese Präsentation ist in der Budgetweisung integriert.

Dann ist ja neu auch der mittelfristige Ausgleich der Rechnung zu beachten. Im Budget 2020 nach dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates vom September ist dieser geplant mit einem

Plus von Fr. 14.6 Mio., nach den Kommissionsberatungen (ich hoffe, ich habe das richtig gemacht und dass das so in etwa stimmt) wäre es bei einem Plus von ca. Fr. 7.7 Mio. Es ist also praktisch halbiert, was wir jetzt noch im Plus sind.

Das wären die wichtigsten Kenndaten und die Erklärungen dazu.

Noch zu den Kommissionsberatungen: Das Budget wurde separat in der Aufsichtskommission und auch in den Sachkommissionen beraten. Insgesamt wurden 14 Anträge angenommen. Dazu kommt eine grössere Zahl von Anträgen, die in der Sitzung noch gestellt werden, die in der Kommission abgelehnt wurden.

Zu den Hauptpunkten, zu denen wir nachher sicher auch die Diskussion (jetzt ohne Redezeitbeschränkung) führen werden, gehört das Personal (dort die Frage nach Teuerung und Lohnmassnahmen), dann weiter die Entnahme aus der Reserve der Produktegruppe Parkhäuser, was auch einen erheblichen Betrag ausmacht, dann sind verschiedene Anträge in der Pipeline zur Produktegruppe Volksschule und Sonderschulung. Dann ist sicher der Steuerfuss ein Thema, wo wir auch einen entsprechenden Antrag haben von der Grünen Partei, und sicher auch die Weiterentwicklung im Rahmen des Finanz- und Aufgabenplans (FAP).

Weil nach den Kommissionsberatungen ein Verlust resultiert, kann folgerichtig auch kein Gewinn mehr in die finanzpolitische Reserve verschoben werden, wie das der Stadtrat noch mit dem Novemberbrief beantragt hat.

Im Budgetantrag des Stadtrates sind die Renditevorgaben für verschiedene Immobilienkategorien angepasst worden. Das ist eine Konsequenz der Budgetmotion 2019.7 betreffend Mindestrenditen für Immobilien im Finanzvermögen. Diese Motion ist im Sinn vom Gegenvorschlag des Stadtrats umgesetzt worden, deshalb kann diese Budgetmotion als erledigt abgeschrieben werden.

Im Übrigen sind nach dem heutigen Beschluss zur Änderung der Finanzhaushaltsverordnung verschiedene Produktegruppen und Produkte angepasst worden. Diese Änderungen sind parallel zur Änderung der Finanzhaushaltsverordnung bereits im Budgetantrag des Stadtrats berücksichtigt.

Zur Gestaltung der Produktegruppe doch noch eine Bemerkung zur Äusserung von Stadtrat Kaspar Bopp in der Beratung zur Finanzhaushaltsverordnung. Da wurde gesagt von Kaspar Bopp, die Richtung des Budget-Tankers stünde schon rund 14 Monate vor dem Beginn des Budgetjahres fest, also genauer nach dem Beispiel von Kaspar Bopp: Im November 2018 für das Budget 2020. Ich denke, in dieser Absolutheit ist diese Aussage aber nicht zutreffend. Der Gemeinderat hat ja das Instrument einer Budgetmotion. Damit kann er auf die Budgetstruktur relativ kurzfristig und auch verbindlich Einfluss nehmen. Und zwar muss der Beschluss vom Gemeinderat erst vor den Sommerferien, also rund 6 Monate vor dem Budgetjahr vorliegen. Und in diesem Fall muss der Stadtrat auch in der Lage sein, diese Anpassungen in der Budgetstruktur noch vorzunehmen. Von daher denke ich, die starre Ausrichtung dieses Tankers schon 14 Monate vor Budgetjahr, kann man so doch nicht als richtig erachten.

Ich komme zu den Anträgen der Aufsichtskommission: Wir haben die Schlussanträge beraten und abgestimmt.

Es gibt ein Ja zum 1. Antrag Genehmigung Globalkredite und Leistungsziele in der Erfolgsrechnung (10:1).

Dann Genehmigung der Investitionsrechnung angenommen mit 10:1.

Festsetzung vom Gemeindesteuerfuss (122 %) wurde angenommen mit 8:3.

Die Kenntnisnahme vom Finanz- und Aufgabenplan wurde angenommen mit 6:5.

Und beim Antrag 5 wird der Stadtrat ermächtigt, pauschal in der Produktegruppe «Städtische Allgemerkosten» eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktegruppen zu belasten. Dieser Antrag wurde auch angenommen mit 10:1.

An dieser Stelle bedanke ich mich beim Departement Finanzen unter der Leitung einerseits der früheren Vorsteherin Yvonne Beutler bzw. des heutigen Vorstehers Kaspar Bopp und auch beim Finanzamt unter der Leitung von Reto Stuppan für die Vorbereitung des Budgets und die Begleitung der Beratungen in der Aufsichtskommission und in den Sachkommissionen. Der Dank gilt natürlich auch allen Departementen und Produktegruppenverantwortlichen, welche die Detailarbeiten am Budget vorzunehmen hatten.

Wir sind auch gespannt, in welche Richtung sich die Überarbeitung der Finanzprozess und der Finanzberichterstattung entwickeln wird. In der Weisung zum Budget wird das Projekt, das die bisherige Finanzvorsteherin in die Wege geleitet hat, kurz vorgestellt und in der AK wurden wir darüber ja auch schon informiert. Im Wesentlichen geht es um eine verbesserte rollende Planung. Im Text tönt das zurzeit alles noch etwas abstrakt. Aber wir freuen uns natürlich, wenn das Projekt auch mit dazu beiträgt, die Informationsbedürfnisse des Parlaments besser zu befriedigen und die Steuerungsmöglichkeiten des Gemeinderates zu verbessern. In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum November-Brief: Ich erachte die Zahl der im November-Brief beantragten Änderungen als sehr hoch. Ich habe sie durchgezählt und bin auf 114 Änderungen gekommen, namentlich in der Investitionsrechnung. Es ist dem Gemeinderat praktisch kaum möglich, sich in seriöser Art mit all diesen Ergänzungen in der kurzen Zeitspanne zwischen Publikation des November-Briefs und den Kommissionssitzungsterminen auseinanderzusetzen, was meines Erachtens dem Budgetprozess abträglich ist. Aber auch das ganz Alltägliche sollte nicht vergessen gehen, nämlich eine verbesserte Darstellung von Budget und Jahresrechnung. Beide Dokumente sind auch in einem rollenden Prozess nach wie vor wichtige statische Eckpfeiler, an denen nach geltendem Recht die parlamentarische Beurteilung der städtischen Finanzen anknüpft. Zu einer Auslegeordnung gibt bald das überwiesene Postulat 2019.5 Anlass, das bis im Februar beantwortet werden sollte. In dem Sinne bin ich am Ende. Danke für die Aufmerksamkeit. Ihr könnt jetzt einsteigen in die Detailberatung.

**Ratspräsident A. Geering:** Vielen Dank, Felix Helg. Es ist ein kreativer Vorschlag, dass wir, da wir keine Redezeitbeschränkung haben, auf das Eintreten verzichten. Aber danke für das Vorstellen des Budgets 2020.

Wir werden jetzt für das Essen unterbrechen und um 20 Uhr in die Eintretensdebatte starten. Ich wünsche Euch «guten Appetit».

*Nachtessenspause.*

**Ratspräsident A. Geering:** Ich begrüsse Euch herzlich zurück zur Abendsitzung. Wir haben das Budget 2020 inklusive Novemberbrief noch vorgestellt bekommen und fangen jetzt an mit der Eintretensdebatte. Das Wort hat Urs Glättli.

**U. Glättli (GLP):** Die Grünliberalen werden auf die Vorlage zum Budget 2020 eintreten, inklusive Festsetzung des Steuerfusses und Kenntnissnahme des Finanz- und Aufgabenplan, dem sogenannten FAP, wie er seit diesem Budget heisst. Das heisst aber nicht, dass wir alles gut finden an dieser Vorlage, im Gegenteil.

Es fängt schon mal an beim Titel der Vorlage: Wieso wir als Parlament ein Budget bloss zu genehmigen haben, wie es im Titel der Vorlage heisst, bleibt uns – wie noch einiges in dieser Vorlage – ein Rätsel. Ein Budget wird beschlossen und nicht bloss genehmigt, auch unter WOV! Beschliessen heisst eben auch, dass wir es hier und jetzt und heute ändern dürfen. Wir dürfen Budgetposten kürzen oder erhöhen, wir dürfen Sperrvermerke anbringen und wir dürften das Budget auch zurückweisen.

Wir nehmen es vorweg, die grünliberale Fraktion ist v.a. tief besorgt über die in Aussicht gestellte Finanzplanung. Mit einem prognostizierten Minus von 25, 40 und 54 Millionen Franken (wie wir das schon bei der Vorstellung des Geschäftes von Felix Helg gesehen und gehört haben) in den kommenden Jahren scheint dieser FAP tiefrot. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass 2022 und 2023 mit einem im Sozialhilfegesetz bzw. Revision dieses Gesetzes allenfalls noch zu verankerten Soziallastenausgleich in einer ungewissen Höhe von 17 Millionen Franken gerechnet wird, sieht es dann noch schlimmer aus. Stürzt die Verankerung eines Soziallastenausgleichs im SHG ab oder wird ein solcher für Winterthur gar nicht so wirksam sein wie erhofft, dann beträgt das Minus im Jahr 2023 71 Millionen Franken (prognostiziert).

Wir hören es immer wieder und es wird auch dieses Jahr von den Grünen erneut beantragt, der Steuerfuss soll prophylaktisch erhöht werden. Um ein Minus von 71 Millionen in Zukunft prophylaktisch decken zu können, entspräche das einer Steuerfusserhöhung von sage und schreibe 24%. Das ist für die Stadt alarmierend und für uns Grünliberale politisch unverdaulich. Notabene war dies schon vor einem Jahr vorauszusehen. Reagiert hat man bis jetzt aber nicht. Es ist offenbar geplant, die Stadt mit Vollgas in die Schuldenbremse fahren zu lassen. Das ist nie und nimmer nachhaltig. Die Grünliberalen werden deshalb auch die negative Kenntnisnahme des FAP beantragen.

Heute behandeln wir das Budget 2020. Wir bieten Hand, schon heute auf die Bremse zu treten. Das verbliebene parkierte Tafelsilber z.B. brauchen wir nicht jetzt, sondern morgen – in den kommenden Jahren. Zusätzliche Stellen sollen nur dort geschaffen werden, wo nötig und v.a. nicht dort, wo es der Stadtrat in der Hand hätte, seine personellen Ressourcen anders und angemessener auf die Departemente zu verteilen, wie z.B. bei den Stellen für die Kommunikation.

Ich kritisiere aber nicht nur den Stadtrat, sondern auch uns selbst. In jeder Budgetdebatte wird viel gejammert und mit ungemein viel Aufwand versucht, die Aufwendungen zu hinterfragen. Unter dem Strich verbleibt dann wenig, auf jeden Fall zu wenig, um die kommenden Aussichten hinreichend abzufangen. Es ist daher unsere Pflicht, unterjährig bei den laufenden Geschäften genauer und kritischer hinzuschauen. Die Kommissionen sind aufgerufen, ihre vorberatende Funktion auszuüben und aufwandtreibende Vorlagen in den kostentreibenden Leistungsbereichen Bildung, Gesundheit und Soziales kritisch zu hinterfragen und dabei den finanziellen Aspekten mehr Rechnung zu tragen. Beginnen wir damit schon heute!

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Ich finde, wir können mit dem Budget 2020 eigentlich gut leben. Es ist verständlich, je nach Partei setzt man ein bisschen andere Schwerpunkte, stellt ein bisschen andere Anträge – aber (und da sind wir uns vermutlich auch noch alle einig) problematischer ist die Zukunft, 2021 – 2023. Ich vergleiche jeweils gerne das Budget von der Stadt Winterthur mit Budgets von anderen Städten. Dieses Mal habe ich mir als Hobby-Chaux-de-Fonnier das Budget von La Chaux-de-Fonds vorgeknöpft. Zur Information: Das Budgetvolumen ist dort ca. 6 x kleiner. Dort beantragt der Stadtrat dem Parlament einen Verlust von 15.2 Mio., und das trotz einer auf 2020 neu eingeführten Liegenschaftensteuer, die ca. 2 Mio. einbringen soll. Dann hört man dort im Zusammenhang mit dem Budget 2020 die Aussage: «Wenn wir so weitermachen, sind wir in 3 Jahren pleite.» Und der Stadtrat hat anscheinend diskutiert, ob man das Hallenbad (notabene ein 25 m-Becken und das Schulschwimmbekken) ganz schliessen soll.

Zurück zu Winterthur: Wir befinden uns an einem ganz anderen Punkt. Auch wenn die vorausgesagte Entwicklung schlecht ist. Auch wenn tatsächlich die Verluste in dieser Höhe, wie sie Urs Glättli vorhin erwähnt hat, realisiert werden, sind wir noch nicht pleite. Und über eine Schliessung vom Hallenbad Geiselweid hat auch noch niemand laut nachgedacht. Wir sprechen immer noch von mehr gedeckter Wasserfläche und nicht von gar keiner mehr.

Zusammenfassend heisst das: Warnen vor der Zukunft ist gut, aber bitte nicht zu viel jammern. Und wenn wir von der Zukunft sprechen und die Zahlen tatsächlich in die schlechte Richtung gehen, dann wissen wir, was das heisst: Irgendwann werden wir wieder ein Sparprogramm schnüren, und das, nachdem wir erst vor kurzem zwei Sparprogramme hinter uns gebracht haben.

Die Fraktion Grüne/AL verlangt, dass wir die Lehren aus diesen Sparprogrammen ziehen. Wir haben teilweise Stellen abgebaut, z.B. beim Bau, und sind jetzt daran oder haben es bereits gemacht, diese wiederaufzubauen, weil wir festgestellt haben, dass diese unverzichtbar sind. Das darf kein weiteres Mal mehr vorkommen. Wir müssen die Weiterentwicklung der Stadt Winterthur gewährleisten. Es geht nicht nur (aber v.a. auch) um die Ökologie und den öffentlichen Verkehr – denn das ist halt wirklich wichtig für die Zukunft – und wir wollen (und mit «wir» meine ich nicht unbedingt nur den Gemeinderat, sondern die jeweils zuständige Instanz) mitentscheiden, wie diese Stadt in Zukunft aussehen soll. Und das braucht wirklich entsprechende personelle Ressourcen.

Zu den Personalmassnahmen möchte ich eigentlich noch nicht zu viel sagen. V.a. etwas möchte ich aber hier klar erwähnen: Ich bin mit dem Verfahren nicht einverstanden. Der Stadtrat beantragt jetzt 1.4 % Lohnmassnahmen und begründet das mit dem Argument, früher hätte eine Lohnrunde auch in etwa so viel gekostet. Wir haben jetzt ein neues Personalstatut, kein automatischer Stufenanstieg mehr. Deshalb finde ich diese Begründung ein bisschen dürftig. Der Stadtrat argumentiert weiter mit dem Rotationsgewinn. Aber die in der Verordnung zum Personalstatut erwähnte Finanzlage der Stadt, die allgemeine Wirtschaftslage, der Arbeitsmarkt und die Lohnentwicklung in der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft sind nur mässig ausgeführt worden - und v.a. sind wir nicht mit entsprechenden Zahlen dokumentiert worden.

Das muss sich ändern. Ich habe mich in dieser ganzen Lohnmassnahmendebatte auch z.T. wirklich gefragt, ob der Stadtrat es wirklich ernst gemeint hat mit den 1.4 % oder ob er die einfach hineingestellt hat und gedacht hat, das Parlament wird dann schon kürzen. Es erstaunt mich deshalb auch nicht, dass die Lohnmassnahmen relativ stark unter Beschuss gekommen sind. Und auch der Verlauf dieser Debatte und die Anträge werfen wirklich Fragen auf.

Wir brauchen betreffend den Lohnmassnahmen ein Berechnungstool, mit dem wir feststellen können, was es heisst, wenn eine Partei sagt, sie wolle die Lohnmassnahmen um 1 Mio. kürzen. Welchem Anteil in % Lohnmassnahmen gewähren wir dann noch? Beim Antrag der EVP, der sagte, man wolle nur Lohnmassnahmen von 0.6 % haben wir dann aus dem Drehbuch erfahren, dass das 1.05 Mio. bedeuten soll. Und damit wussten wir auch, dass es irgendwie unklar ist, was die EVP genau wollte: Wollte sie einen Kompromissantrag stellen oder was war das? Denn in der Höhe ist es ja dann praktisch identisch wie der FDP-Antrag. Und deshalb einfach nochmals der Hinweis: Wir brauchen ein Tool, mit dem wir herausfinden können, was es heisst, wenn wir so viel kürzen wollen oder wenn wir eine Lohnmassnahme von so und so viel % wollen statt so, wie es der Stadtrat beantragt hat. Wo sind wir dann? Wie viel muss man nach unten oder wie viel muss man nach oben?

Zur Position der Grünen/AL kann ich nur so viel sagen, dass wir unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft davon ausgehen, dass ca. 1.0 % angemessen wären. Dazu kommt, dass unser Personal weiterhin Sanierungsbeiträge an die Pensionskasse leisten muss, was auch relativ unglücklich ist. Ind deshalb ist klar: Die Fraktionsmeinung ist relativ weit weg von den im Raum stehenden Kürzungsanträgen und eher näher beim Stadtrat. Und in Anbetracht der sich abzeichnenden Mehrheiten, wenn nicht irgendetwas Weltbewegendes passiert, werden wir dann diesen Stadtratsantrag ohne Begeisterung durchwinken.

Kritisch sehen wir das Streichkonzert in der Bildung. Bildung ist unser einziger Rohstoff, den wir haben in der Schweiz. Da müssen wir wirklich schauen, dass wir genügend Geld investieren.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die Fraktion Grüne/AL tritt selbstverständlich auf das Budget ein und wird, wie wir das auch schon gehört haben, traditionsgemäss den Antrag stellen, die Steuern auf 124 % zu erhöhen.

**T. Brütsch (SVP):** Zu den Kennzahlen vom Budget 2020 haben wir von Felix Helg das Wichtigste schon gehört. Diese kann im Übrigen auch jeder selbst nachlesen. Wir werden voraussichtlich mit einer relativ ausgeglichenen Erfolgsrechnung abschliessen, je nachdem, wie es heute Abend und an den kommenden Montagabenden ausgeht, leicht positiv oder leicht negativ. Die Verschuldung bleibt ungefähr auf dem bekannt hohen Niveau.

Dass das Budget 2020 ausgeglichen ist, hat allerdings v.a. mit Einmaleffekten zu tun, nämlich mit höheren Finanzerträgen aufgrund von Liegenschaftsneubewertungen und einem aus unserer Sicht leicht fragwürdigen Trick, indem man sich aus den Betriebsreserven der Parkhäuser bedienen will. Zählt man diese Faktoren weg, dann würde die Sache schon wieder ziemlich anders aussehen.

Das Fazit am Schluss des stadträtlichen Antrages ist deshalb aus unserer Sicht doppelt zweifelhaft. Er schrieb nämlich: «Erfreulicherweise ist es gelungen, trotz Bevölkerungs- und Aufgabenwachstum ein positives Budget vorzulegen.» Wie gesagt, das Positive an diesem

Budget ist sehr zu relativieren. Das Zweite ist eben das Bevölkerungswachstum, welches das grosse Problem ist, weil die Einnahmen einfach nicht mit den zusätzlichen Ausgaben Schritt halten können. Bis ins Jahr 2023 sind ja sogar rückläufige Steuereinnahmen prognostiziert. Insofern sehen wir die Politik auch in der Pflicht. Es kann jedenfalls nicht angehen, dass man einerseits dem gemeinnützigen Wohnungsbau frönt und gleichzeitig Bemühungen um Wohnraum im höherpreisigen Segment bekämpft. Letztes unrühmliches Kapitel in diesem Zusammenhang ist die Initiative Obertor, die in diesem Jahr schon mehr als 1 x Thema war.

Auch bei den Bemühungen, Winterthur für Unternehmen nachhaltig attraktiver zu machen, ist aus unserer Sicht unter der rot-grün dominierten Regierung in den letzten 18 Monaten relativ wenig bis gar nichts passiert. Wir fragen uns dann schon, woher aus Sicht der Ratslinken die Steuereinnahmen kommen sollen für die stetig wachsende Bevölkerung und die offenbar stetig wachsenden Ansprüche. Während also die Einnahmen auf der einen Seite unterdurchschnittlich wachsen, wachsen dafür die Ausgaben überproportional.

Das gilt insbesondere auch für das Stellenwachstum in der Verwaltung. Im letzten Jahr haben wir hier drinnen 82 neue Stellen bewilligt. In diesem Jahr sind es auf den 1. Blick 60 Vollstellen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass es netto eigentlich 95 Stellen sind, wenn man die Auslagerung des Theaters und die Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle berücksichtigt. Die Sparprogramme der letzten Jahre sind offensichtlich schon wieder ganz weit weg. Und deshalb stellen wir uns einfach die Frage (die wir uns im Übrigen auch schon letztes Jahr gestellt haben): Warum gelingt es der städtischen Verwaltung nicht, eine gewisse finanzielle Stabilität hinzubekommen oder zumindest eine, die im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum nicht aus dem Ruder läuft? Warum gibt es nicht wenigstens Skaleneffekte, die sich positiv auswirken?

Leider wird darauf wahrscheinlich auch die diesjährige Budgetdebatte keine befriedigenden Antworten liefern oder nur solche, die der Stadtrat ein bisschen gebetsmühlenartig wiederholt: Dass letztlich einfach alles teurer wird, uns aufgrund von übergeordnetem Recht ohnehin fast kein Spielraum zukommt und wir vom Kanton ungenügend für unsere Zentrumslast entschädigt werden.

Ich möchte festhalten, dass ich auch der Auffassung bin, dass die Städte fair für die Soziallasten entschädigt werden sollten. Der Kantonsrat hat ja insofern vor Kurzem auch einen entsprechenden Schritt gemacht mit der Erhöhung der kantonalen Entschädigungen für Ergänzungsleistungen. Auch ist es richtig, dass im Budget vieles drin ist, das wir nur bedingt beeinflussen können. Und es stimmt sicherlich auch, dass der Kanton in den letzten Jahren einige Aufgaben delegiert hat und dass einige kantonale und eidgenössische Gesetzes- oder Steuervorlagen uns nicht gerade in die Karten spielen.

Aber dennoch ist das aus unserer Sicht nur die eine Seite der Medaille. Es reicht eben nicht, dass man nur beim Kanton die hohle Hand macht. Gleichzeitig müssen wir unsere eigenen Hausaufgaben auch machen. Wobei das Stichwort «Hausaufgaben» eigentliches ein gutes ist. Insofern möchte ich noch auf die drei bösen Wörter zu sprechen kommen (dieser Ausdruck stammt im Übrigen nicht von mir, sondern von der ehemaligen Finanzvorsteherin Yvonne Beutler): Das sind Pflegefinanzierung, Soziallasten und Bildung. Und das sind eben die Positionen, die auch der Stadtrat uns immer wieder mantramässig entgegenhält, man könne dort nicht sparen resp. fast nicht sparen, weil man auf Seiten der Stadt gar keinen Einfluss habe. Wie gesagt, das mag bis zu einem gewissen Grad zutreffen – allerdings ist es halt auch ein relativ einfaches Argument. Zum Beispiel warten wir immer noch darauf, dass sich beim Sozialamt wirklich etwas nachhaltig zum Positiven bewegt. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Stellenaufstockungen, insbesondere in der Sozialberatung, bewilligt, aus unserer Sicht mit einem mässig nachhaltigen Effekt – jedenfalls sehen wir keine wirkliche Trendwende.

Eindeutig in die falsche Richtung läuft aus unserer Sicht die Entwicklung im Bildungsbereich. Selbstverständlich führen höhere Schülerzahlen auch zu mehr Ausgaben für Lehrerstellen. Das erklärt aber noch lange nicht die Kosten- und Stellenexplosion im (salopp gesagten) «Wasserkopf», sprich im Sekretariat des Departements Volksschule. Ich bin froh, dass das Wort «Kostenexplosion» schon einleitend von Dir selbstgekommen ist, Jürg.

Genauso unerklärlich und v.a. unbegründet sind für uns die Kostensteigerungen im Zusammenhang mit der Sonderschulung, Stichwort WEGA/SIRMA. Und da hätten wir uns heute schon noch 1-2 Antworten mehr erhofft als das, was wir von Jürg Altwegg gehört haben. Gewisse Aussagen decken sich auch nicht ganz mit unseren Informationen. Wir sind insofern froh, Jürg, dass wir uns keine Sorgen um Dich machen müssen, wie Du betont hast, allerdings machen wir uns aber mindestens so viel Sorgen um die Finanzen in Deinem Departement. Es entsteht bei allem Respekt der Eindruck, dass der Departementsvorsteher so ein bisschen vor sich hinbastelt, ohne dass Kontrollmechanismen gewährleistet sind. Man könnte das – böse ausgedrückt – auch als «Swissair-Prinzip» bezeichnen. Operativ läuft etwas aus dem Ruder und die Konzernleitung schaut nicht so genau hin. Wir erwarten vom Stadtrat, und zwar vom Gesamtstadtrat, dass er seine Verantwortung wahrnimmt und die heisse Kartoffel Volksschule nicht einfach dem Parlament weiterreicht, das sich dann um Kürzungsanträge bemühen kann.

Und wir erwarten – um am Schluss nochmals allgemeiner zu werden – dass der Stadtrat in Anbetracht der wirklich äusserst ungemütlichen Aussichten im Finanzplan am eigentlichen Auftrag der Sparvorlagen der letzten Jahre festhält, nämlich einer schlanken Organisation und einem massvollen Umgang mit Steuergeldern, damit wir – wir haben es auch schon gehört - nicht schon wieder neue Sparprogramme schnüren müssen.

In diesem Sinne treten wir auf das Budget ein und freuen uns auf die Detailberatung.

**F. Kramer (EVP):** Selbstverständlich tritt die EVP-Fraktion auf das Budget 2020 ein. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Wir alle wissen, dass wir im diesjährigen Budget nochmals glimpflich wegkommen werden, die Zukunftsaussichten jedoch düster sind. Uns ist es deshalb wichtig, gute Schwerpunkte zu setzen. Das Geld soll dort ausgegeben und investiert werden, wo es einem Grossteil der Bevölkerung zu Gute kommt. Wo es hingegen Möglichkeiten zum Sparen gibt, ohne dass dies auf die Kosten von Schulkindern, sozial Schwachen oder der Klimapolitik geht, unterstützen wir dies. Das haben wir schon in den vergangenen Jahren betont.

Ein grosses Thema wird auch im nächsten Jahr die Pensionskasse der Stadt bleiben. Die Stadt wird auf jeden Fall hohe Sanierungsbeiträge bezahlen und wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr Weichen stellen können für eine solide Zukunft der Pensionskasse. Hier ist im Moment wieder der Stadtrat am Zuge.

Kopferbrechen bereitet hat uns in der Budgetvorbereitung das Stichwort „Misstrauen“, das im vergangenen Jahr so oft fiel. Misstrauen zwischen Stadtrat und Verwaltung auf der einen Seite und dem Gemeinderat auf der anderen Seite. Eine Medienmitteilung zum Abgang von Reto Stuppan als Beispiel, die dem Gemeinderat die Schuld gab, dass sich Herr Stuppan nach nur einem Jahr neu orientiert. Oder dass wir bei den Budgetberatungen in den Kommissionen das Gefühl nicht loswurden, beim Budget einiger Produktgruppen handle es sich um ein „Versteckis“: Findet der Gemeinderat wohl raus, dass Kosten in andere Produktgruppen verschoben wurden, ohne dass sie in der ursprünglichen Produktgruppe gestrichen worden sind? Ganz sicher könnten auch Stadtrat und Verwaltung Geschichten erzählen, wo sie unter Misstrauen des Parlaments gelitten haben oder leiden. Wir als EVP-Fraktion wünschen uns hier eine Veränderung: Weg vom Misstrauen hin zu gegenseitigem Vertrauen! Wir wünschen uns transparente Kommunikation, ohne dass die andere Seite das nutzt, um auf Schwachstellen rumzureiten. Wir wünschen uns, dass Verwaltung und Parlament wieder zu einem Pferdegespann werden, das die Kutsche „Winterthur“ gemeinsam in die gleiche Richtung zieht. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine konstruktive Budgetdebatte.

**U. Hofer (FDP):** Ich bin gerade ein bisschen baff. Ich habe an sich ein wenig weihnachtliches Votum vorbereitet, aber ich bin überrascht. Zu dem, was Christian Griesser zu den Lohnmassnahmen sagte, konnte ich bei allem – ausser der Schlussfolgerung – eigentlich nur nicken. Und auch bei der EVP: Ich bin selten so einverstanden mit dem, was gesagt wurde. Wenig überraschend habe ich viel Deckungsgleichheiten mit Tobias Brütsch und der SVP.

Über was spricht man? Wenn man die stadträtliche Medienmitteilung zum Budget 2020 liest, ist man der Ansicht, man habe eigentlich ein gutes Budget. Und man spricht explizit von einem guten Ergebnis und nimmt das auch als Begründung für die bereits mehrfach angesprochene Lohnerhöhung von 1.4 %. Die Frage ist: Ist es wirklich so? Wir haben einen Gewinn von rund 5,3 Mio. und haben eben die Sachen, dass wir 9.6 Mio. aus der Parkhausreserve nehmen und eine einmalige Wertberichtigung von 21 Mio. haben. Es steht dann auch, irgendwo ein bisschen versteckter, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit eigentlich ein Verlust von minus 20 Mio. ist. Das ist also schon nicht gut, wenn man nächstes Jahr anschaut.

Wenn man weiter in die Zukunft schaut, den FAP, den viele angesprochen haben, wird es noch viel, viel düsterer. Wir wissen, der mittelfristige Ausgleich wird nur deshalb erreicht, weil wir die PK-Rückstellungen ausgenommen haben. Und schaut man jetzt die Zukunft an: 2020 ein Verlust von 24 Mio., dann 40 Mio. und dann 54 Mio. Klingt schlimm, ist noch schlimmer! Und das Prinzip Hoffnung hat man bereits einkalkuliert. Sämtliches Geld, das man vom Kanton erwartet, ist bereits hineinbudgetiert. Das sind im Jahr 2023 42 Mio. Davon sind inzwischen 15 Mio. gesprochen. Da können noch 27 Mio. fehlen!

Und das Zweite ist: Wir sind immer noch in einer Situation, in der die Konjunktur brummt. Wir haben eine rekordtiefe Arbeitslosigkeit. Wenn sich das auch noch ändert, möchte ich nicht in die Zukunft schauen.

Was hat es für Konsequenzen? Wir haben die Entwicklung der Verschuldung gesehen. Wir sind jetzt bei 309%, das soll sich weiter entwickeln bis 385%. Einfach nochmals als Erinnerung: Ein guter Wert gemäss Gemeindeamt ist unter 100%.

Und dann das Eigenkapital: Wir haben jetzt noch ein Eigenkapital von 90 Mio. Im 2022 rechnen wir noch mit 72'000 und 2023 sind wir bankrott – minus 55 Mio. Und selbst mit all diesen Unsicherheitsfaktoren, die wir haben.

Und, Christian, da widerspreche ich Dir vehement. Wir haben ein Budget, das uns zeigt, dass wir in einigen Jahren bankrott sind. Und ich erwarte Reaktionen. Die Botschaft ist wirklich klar: Wir steuern auf den Eisberg zu mit unserem Budget, und zwar mit Vollgas. Je nachdem, wie sich die Konjunktur oder die Hilfe des Kantons entwickelt, je nachdem schneller oder langsamer, aber der Eisberg ist ohnehin vorne dran. Und der Plan A, dass man alleine auf Gelder des Kantons hofft, ist auch gescheitert. Die Anschlussfrage ist: Macht der Stadtrat einen Plan B oder unternimmt er sonst etwas? Die Antwort dazu findet man auch schon im Text der Medienmitteilung: Nein, wir möchten die Herausforderungen der kommenden Jahre erst im Budgetprozess nächstes Jahr anschauen. So der Text.

Aber man sieht es auch in den Zahlen. Man hat es schon diskutiert: Man hat ein Stellenwachstum von 95 Stellen, wenn wir die ausgelagerten Stellen mitberücksichtigen. Man hat ein Personalaufwandwachstum von 3%, und das in diesem und auch schon im letzten Jahr bei einem Bevölkerungswachstum von 1%. Also das Hauptargument Bevölkerungswachstum zieht einfach nicht - wir wachsen um das Dreifache. Und das, wenn man auf einen Bankrott zurast.

Es ist auch auffallend, dass dieses Stellenwachstum v.a. im Wasserkopf passiert. Jeder Stab möchte ausbauen, mehr Kommunikation, mehr Personaldienst, mehr Juristen. Jeder, der bei uns in der AK war, sagte, er hätte im Vergleich den kleinsten Stab. Das geht einfach dann nicht auf, wenn das alle erzählen. Es ist ein bisschen ein Wettrüsten, so mein Gefühl. Und, das wurde auch erwähnt, es sticht ein Departement besonders hervor: Das Departement Schule und Sport. Dort einfach ein Beispiel: Sie haben im Personaldienst jetzt +/- 10 Stellen und wollen es um 50% steigern, um 5 Stellen – bei einem Schülerwachstum von 2%. Es geht einfach nicht auf – und es geht v.a. dann nicht auf, wenn man uns gleichzeitig sagt, wie schlimm die Situation ist.

Ich muss also nüchtern feststellen: Es ist nicht gut und was vorgelegt wird, grenzt an Arbeitsverweigerung. Und ich sage das wirklich nicht nur, weil ich den Stadtrat im Budgetprozess angreifen möchte, sondern ich habe ernsthafte Sorge um die Zukunft dieser Stadt. Wenn das eintrifft, was die Kurve aufzeigt, dann sprechen wir nicht mehr darüber, ob es nun 80 oder 95 Stellen sind, ob es 0.6 % mehr Lohn sind oder 1.4 %. Dann sprechen wir darüber, ob wir uns das Theater noch leisten können, ob wir uns die zusätzliche Kinderbetreuung noch leisten,

das wollen wir ja alle verhindern. Meine Botschaft wäre: Lieber das nachhaltig sichern, das wir jetzt haben und das diese Stadt lebenswert macht, als zusätzliche Wege finden, um Geld auszugeben.

Kurzum: Es ist kurz vor 12 für Plan B. Primär in der Pflicht ist der Stadtrat, denn wir im Gemeinderat können nur begrenzt Gegensteuer geben, das wird auch dieser Budgetprozess beweisen. Und uns fehlt halt auch das operative Hintergrundwissen, um das wirklich effizient zu machen. Aber wir werden Gegensteuer geben, wir haben Fokus gelegt auf den Wasserkopf und auch auf den Wasserkopf in dem Departement Bildung.

Es sind unangenehme Entscheide, aber irgendjemand muss den schwarzen Peter machen. Dass ein Schwarzer Peter-Spiel stattfindet, das Gefühl habe ich eben leider auch. Ich glaube, niemand hat geglaubt, dass man mit 1.4 % durchkommt, aber wir müssen uns dem jetzt halt einfach stellen. Ich bin aber froh, dass sich die EVP diesbezüglich wandelt und Christian sich mindestens im Votum auf einen Wandel eingestellt hat, der das auch so sieht.

Die Erwartungshaltung an den Stadtrat ist auch klar: Wir wollen, anders als in der Medienmitteilung publiziert, sofort alle zusammen am Plan B arbeiten. Wir wollen nächstes Jahr einen Massnahmenplan, der diesen Namen auch verdient. Wir hätten das eigentlich schon lange machen müssen.

Wir treten deshalb mit wenig Begeisterung auf das Budget ein. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass wir uns lange überlegt haben, dieses Budget abzulehnen. Wir werden das aber nicht machen. Es wird dieses Jahr wohl wieder eine umstrittenere Budgetdebatte geben, aber ich glaube, das ist leider nur der Vorgeschmack auf das, was uns in den nächsten paar Jahren erwartet.

**R. Kappeler (SP):** Selbstverständlich tritt auch die SP auf das Budget ein. Wir machen das zuerst mit einem herzlichen Dank an den Stadtrat und die Verwaltung. Wir finden, es ist materiell sicher kein schlechtes Budget. Man landet bei einer je nach Optik roten oder schwarzen +/- Null. Machen wir uns nichts vor: Jedes Budget in der Vergangenheit hat auch von Einmaleffekten gelebt. Wir sind uns aber auch bewusst, dass jede Rechnung besser abgeschnitten hat als das Budget. Also von daher kann man jetzt nicht diesem Budget 2020 vorwerfen, es sei nur dank Einmaleffekten noch ausgeglichen. Das Budget hat für uns einmal mehr technisch Bestand, es ist eine seriöse Planungsgrundlage, da wurde sorgfältige Arbeit geleistet. Und dafür der Verwaltung an dieser Stelle ganz herzlichen Dank.

Ich nehme den Ball von Tobias auf, von der SVP, der zwischen den Zeilen am Anfang sehr viel gesagt hat, das ich mir auch notiert habe – aber die Gewichtung ist dann vielleicht ein bisschen anders. Und dann hast Du gesagt, wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Ich glaube, Winterthur hat die Hausaufgaben gemacht, vielleicht zu gut gemacht in den vergangenen 5-6 Jahren. Die Sparprogramme – Du hast gesagt, sie sind plötzlich wieder sehr weit weg – ich glaube, man hat dort einfach ein bisschen querbeet, ein bisschen zufällig, gespart. Wir haben das mitgetragen damals, das muss ich eingestehen, aber es wurde wohl nicht ganz gezielt am richtigen Ort gespart. Und jetzt ist der Stellenaufbau z.T. halt auch eine Erkenntnis daraus. Man hat das Personal z.T. verantwortungslos reduziert, man hat die Bestehenden zusätzlich überlastet - und da hat der Stadtrat das jetzt erkannt, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Leute bei uns gesund bleiben, dass wir ein zuverlässiger und arbeitsmarktfähiger Arbeitgeber bleiben, und wir müssen wieder anständige Verhältnisse schaffen. Natürlich erschreckt diese Stellenzunahme auf den ersten Blick, aber wenn man dahinter geht und die einzelnen Dinge anschaut, dann haben wir in den letzten 3-4 Wochen in den Kommissionen sehr viel daran gearbeitet und in den allermeisten Fällen befriedigende Antworten erhalten, weshalb das nötig ist und warum das sinnvoll ist. Und von daher ist das jetzt ein bisschen einfach zu sagen, man habe 95 und das sei zu viel.

Winterthur und der Stadtpräsident haben die Hausaufgaben auch auf dieses Budget hin gemacht. Sie haben uns offen die düsteren Zukunftszahlen hingelegt. Für mich ist das der Anfang - nicht von einem Plan B, sondern vom Plan A. Wir schauen das offen an, wir kommunizieren das transparent und ab vielleicht nächstem Dienstag, wenn wir fertig sind mit dem Budget 2020, sind alle gefordert, an dem zu arbeiten. Und wir haben das Vertrauen, dass das auch passiert.

Wir haben eine wachsende Stadt, wir haben eine attraktive Stadt – da muss man auch Ja sagen wollen dazu. Und eine wachsende Stadt generiert einen überproportional wachsenden Bedarf, die Ansprüche wurden genannt. Das sind nicht unsere Ansprüche von der Ratslinken, sondern die Ansprüche von der Bevölkerung. Und ich bin überzeugt, wenn ich mich umhöre: Die Bevölkerung ist auch bereit, für das etwas zu zahlen. Es braucht einen wachsenden Apparat, der das managt. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gesagt, dass wir einen Investitionsstau haben. Wir haben das im Budget ganz gut angeschaut. Wir haben dieses Mal das Gefühl, die 110 Mio. im allgemeinen Verwaltungsvermögen, das ist richtig, aber – da hat es einen so grossen Reservebetrag und man rechnet nur mit ca. 70% Realisierungsquote. Und das ist eben zu wenig. Und das liegt genau daran, dass wir Flaschenhalse haben in der Verwaltung, durch die sinnvolle, notwendige Investitionen nicht rechtzeitig durchgeführt werden können - und das braucht genau halt einfach Personal. Die wachsende Stadt braucht eine Stadtverwaltung, die arbeiten kann, die vorwärtsschauen kann, die gut arbeiten kann. Und wir unterstützen die gezielte Politik in Richtung einer lebenswerten sozialen Stadt – die aber auch etwas kosten darf.

Damit ist klar: Wir haben grosse Herausforderungen, wenn wir den FAP anschauen. Wir haben es nicht nur in den 3-4 grossen Kostentreibern Schule, Pflege, Soziales und Verkehr, wir haben es in diversen anderen Bereichen auch. Aber wir haben nach wie vor eben auch ein «kommunenfeindliches» Umfeld. Wir haben einen Bund, wir haben einen Kanton, die laufend einfach Aufgaben hinunterdelegieren an die Gemeinden, uns aber nicht entsprechend die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen (Steuervorlage 19, Grundstückgewinnsteuer usw.). Da kann man nur immer wieder sagen: Das ist immer einseitig zu Lasten der Gemeinden. Und das sieht man halt hier drinnen. Und ja, das müssen wir angehen – aber das müssen wir angehen mit einem gesunden Selbstbewusstsein und das einfordern. Sei es beim Finanzausgleich, sei es beim Soziallastenausgleich (bei dem übrigens ja nicht einmal die 1. Tranche gesichert ist – die Rechte hat es ja geschafft, das auch dort wieder noch in Frage zu stellen und wir werden dank einem Referendum wohl nächsten Frühling zuerst über das abstimmen müssen und können uns noch nicht einmal über diesen Erfolg freuen).

Das letzte Stichwort zum Thema Personal: Der Stadtrat hat unserer Meinung nach (und hat das auch in den Kommissionen auch immer wieder klar signalisiert) nicht einfach blauäugig gesagt, man setze den alten Betrag aus den alten personalrechtlichen Bestimmungen ein. Sondern der Stadtrat hat von Anfang an gesagt: Wir haben in den letzten 7 Jahren 5 Jahren Nullrunden gehabt, kein Teuerungsausgleich, kein Aufstieg. Wir konnten zwar in den letzten beiden Jahren dem Personal ein bisschen etwas geben, aber wir müssen dem Personal Sorge halten. Wir müssen schauen, dass wir die guten Leute behalten können. Und das ist der Hintergrund des Antrages des Stadtrates. Dass er jetzt eben mit dem neuen Personalstatut das auch nicht mehr mit der Giesskanne verteilen muss, sondern sagen kann, dass man Orte hat, wo es wirklich kritisch wird und wenn uns dort die Leute davonlaufen, haben wir genauso ein Desaster, wie wenn uns die Finanzen fehlen. Und von daher haben wir das Gefühl, der Stadtrat hat es mit guten Gründen gemacht und wir unterstützen den Stadtrat da.

Und wenn jetzt plötzlich die Bürgerlichen noch die Speerspitze EVP vorne aufpflanzen, um gegen das zu schießen, dann tut uns das leid, aber das können wir dann nachher unter dem Thema Personal noch ein bisschen genauer diskutieren.

Alles in allem: Packen wir es an, sagen wir Ja zu diesem Budget und packen am nächsten Dienstag die Herausforderung der Zukunft an.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Als das Budget 2020 präsentiert wurde, hatten wir gemischte Gefühle, Freude über den geplanten Gewinn fürs 2020, aber auch grosse Besorgnis über die finanziellen Perspektiven der kommenden Jahre. Wir haben es schon mehrmals gehört. Die Freude ist rasch vergangen und umso grösser wurde unser Ärger, als wir realisiert haben, wie der im Budget 2020 geplante Überschuss zustande gekommen ist.

Erstens sollen 8 Mio. aus den Reserven der Parkhäuser herausgenommen werden (und dabei habe ich die 1.6 Mio. Gewinn noch nicht mal gezählt). Dies obwohl einerseits eine rechtliche Grundlage fehlt und andererseits wir im Juli im Rahmen der Klimadebatte ein Postulat

überwiesen haben, welches verlangt, dass diese Gelder zweckgerichtet für die Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Winterthurer Bevölkerung verwendet werden sollen. Wir stellen fest, dass der Stadtrat bei der Verwendung der Reserven aus den Parkhäusern, sich nicht nur darum focht, ob dies rechtlich zulässig ist, sondern gleichzeitig auch unseren Entscheid als Parlament hinsichtlich der zukünftigen Verwendung nicht ernst nimmt. Ein weiterer Grund für den im Budget 2020 vorgesehenen Überschuss ist ein ausserordentlicher Ertrag im Zusammenhang mit der Neubewertung der Wohnliegenschaften im Finanzergebnis, im Umfang von rund 21.7 Mio. Fr. Wie kommt dieser Erlös zustande? Die Mieteinnahmen steigen 2020 nicht, sondern der höhere Wert der Liegenschaften kommt nur zustande, weil mit einem tieferen Kapitalisierungszinssatz gerechnet wird. Reine Finanzmathematik. Auf dem Papier ist die Stadt zwar reicher und der fiktive Gewinn fliesst in die Erfolgsrechnung, aber solange die Liegenschaften nicht verkauft werden, bleibt alles ein buchhalterisches Rechenpiel. Und was passiert, wenn die Zinsen wieder einmal steigen? Dann müssen die Liegenschaften neu bewertet werden und es kommt zu Wertberichtigungen, mit entsprechenden Belastungen der städtischen Rechnung.

Fassen wir zusammen: Das Budget 2020 sieht gemäss Antrag Stadtrat einen Überschuss von 3.7 Mio. Fr. vor, ziehen wir aber die Sondererträge Verwendung Parkhaus-Reserven und Aufwertungsgewinne der Wohnliegenschaften ab, haben wir in Tat und Wahrheit ein Defizit von rund 26 Mio. Fr. Kein Wunder, haben bei uns die Alarmglocken geläutet. Vor allem weil wir gleichzeitig feststellten, dass praktisch jedes Departement die Ausgaben erhöht und immer mehr Stellen aufbauen will. Wir haben gehört, es sind 90-95 Stellen.

Und ich teile die Ansicht von Dir, Roland Kappeler, nicht, dass das notwendig gewesen sei und nur aufgeholt werde. Und ich höre auch niemanden, der gerne mehr zahlt dafür. Angesichts dieser alarmierenden Ausgangslage hat die CVP/EDU-Fraktion diverse Vorstösse in den Beratungen in den Kommissionen eingebracht, um Gegensteuer zu geben. Die Stadt Winterthur hat sich vor einigen Jahren für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung entschieden, allen besser bekannt als WOV. Das heisst, wir als Gemeinderat legen die strategischen Ziele fest, und die Globalbudgets der einzelnen Produktgruppen, und Stadtrat und Verwaltung planen ihre Aktivitäten und ihre vorgelegten Produktgruppenbudgets innerhalb der vorgegebenen Leitplanken.

Wir haben bewusst in den Kommissionen entsprechende Anträge gestellt, die einerseits gewisse Globalbudgets reduzieren, aber gleichzeitig der Verwaltung den erforderlichen Spielraum geben, diese Kürzungen operativ sinnvoll umzusetzen. Wir wollten mit Absicht kein Mikromanagement betreiben, sondern strategische Vorgaben machen. Felix hat zu Beginn auf die Thematik hingewiesen: Kürzung bei einzelnen Produktgruppen von den Globalbudgets versus konkrete Kürzungen – und wie die Verwaltung jeweils reagiert. Wir wollen klar Richtung Steuerung der Globalbudgets der einzelnen Produktgruppen gehen. Deshalb haben wir wiederum in den Kommissionen und Fraktionen stundenlang über einzelne (oft kleine) Beträge oder einzelne Stellenprozente diskutiert.

Wenn wir die finanziellen Herausforderungen der Zukunft meistern wollen, sind wir von der CVP/EDU-Fraktion der festen Überzeugung, dass wir dringend neue Prozesse, neue finanzpolitische Instrumente und eine andere Art der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Stadtrat und Verwaltung bei der Aufstellung und Beratung des Budgets und des Finanz- und Aufgabenplans brauchen.

Wie Franziska gesagt hat: Es geht darum, gegenseitiges Misstrauen in Vertrauen umzuwandeln.

Aus diesem Grund werden wir hier im Rat Anträge nochmals stellen, so dass die Globalbudgets bei einzelnen Produktgruppen massvoll gekürzt werden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass in diesen Budgets Effizienzpotentiale oder nicht notwendige Projekte vorhanden sind und diese auch mit etwas gutem Willen realisiert werden können. Wie schon ausgeführt, sind wir der Auffassung, dass die Verwaltung über das notwendige Wissen verfügt, um die Kürzungen in ihren Bereichen sinnvoll umzusetzen und wir wollen ihnen auch das Vertrauen schenken, dass sie dies richtig machen werden.

Wir sehen dies auch als einen Test, ob das Konzept WOV in der heutigen Art überhaupt funktionieren könnte sowie ob wir als Gemeinderat, aber auch der Stadtrat und die Verwaltung mit dem Instrument Globalbudgets überhaupt arbeiten können.

Der Finanz- und Aufgabenplan prognostiziert eine dramatische finanzielle Zukunft für Winterthur. Wir haben uns lange überlegt, wie wir auf den Finanz- und Aufgabenplan reagieren wollen. Für uns ist klar, wir stehen nicht hinter diesem Plan. Wir werden ihn heute zur Kenntnis nehmen, aber verbunden mit der klaren Erwartung und auch dem Auftrag an den Stadtrat und die Verwaltung, dass er überarbeitet wird und nicht als Grundlage für die Budgets 2021 und 2022 dient. Alleine schon diese Planung sollte uns allen Anlass genug sein, frühzeitig gemeinsam zu überlegen, wie wir in den Budgetprozess für 2021 einsteigen wollen.

In diesem Sinne sind wir für Eintreten in die Budgetdebatte.

**M. Wäckerlin (PP):** Wir haben bisher viel gehört. Ich danke besonders Urs Hofer für sein wirklich hervorragendes und klar richtiges Votum, für seine scharfe Analyse der Situation. Vielen Dank, das erspart es mir bei vielem, es selbst zu sagen.

Dann, liebe Franziska, der Eintritt auf dieses Budget ist alles andere als selbstverständlich. Der Stadtrat hat es geschafft, er führt diese Gemeinde zielsicher an den Abgrund. Und dieses Budget, das ist jetzt der nächste Schritt. Und jetzt müssen wir eigentlich schon auf die Barrikaden gehen, und jetzt müssen wir schon abklemmen – nicht erst nächstes Jahr. Es sieht dramatisch aus. Man kann das nicht schlimm genug sagen, wie schlimm es aussieht in unserem Budget! Wir sind wirklich kurz vor dem Ende.

Ihr könnt schon lachen – wir sprechen dann nächstes Jahr wieder darüber, wenn wir beim Budget sind, das wird bei weitem nicht mehr so locker wie dieses Jahr werden.

Lieber Roland Kappeler, zum Glück haben wir noch ein paar Flaschenhälse in der Verwaltung, sonst ginge das Geld noch schneller hinaus. Gerade heute im Landboten unter Region: 3 Gemeinden haben heute Abend auch ihre Gemeindeversammlungen. Da hätten wir Benken, das den Steuersatz von 118 auf 114% senkt. Thalheim an der Thur, das den Steuersatz von 105 auf 102% senken will. Nur bei Seuzach, dort bleibt der Steuersatz gleich: Bei 83%, meine Damen und Herren. 83% - dort müssen wir hin.

Ihr seht, dass uns da insgesamt die Fähigkeit fehlt, um die Stadt richtig zu führen. Denn eigentlich, und da gebe ich Iris völlig recht: Wir müssen aufhören, zu pinseln im Budget. Wir müssen anfangen, mit der grossen Kelle zu streichen. Wir müssen eine Rückweisung des Budgets machen, mit dem Auftrag, nicht 20, sondern 50, 100 oder 200 Mio. einzusparen, wenn wir da wieder auf Kurs kommen wollen. Wir brauchen jetzt wirklich radikale Massnahmen.

Es ist halt so mit dem Staat, wie die Linken es jeweils beim Verkehr sagen: Sie sagen, wenn man mehr Parkplätze macht, dann gäbe es mehr Verkehr. Und wenn man dem Staat mehr Geld gibt, dann gibt es mehr Ausgaben. Man kann so viel Geld geben wie man will, er kann es immer brauchen. Man muss das Geld reduzieren, meine Damen und Herren.

Und entsprechend: Mit diesem Budget kann ich nicht leben. Für mich ist der Fall klar: Dieses Budget kann ich nicht annehmen.

2 Minuten 51 Sekunden.

**Stadtrat K. Bopp:** Speziell begrüssen möchte ich an dieser Stelle auch die Mitarbeiter aus dem Finanzamt, die heute Abend hier sind und uns begleiten werden während dieser Budgetdebatte. Ich bedanke mich auch für die exzellente Vorarbeit, die das Finanzamt und alle anderen Mitarbeitenden aus der Verwaltung für dieses Budget hier gemacht haben.

Ich danke auch Felix Helg für die Präsentation dieses Budgets, das war eine sehr gute Präsentation und er hat uns die Zahlen sauber präsentiert.

Es ist tatsächlich so, es ist ein einigermaßen ausgeglichenes Budget, das wir präsentieren, und es ist tatsächlich auch so, wie das mehrmals bemerkt wurde, das ist auf der einen Seite einem grossen Einmaleffekt auf Seiten von Aufwertungen zu begründen, und auf der anderen Seite wäre ja noch vorgesehen gewesen, dass man aus dem Gewinn, aus dem Ertrag der Parkhäuser einen Teil in den steuerfinanzierten Haushalt transferieren würde.

Ich möchte noch kurz etwas sagen zu den Buchgewinnen, die wir da machen. Das sind nicht irgendwelche virtuellen Gewinne. Wir haben in der Vergangenheit mit einem Kapitalisierungssatz von 6% gerechnet. Das ist für heute ein sehr unrealistischer Satz. Wenn wir heute diese Häuser am Markt verkaufen würden, würden wir wahrscheinlich etwa bei 4% landen. Wir haben jetzt von 6 auf 5% reduziert, was eine vernünftige Vorgabe ist. Wir sind immer noch viel zu tief, also einiges unter dem Marktwert (es sind Häuser, die wir theoretisch verkaufen könnten), wie wir die Häuser in den Büchern haben. Aber jetzt sind wir ein bisschen näher beim realen Wert.

Bei den Parkhausreserven muss ich sagen: Das Wort «Reserven» ist ein bisschen problematisch, denn es ist nicht ganz richtig. Das, was da als Betriebsreserve formuliert wurde, das ist einfach per Definition so. Das Eigenkapital eines Eigenwirtschaftsbetriebes wird Reserve genannt. Aber das ist weitaus mehr, als diese Parkhäuser jemals für ihren Unterhalt brauchen werden. Und deshalb ist es vernünftig, das zu überführen.

Ich muss dazu sagen, wir haben sehr viele Mietliegenschaften im Finanzvermögen. Wie erkläre ich all meinen Mieterinnen und Mietern, die sogar noch in Winterthur Steuern zahlen, dass sie mit ihrem Mietzins beitragen müssen zum allgemeinen Ertrag der Stadt Winterthur – und der Auswärtige, der hier nicht Steuern zahlt und Parkieren kommt (also gewissermassen auch zeitweise mietet) muss nicht beitragen zum allgemeinen Steuerhaushalt. Ich verstehe das nicht. Ein Parkhaus ist für mich ein Renditeobjekt und wir können da den Ertrag genau gleich in den Steuerhaushalt nehmen, wie wir das Mietliegenschaften auch machen. Aber möglicherweise werden Sie das herausstreichen, wir werden es sehen.

Es wurde noch die Rechtsgrundlage erwähnt. Selbstverständlich, diese fehlt, das hat die Finanzkontrolle zu Recht festgestellt. Und der Stadtrat ist gewillt, diese Rechtsgrundlage bis 31.12.2020 zu schaffen, wenn das so entschieden wird, und das ist durchaus möglich und rechtens, wenn wir das so machen würden.

Das 2. Thema, das ich gerne ansprechen würde, weil es sehr viel genannt wurde, ist das Thema Personal. Roli Kappeler hat das schon erwähnt: Wir haben da die Lohnmassnahmen. Wenn wir vergleichen mit anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, mit dem Kanton, dann dürfen wir die Historie nicht aussen vor lassen. Der Kanton hat letztes Jahr mehr Lohnerhöhungen gegeben als wir als Stadt Winterthur. Und jetzt können wir nicht, wenn der Kanton einmal ein bisschen tiefer ist, probieren, dem Kanton zu folgen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sehr viel mitgetragen, einerseits durch den Ausblieb von Lohnmassnahmen in den letzten Jahren, durch Sanierungsbeiträge für die Pensionskasse, durch Minderverzinsung von ihrem Kapital bei der Pensionskasse. Da ist es nichts als Recht, dass wir jetzt, wo wir, trotz Einmalmassnahmen, doch noch ein ausgeglichenes Budget präsentieren können, ihnen nochmals etwas geben können. Nicht trotz den schlechten Aussichten, sondern gerade wegen den schlechten Aussichten, weil es klar ist, dass sie auch in den nächsten Jahren wieder mittragen werden müssen, was wir vor uns haben.

Das Zweite, das diskutiert wurde, ist das Stellenwachstum. Ja, es hat ein Stellenwachstum gegeben in der Stadt Winterthur. Aber da gibt es verschiedene Sachen dazu zu sagen. Zum Wasserkopf, Urs Hofer. Der Wasserkopf, das sind die knapp 100 Leute von den 3'300, über die wir reden. Ich stelle mir das Verhältnis von einem Wasserkopf ein bisschen anders vor als 100 zu 3'300. Aber was ich da auch noch bemerken möchte: Das Traktandum 3 und 4 von heute, bei dem Sie genau diesem Wasserkopf Zusatzaufgaben zugeschanzt haben. Das ist dieser Wasserkopf, der die Rechtsmittelbelehrung bei Gebundenheitserklärungen machen werden muss. Das ist genau dieser Wasserkopf, der die Weisung ausarbeiten werden muss, wenn es darum geht, eine Produktgruppenänderung nachzuvollziehen, weil der Stadtrat organisatorisch etwas verändert hat. Das einfach zum Bedenken. Genau diesen Wasserkopf haben Sie heute am Anfang der Sitzung zusätzlich belastet. Und den wollen Sie jetzt unter Druck setzen. Ich hoffe, Sie denken wieder daran, wenn wir da in der Detailberatung sind. Dann möchte ich zu den 95 Stellen noch erwähnen, das darf man auch nicht vergessen: Man kann da nicht einfach einen einfachen Dreisatz anwenden und sagen, wir haben so und so viel Bevölkerungswachstum usw. und dann können es nur so und so viele Stellen sein. Man darf nicht vergessen: Ein grosser Teil ist dieser Stellen ist refinanziert. Refinanziert heisst ganz einfach, durch ihre Tätigkeit haben wir mehr Einnahmen als sie kosten. Bei einem Teil

ist das offensichtlich und dort wird das nach Möglichkeit auch klar ausgewiesen. Bei einem anderen Teil ist das weniger offensichtlich. Wenn wir an Fallzahl 75 denken: Dort haben wir dank einer Studie herausgefunden, dass man die Fallzahl reduzieren soll, was gleichbedeutend ist mit die Stellenzahl hochfahren, damit wir die Gesamtkosten senken können. Das ist aber nicht überall der Fall, dass wir eine Studie in der Hosentasche haben. Und es macht auch keinen Sinn, da jetzt eine Studienwut auszulösen. Das würde unsere Kosten erst recht zum Explodieren bringen. Aber einfach: Deshalb macht es Sinn, dass das nahe beim Stadtrat ist, der näher beim Geschäft ist, der das gut nachvollziehen kann – und dann Ihnen allen in der Beratung auch darlegen kann. Und als letztes, auch beim Stellenwachstum, und die Fallzahl 75 hat das gezeigt: Ich glaube, es ist tatsächlich so, dass wir an gewissen Orten bei den vergangenen Sanierungsprogrammen über das Ziel hinausgeschossen sind und da jetzt wieder korrigieren müssen.

Dann hatten wir das Thema Verschuldung. Ja, wir sind einverstanden, die Pro Kopf-Verschuldung in der Stadt Winterthur ist relativ hoch. Was man dazu muss: Das Gute ist, die Stadt Winterthur hat sich in den letzten Jahren nie aus dem Konsum verschuldet (oder selten, bis auf eine kleine Ausnahme). Die zusätzliche Verschuldung kommt aus den Investitionen, d.h. gegenüber dieser Schulden stehen werthaltige Anlagen in unseren Büchern. Das ist nicht Geld, das weg ist, sondern das ist eine Investition in die Zukunft. Es wird manchmal auch Generationengerechtigkeit erwähnt. Es gehört auch zur Generationengerechtigkeit, dass wir den Nachkommen vernünftige, passende Infrastrukturen übergeben.

Und das Zweite, das ich zur Verschuldung auch noch sagen möchte: Mit den Gemeinderatsmassnahmen, die heute vorgeschlagen werden, erhöhen wir die Verschuldung und senken sie nicht.

Dann haben wir das Kostenwachstum, das erwähnt wurde. Liebe GLP: Es wird erwartet, dass wir zu diesem negativen FAP jetzt bereits Resultate oder Massnahmen präsentieren. Aber in der Schuldenbremse des Gemeinderates wurde genau hier drinnen definiert, wann der Stadtrat Massnahmen zu bringen hat: Nämlich dann, wenn der Mittelfristausgleich nicht mehr erfüllt ist. Dieser Zeitpunkt ist da genau beschrieben, das ist keine Diskussion, das ist festgelegt. Und dann wird der Stadtrat auch mit entsprechenden Massnahmen kommen, das ist ganz klar. Wir haben das in Aussicht gestellt, dass wir das Thema anschauen werden, im Zusammenhang mit dem Budget 2021. Das ist der richtige Zeitpunkt. Und das machen wir nicht erst nächstes Jahr, sondern dieser Prozess ist jetzt am Anlaufen. Das auch noch zum Eisberg, auf den wir zusteuern. Wir sind daran, das Ruder herumzuziehen, aber das muss man zum richtigen Zeitpunkt machen, wenn man sich darüber im Klaren ist, wann und wo und wie der Eisberg aussieht.

Dann noch zu diesen Unworten, liebe SVP. Das mag zutreffen, zitiere ich Tobias Brütsch, aber das ist zu einfach. Ich weiss nicht, seit wann einfache Argumentation der SVP nicht so gelegen ist, aber solange sie zutrifft, würde ich behaupten, ist es eine vernünftige Argumentation. Wir haben im Sozialen ein Kostenwachstum, das glücklicherweise ein bisschen gebremst werden konnte. Es geht immer noch bergauf, konnte aber immerhin gebremst werden. Bei der Bildung konnten wir aufzeigen, dass sich seit ca. 2011 die Kosten einigermaßen parallel zu den Kosten des Kantons entwickeln pro Kopf, pro Einwohnerin oder Einwohner. D.h. das Kostenwachstum der Stadt Winterthur bei der Bildung kommt hauptsächlich aus dem Bevölkerungswachstum.

Abschliessend möchte ich mich gewissermassen bei der EVP bedanken für den Wunsch, dass wir ein vertrauensvolles Verhältnis schaffen können zwischen Gemeinderat und Stadtrat. Das sind wir sehr dabei. Ein bisschen weniger gefreut hat mich das Votum, dass wir aktiv versuchen, etwas vor dem Gemeinderat zu verstecken. Selbstverständlich ist das nicht so. Es ist so, dass uns an gewissen Orten etwas untergeht. Wir sind stets bemüht um Transparenz. Das ist uns ganz wichtig, dass wir transparent sein können gegenüber dem Gemeinderat. Aber wir können nicht alle Wünsche von Anfang an von den Augen ablesen. Wir haben diese Beratung und in dieser Beratung sind wir immer sehr kooperativ.

Und noch ganz kurz zum nicht Mikromanagement machen wollen von der CVP. Auch das finde ich sehr löblich. Auch grosse strategische Vorgaben finde ich super. Aber dass diese in Form von Pauschalanträgen kommen, halte ich halt trotzdem für den falschen Ansatz und

nicht für den WOV-Gedanken, sondern dann müsste man gemeinsam über die grossen Leistungen diskutieren. Dann sind wir auf dem richtigen Kurs, was WOV angeht. Ich danke vielmals, das wäre mein Eintretensvotum gewesen.

**Ratspräsident A. Geering:** Mir ist kein Antrag auf Nicht-Eintreten zu Ohren gekommen. Damit treten wir auf dieses Budget ein mit der Detailberatung.

Wir kommen zur Detailberatung des Budgets und gehen gemäss dem Drehbuch vor, das auf den Tischen aufliegt. Wir beginnen mit dem Teil B, das Punkt 2 auf dem Titelblatt «Teil B – Behandlung der einzelnen Produktgruppen inkl. Verpflichtungskredite». Die Verpflichtungskredite sind im Teil A und es geht auch hier um das Budget inkl. November-Brief.

Wir gehen zum einen gemäss Inhaltsverzeichnis des Budgets vor, in dem alle Produktgruppen aufgelistet sind. Dort, wo es Anträge gibt gemäss Drehbuch, behandeln wir diese.

Als erstes kommen wir zum Departement Kulturelles und Dienste.

### **Dept. Kulturelles und Dienste**

**PG 121, Personalamt.** Dazu ist mir kein Antrag bekannt. Wenn niemand das Wort wünscht, ist diese Produktgruppe 121 Personalamt so bewilligt, wie vom Stadtrat beantragt.

**PG 142, Stadtentwicklung.** Da gibt es einen Kommissionsantrag und auch Fraktionsanträge und einen Eventualantrag. Ich gebe das Wort wie immer dem Kommissionssprecher der entsprechenden Produktgruppe, um die Kommissionsanträge zu begründen. In diesem Fall ist das Regula Keller für die beiden Kommissionsanträge.

**R. Keller (AK):** Es gibt einen Kommissionsantrag um Reduktion des Globalkredits um 50'000 Fr. für einen Beitrag an das «House of Winterthur» für einen Berufsbildungskongress. Im Budget sind für diesen Berufsbildungskongress 50'000 Fr. eingestellt. Winterthur hat 2014, 2016 und 2018 im Auftrag des Bundes einen Berufsbildungskongress durchgeführt und der Bund schreibt den Standort für diesen Berufsbildungskongress neu aus und es ist absehbar, dass der Berufsbildungskongress nicht mehr in Winterthur stattfinden wird, da der Bund es bevorzugt, diesen in verschiedenen Landesregionen durchzuführen. Das heisst, es wird nicht mehr in Winterthur sein. Und aus diesem Grund hat der Vorstand von «House of Winterthur» entschieden, ein eigenständiges Format von einem Berufsbildungskongress zu lancieren, bei dem man schweizweit Bildungsfachleute nach Winterthur holen will. Und für den Aufbau und die Durchführung dieses neuen Projektes oder dieses Kongresses braucht es Geld und Beiträge der Stadt sollten diese andere Form des Berufsbildungskongresses unterstützen. Und diese Beiträge sind über mehrere Jahre verteilt, weil es noch nicht 100% klar ist, wann dieser Kongress eigentlich stattfinden soll.

Die Aufsichtskommissionsmehrheit hat dieser Kürzung von 50'000 Fr. zugestimmt. Sie ist der Meinung, dass es sehr ungewiss ist, ob dieser Berufsbildungskongress überhaupt in irgendeiner Form zustande kommt. Und man ist auch nicht ganz sicher, ob das nicht einfach ein Kredit ist, der auf Vorrat eingeholt wird, obwohl man noch gar nicht richtig weiss, ob man das wirklich machen möchte.

Die Minderheit der AK hat die Meinung, dass es wichtig wäre, den Berufsbildungskongress auch durchzuführen und deshalb auch als Zeichen findet, dass die 50'000 Fr. gesprochen werden sollten, damit das «House of Winterthur» die Möglichkeit hat, diesen Kongress überhaupt vorzubereiten.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen zu diesem 1. Antrag? Urs Hofer.

**U. Hofer (FDP):** Ich kann es kurz machen, Regula hat es gut vorgestellt. Es weist noch zu wenig darauf hin, dass wir jetzt da schon Geld sprechen müssen. Winterthur hat andere Probleme, die konkret anstehen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir lehnen diesen AK-Antrag ab. Bildung hat in Winterthur Tradition, insbesondere auch die Berufsbildung. Sulzer war der 1. Industriebetrieb, der eine Ausbildungsstätte hier gebildet hat. Und es ist nicht als anderes als klar, dass eine Bildungsstadt auch ab und zu einen Bildungskongress organisieren soll/muss – und das nicht gratis ist.

**T. Brütsch (SVP):** Eigentlich wurde alles gesagt von Regula Keller und Urs Hofer, insofern bedanke ich mich für die beiden Voten. Ich habe eigentlich eher noch eine Vorbemerkung zur CVP und ihrem Eventualantrag. Dieser ist ja durchaus interessant. Die CVP hat in der AK die Kürzung des Globalkredites Stadtentwicklung um 100'000 Fr beantragt, also mehr als wir mit unseren beiden Anträgen zusammen. Wir verstehen das Anliegen und auch den Unmut der CVP, das ist schon im Eintretensvotum zum Ausdruck gekommen, über den Budgetprozess, der da mitschwingt. Wir sind der Meinung, dass der WOV-Gedanke eigentlich nicht ist, dass wir auf der Mikromanagementebene tätig werden als Parlamentarier, aber wir halten das Vorgehen der CVP insofern für inkonsequent und man hätte wenn schon den Antrag unabhängig von unserem stellen können: Wir haben in der Kommission verschiedene andere Anträge gestellt im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, weil wir der Meinung sind, gerade bei dieser Produktegruppe hat man in Anbetracht der übergeordneten Ziele, nämlich einem stabilen Finanzhaushalt, noch relativ Fleisch am Knochen, wo man sparen könnte oder müsste. Leider ist der CVP-Antrag jetzt als Eventualantrag zu unserem gestellt – à la bonne heure - aber insofern schliesse ich mich betreffend dem Berufsbildungskongress meinen Vorrednern an. Es hat etwas von einer Mogelpackung, wenn man jetzt einen Berufsbildungskongress beantragt und schlussendlich etwas ganz anderes damit verwirklichen will. Das ist eben das, was Regula auch erwähnt hat, was wir als «Kredit auf Vorrat» anschauen. Und da sind wir dagegen und da es beim «House of Winterthur» momentan auch nicht so ist, dass man da vorbehaltlos Geld zur Verfügung stellen will, wurde auch schon thematisiert.

**F. Kramer (EVP):** Der Berufsbildungskongress war ein Erfolg, wird aber wohl nicht mehr in Winterthur stattfinden. Die Neulancierung eines anderen Bildungskongresses wäre aus unserer Sicht zwar ein „nice-to-have“. Aus unserer Sicht haben wir als Stadt im Moment aber nicht die finanziellen Ressourcen dafür. Zudem macht es wenig Sinn, Kredite für ein noch nicht existierendes Projekt zu sprechen. Wir sagen deshalb Ja zum Kürzungsantrag.

**R. Keller (SP):** Die SP lehnt diesen Kürzungsantrag ab. Das Thema Bildung ist ein strategischer Anker der Stadt Winterthur, für das Standortmarketing ist das ganz wichtig. Und es ist auch für uns als Wirtschaftsstandort wichtig. In den Legislaturzielen 2018-2022 steht, dass die Ausstrahlung von Winterthur als Bildungsstadt und als Zentrum für praxisorientierte Bildung gestärkt werden soll. Für mich ist schlicht nicht verständlich und kurzsichtig und unlogisch, wenn man an diesem Ort jetzt eine Kürzung macht. Wenn wir uns im Bereich der praxisorientierten Berufsbildung positionieren wollen, müssen wir halt Geld in die Hand nehmen. Und es gibt keinen neuen Berufsbildungskongress, wenn die Stadt dieses Geld nicht in die Hand nimmt. Es ist so. Das «House of Winterthur» kann zwar Geld suchen, man kann Netzwerkpartner animieren, um Geld zu sprechen – aber ohne den Beitrag der Stadt wird dieser Kongress ganz sicher nicht stattfinden. Und von daher finde ich es eigentlich nur klar und logisch, dass wir diesen Betrag sprechen und dass wir uns auch als Berufsbildungsstandort positionieren und auch unseren guten Ruf mit einem solchen Berufsbildungskongress auch weiter pflegen.

**U. Glättli (GLP):** Wir sind natürlich für den Bildungsstandort und die Bildungsstadt Winterthur. Aber der schweizweite Berufsbildungskongress hat jetzt ja 3 x in dieser Stadt stattgefunden. Es ist aus unserer Ansicht jetzt einfach Wunschbedarf, jetzt auch noch eine eigene Veranstaltung mitfinanzieren zu wollen. Dafür bleibt bei diesen Aussichten eben kein Platz. Wir unterstützen den Streichungsantrag der AK.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir haben betont, wir wollen eine angemessene Kürzung der Globalbudgets und wir haben das für die Stadtentwicklung studiert und angeschaut und fanden, 100'000 sind angemessen. Wenn wir das als eigenen Antrag gehabt hätten, wäre es aber höher gewesen. Wenn diese Anträge durchkommen plus unserer, sind es 180'000. Das fanden wir ein bisschen viel in Anbetracht der Grösse dieser Produktegruppe.

Und noch zum Bildungskongress: Wir hatten Freude, dass der Berufsbildungskongress da in Winterthur war, und verstehen, wenn er weiterzieht. Wir fragen uns aber auch: Was war der nachhaltige Nutzen dieses Berufsbildungskongresses? Da haben wir noch nicht gesehen. Und für uns macht eine finanzielle Unterstützung nur Sinn, wenn eine weitere Organisation sich für diesen neuen Berufsbildungskongress interessiert. Also entweder muss es eine Bildungseinrichtung wie die ZHAW sein oder sonst die Wirtschaftsverbände, die ein Interesse haben. Wir haben aber kein entsprechendes Konzept gesehen und uns ist auch nichts bekannt, dass sich eine andere Winterthurer Trägerschaft für die Durchführung eines solchen Kongresses aktiv bemüht. Und deshalb unterstützen wir den Kommissionsantrag.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich danke Regula, sie hat das kurz und bündig zusammengefasst, wie es wirklich ist. Wir haben in der Tat drei wirklich erfolgreiche Austragungen gehabt von diesem Berufsbildungskongress, von diesem internationalen Berufsbildungskongress. Und das hat unsere Position zum Thema Berufsbildung klar gestärkt, sogar über die Landesgrenzen hinaus. Das ist ein Erfolg und diesen wollen wir nicht einfach hingeben. Wir gehen davon aus, dass wenn der Bund nochmals eine Ausschreibung macht (das weiss er aber noch nicht), es nicht mehr uns gibt, weil da auch föderalistische Strukturen mitspielen. Jeder hätte gerne diesen Berufsbildungskongress in der Schweiz, weil es einfach ein gutes Aushängeschild ist. Wir haben mit den Sponsoren, die wir hatten in den letzten Jahren, Gespräche geführt, ob sie bereit wären, auch ein kleineres Format hier in Winterthur, auf eigenen Beinen, weiter zu unterstützen. Wir hatten insgesamt eine gute Resonanz. Wir haben in Bern nochmals angeklopft, ob ein kleineres Format vielleicht unterstützt werden würde. Da lässt sich der Bund noch nicht in die Karten schauen. Wie gesagt, er muss zuerst beschliessen, wie er eigentlich generell weiterfahren möchte.

Ich finde, mit der Tradition, die wir in unserer Stadt haben, als Standort und Berufsbildungsstadt würde es uns gut anstehen, wir würden ein neues Instrument finden. Und wenn ich da höre, dass die Situation des «House of Winterthur» als Grund für Reduktionen herangezogen wird, dann muss ich sagen, das ist ein bisschen hanebüchen. Es ist ja nicht so, dass das «House of Winterthur» jetzt lichterloh brennt, sondern wir sind mit dem Vorstand daran, dass wir dort eingreifen, wo es brennt (und das gibt es) und auch wieder Lösungen haben. Und dann kommt aber da die Zeitachse dazu. Wir hätten gerne 2020 einen Schritt weitermachen wollen, haben jetzt aber auf Anfang Jahr eine neue Person, die sich diesem Projekt widernehmen müssen. Und deshalb kann es durchaus sein, dass es uns nicht gelingt. Sie können aber auch davon ausgehen, dass wenn wir die 50'000 Fr. stehen lassen, dass wir das nicht für etwas anderes ausgeben. Ich glaube, dieses Vertrauen müsst Ihr haben. Diese Position wird nicht angefasst, wenn wir da 2020 nichts haben werden.

Ich bin überzeugt, dass wir für die Zukunft bei der Berufsbildung wieder einen solchen Anlass machen müssen. Wir haben von Sponsoren gute Rückmeldungen erhalten. Und ich stelle einfach allgemein fest: Die Stadtentwicklung hat es offenbar in diesem Parlament schwer. Ich kann mich erinnern, vor ein paar Jahren: Jedes Mal kam die Stadtentwicklung unter Druck und dabei ist es eigentlich ein Bereich, der wirklich hilft, dass sich die Stadt gut entwickelt. Sie ist nicht alleine, aber sie leistet einen guten Beitrag daran. Deshalb möchte ich auch an diesem Betrag festhalten, damit wir da ein bisschen mehr Handlungsspielraum haben.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Kürzungsantrag von 50'000 Fr. Beitrag für einen Berufsbildungskongress zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer ihn ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr diesem Antrag zugestimmt.

Wir kommen zum nächsten Antrag in der gleichen Produktgruppe, die Kürzung des Globalkredits um 30'000 Fr. für Betriebs- und Mietkosten an die Freizeitanlage Steig. Regula Keller.

**R. Keller (AK):** Im Budget sind 30'000 Fr. für Betriebs- und Mietkosten für die Freizeitanlage Steig eingestellt. Das neue Gebäude wird aber jetzt nicht an dem Standort, den die Stadt und die Fachleute von der Quartierentwicklung gut gefunden hätten, gemacht, weil Bevölkerungsteile aus der Steig und aus dem Dättnau gesagt haben, sie möchten lieber an dem alten Standort am Waldrand festhalten. Die Grundeigentümer haben jetzt entschieden, dass man an dem Waldrand quasi ein neues Gebäude – oder das alte ziemlich erneuert – macht. Die Stadt hat sich deshalb aus diesem Projekt zurückgezogen. Das wurde auch schon durch eine Medienmitteilung so kommuniziert und stand auch schon im Landboten. Aber das heisst, die Stadt wird sich nicht an den Betriebs- und Mietkosten beteiligen wegen dieser Entscheidung bezüglich dem Standort. Aber selbstverständlich wird die Stadt natürlich weiterhin diese Dienstleistungen auch in der Steig erbringen. Der Kredit ist aus diesem Grund eigentlich hinfällig und die AK hat der Streichung dieses Kredites zu Null zugestimmt.

**Ratspräsident A. Geering:** Es ist zu Null und es hat auch niemand das Wort gewünscht. In dem Sinn ist es absehbar. Wünscht der Stadtpräsident das Wort?

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich verzichte.

**Ratspräsident A. Geering:** Damit ist dieser Antrag auf Kürzung um 30'000 Fr. für den Beitrag für Betriebs- und Mietkosten an die Freizeitanlage Steig genehmigt. Da beiden Anträgen zugestimmt wurde, nehme ich an, dass die CVP/EDU-Fraktion auf ihren Eventualantrag verzichtet. Jetzt hat Marc Wäckerlin noch etwas im Köcher?

**M. Wäckerlin (PP):** Weil die Situation so ernst ist, wie es viele schon erkannt haben, übernehme ich den Eventualantrag der CVP. Noch eine Kurzbegründung: In der AK haben wir mehr als genug Möglichkeiten aufgezeichnet, wo man diese 100'000 Fr. einsparen könnte. Das steht dann dem Stadtrat frei, das zu bewerten und zu beurteilen.

**Ratspräsident A. Geering:** Du kannst ihn nicht als Eventualantrag stellen, weil er nicht als Eventualantrag kommt, weil die anderen beiden angenommen sind. Was Du kannst, was jeder immer kann, ist nochmals einen Änderungsantrag zu stellen.

**M. Wäckerlin (PP):** In dem Fall stelle ich einen Kürzungsantrag um 100'000 Fr. mit der gleichen Begründung, wie sie da im Papier steht.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Zusätzlich zu den 80'000 Fr.?

**M. Wäckerlin (PP):** Zusätzlich, ja.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Das ist genau das, was der Stadtpräsident vorhin gesagt hat. Die Stadtentwicklung hat einfach einen schweren Stand in diesem Parlament und deshalb ist es eben extrem wichtig, dass wenn der Leiter pensioniert wird (was ja demnächst der Fall ist), dass wir dann genau überlegen, was wir mit dieser Stadtentwicklung wollen. Aber jetzt einfach auf das Blaue hinein bisschen kürzen, das geht einfach nicht. Wir lehnen das selbstverständlich ab.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Im Vertrauen, dass da die Mehrheiten klar sind, verzichte ich.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag von Marc Wäckerlin auf Kürzung des Globalkredits um 100'000 Fr. zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Dann ist dieser Antrag ganz deutlich abgelehnt.

Dann haben wir noch zwei FDP-Anträge zu den Zielvorgaben und Messgrössen in dieser Produktegruppe. Ich nehme an, dass wir diese miteinander behandeln soll/kann? Ich gebe das Wort der FDP, Urs Hofer.

**U. Hofer (FDP):** Da bin ich einverstanden, dass man das kann. Und ich muss sagen: Es sind eigentlich noch mehr Zielvorgaben, die mich stören. Aber nur die einen können wir hier verändern, bei den anderen möchte ich einfach gerne etwas zu Protokoll geben. Das erste sind die parlamentarischen Zielvorgaben betreffend Themenbereich. Die Stadtentwicklung hat in den vergangenen Jahren rund 1'500 Stunden als Ziel eingesetzt für Projekte im Bereich Wirtschafts- und Bildungsstandort. Jetzt will man neu rund 800 Stunden mehr für Stadtteilentwicklung einsetzen, dafür weniger beim Thema Wirtschaftsstandort.

Dann gibt es dann eben auch die operativen Ziele, nicht bei den Zielvorgaben, im Bereich Wohnungsbau. Der Stadtrat hat vor einigen Jahren bekanntlich gross angekündigt, dass er eine neue Wohnbaupolitik hat und eine neue Strategie und hat festgestellt (die statistischen Zahlen gibt es), dass die Stadt schlecht durchmischte ist – und zwar nach oben. Das stimmt eigentlich soweit statistisch auch. Wenn man das Budget liest, merkt man aber, da bei der Wohnbaupolitik und bei den Zielwerten hat man das still und klammheimlich zurückbuchstabiert, ohne Medienmitteilung, und hat eine 180°-Kehrtwende gemacht. Und auch bei der Steuerkraftentwicklung setzt man sich eigentlich tiefere und nicht höhere Ziele, als man schon in der Vergangenheit hatte. Ich glaube, das ist falsch, wenn man die finanzielle Lage der Stadt Winterthur sieht. Die Stadt braucht jetzt mehr denn je gute Steuerzahler, die sich ansiedeln. Wer all die Defizite in Zukunft zahlen soll, bleibt mir ein Rätsel, wenn man da jetzt zurückbuchstabiert.

**R. Keller (SP):** Ich sage natürlich nur zur Verschiebung der Zielvorgaben etwas. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Antragssteller (also die FDP) verkennen, dass die Wirtschafts- und Bildungsstandortentwicklung und die Stadtentwicklung zusammenhängen und eigentlich miteinander gedacht werden müssen. Eine klare Abgrenzung ist gar nicht so möglich. Z.B. die Stunden, die für das Projekt Winterthur 2040 aufgewendet werden, bei dem die Stadtentwicklung die Co-Leitung hat, werden bei der Stadtteilentwicklung eingesetzt. Bei diesem Projekt geht es aber auch darum, für den Wirtschaftsstandort Winterthur die Weichen zu stellen, und es gibt innerhalb des Projektes Winterthur 2040 Arbeitsgruppen unter der Leitung der Stadtentwicklung, die sich mit Arbeitsplatzgebieten und -standorten beschäftigen. Und auch diese Stunden werden zulasten der Stadtteilentwicklung erbracht. Es macht einfach schlicht und einfach keinen Sinn, so kleinkrämerisch die Stunden herumschieben, wenn es ein ganzes Paket ist.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Gemäss meinen Berechnungen ist die Stundenzahl 2018 7'751 Stunden gewesen. Die Sollstunden Budget waren leicht tiefer, 7'450. Und jetzt, mit dem Budget, ist die die Stundenzahl auf 8'300 erhöht worden, 900 Stunden mehr. Die Verschiebung in den parlamentarischen Zielvorgaben sind dann aber spannend zu verfolgen. Die Grundlagenstatistik soll weniger Stunden zur Verfügung haben, vielleicht dank den von uns zusätzlich bewilligten Statistiken, der BESTA. Wir wissen es nicht. Für Projekte sollen jetzt mehr Stunden eingesetzt werden, und das zulasten des Wirtschafts- und Bildungsstandortes so wie dem Wohnen und dem Wohnstandort. Ich bin nicht der Ansicht, dass es so zusammenfliesst, wie man uns das erklären wollte. Wir verstehen wirklich nicht, wie die Stadtentwicklung dann mehr Arbeitsstellen und gute Steuerzahler nach Winterthur holen will. Uns ist wichtig, dass die Stadtentwicklung primär und fokussiert daran arbeitet, dass in Winterthur mehr qualifizierte Arbeitsplätze entstehen und die Steuerkraft der Stadt gesteigert wird. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP.

**U. Glättli (GLP):** Schon interessant, wie an diesen Kennzahlen herumgeschraubelt wird. Ich finde das also auch eher ein bisschen kleinkrämerisch, wie wir da teilweise unterwegs sind. Wir werden diese beiden FDP-Anträge zur Änderung dieser Zielvorgaben ablehnen. Die Stadt wird durch die Politik soweit geprägt als es sich um öffentliche Interessen handelt. Das Interesse und die Sorge um die Entwicklung unserer Stadt geht uns alle an und sie ist zentral für ganz viele städtische Aufgaben und das Wohlergehen unserer Bevölkerung und unserer Umwelt. Die wirtschaftliche Situation hingegen wird primär geprägt von den Kräften der freien Marktwirtschaft, das muss ich der FDP nicht erklären. Natürlich profitiert die Stadt auch mit, wenn es der Wirtschaft gut geht. Ein gutes Investitionsklima ist für die privaten Players in dieser Stadt ganz wichtig. Nur gehören dazu v.a. auch zuverlässige und funktionierende Leistungen der öffentlichen Hand wie Verkehrsinfrastruktur, Richt- und Versorgungsplanung, insbesondere auch Wasser- und Energieversorgung, Abfallentsorgung, aber auch Kulturangebote. Für mehr Lebensqualität darf und soll auch der Stadtentwicklung mehr Gewicht zukommen, wie das der Stadtrat für 2020 beantragt.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir lehnen die beiden FDP-Kombi-Anträge ab. Wenn man z.B. Neuhegi anschaut, dann sieht man dort eindeutig, dass man zu wenig begleitet hat. Es sind dort z.T. extrem grosse Häuser entstanden und die Lebensqualität ist ein bisschen auf der Strecke geblieben. Und deshalb ist es eben wichtig, dass man genau hinschaut, dass die Stadtentwicklung, die Stadtteilentwicklung, dabei ist. Und dann möchte ich noch auf die Lupenquartiere hinweisen. Dort ist es ohnehin klar: Wenn wir diese einfach schlittern lassen, kommt es ganz sicher nicht gut. Deshalb ist mein Fazit: Stadtteilentwicklung ist eine ausgezeichnete Wirtschaftsförderung.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich möchte zwei Dinge sagen zum Antrag der FDP. Wir haben gute Erfahrungen gemacht in der Praxis, wenn es um solche Indikatoren gegangen ist, dass man über die Indikatoren selber, über die Zahlen, unter dem Jahr gute Diskussionen hatten. Wir konnten dann auf das Budget hin Korrekturen anbringen, zusammen mit der Kommission. Und es wäre mir lieb gewesen, wenn man das vor dem Budgetprozess hätten machen können, dass wir über diese Indikatoren oder diese Zahlen hätten reden können. Ich habe Verständnis dafür, dass man die Wirtschaftsförderung mehr unterstreichen möchte. Ich sehe das. Aber mit dem Grossprojekt Winterthur 2040 haben wir einfach einen Kräfteansatz, den wir brauchen bis das steht 2020, noch mehr einsetzen können als bei der Wirtschaftsförderung. Zumal es beim Projekt 2040 nicht nur um Wohnen geht, sondern auch um Arbeitsplätze. Dort werden wir auch Antworten haben müssen, bei denen wir sagen können bis 2040, wie wir mit der Wirtschaftsförderung umgehen, wie wir mit den Arbeitsplätzen um in dieser Stadt. Und deshalb möchte ich beliebt machen, dass man es so belässt, wie es ist. Es hat Gründe, weshalb es so ist wie es ist – ich bin aber gerne bereit, über die Zahlen und die Indikatoren zu diskutieren.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über beide Anträge gleichzeitig ab? – Da gibt es keine Opposition dazu. Wer den beiden FDP-Anträgen zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben. Wer die Anträge ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben. Damit sind die Anträge deutlich abgelehnt.

Eine persönliche Erklärung von Marc Wäckerlin.

**M. Wäckerlin (PP):** Mike, da muss ich schon ein bisschen widersprechen. Du hast gesagt, man hätte vor dem Budgetprozess zu Dir kommen können. Im letzten Budget war es ja noch 1'500, genau das, was die FDP verlangt hat. Und das andere war bei 1'000 und nachher 1'800 gegangen und die FDP will es wieder zurückhaben auf 1'600. Also eigentlich hättet Ihr zu uns kommen müssen und uns das sagen. Wir sehen es erst, wenn wir das Budget sehen. Wie sollen wir das machen? Wenn Ihr etwas ändern wollt, wäre es vielleicht besser, Ihr würdet vorher in die Kommission kommen.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Das machen wir das nächste Mal.

Ratspräsident A. Geering: Dann haben wir noch 4 Produktgruppen in diesem Departement. Zu diesen sind mir keine Anträge bekannt.

**PG 155, Bibliotheken**

**PG 157, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte**

**PG 158, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten**

**PG 170, Rechtspflege**

Wünscht jemand das Wort zu einer dieser Produktgruppen? – Das ist nicht der Fall.

Damit sind diese Produktgruppen bewilligt.

PG 142 Stadtentwicklung natürlich auch mit den vorhin gemachten Änderungen.

Damit ist das Departement Kulturelles und Dienste resp. sein Budget bewilligt.

Wir kommen zum Departement Finanzen.

**Dept. Finanzen**

**PG 221, Finanzamt.**

Dort gibt es einen Kommissionsantrag. Das Wort hat Roli Kappeler.

**R. Kappeler (AK):** Es gibt einen Kommissionsantrag, 50'000 Fr. zu sparen. Eigentlich nicht in der Produktgruppe Finanzen, sondern im Departementssekretariat Finanzen. Weil das aber nicht WOV-konform ist, dass man im Sekretariat spart, weil das keine Produktgruppe ist, kommt dieser Antrag hier und das wird nachher weiterverteilt. Das ist die zweite Klammerbemerkung.

Die Begründung: Wir haben den Stellenaufbau letztes Jahr schon diskutiert und damals abgelehnt. Dieses Jahr ist er wieder drin mit der Begründung, dass das Sekretariat im Vergleich zu anderen Sekretariaten deutlich unterdotiert sei und es fallen Arbeiten an, die schlussendlich die Juristin machen muss, die letztendlich teurer ist.

Aber die Begründung des Kommissionsantrags, den ich hier vertreten muss oder darf, heisst: Die Stadtverwaltung verfügt integral schon über ein genügend grosses Arsenal an Medienstellen. Es sei einseitig verteilt, man müsse das einfach stadintern geschickter verteilen, und dann käme vielleicht auch das Finanzdepartement zu etwas mehr Kommunikationsstellen. Das seien typisch operative Kompetenzen in Zuständigkeit des Stadtrates und deshalb sei dieser Stellenaufbau überflüssig. Kürzungsantrag 50'000 Fr.

**R. Kappeler (SP):** Die Position der SP: Es ist ein Bubentrickli, das die GLP der AK untergejubelt hat, denn fairerweise muss man sagen, dass nach der letztjährigen Diskussion, bei der dieser Stellenaufbau abgelehnt wurde, das Finanzdepartement geschaut hat, wie man das intern vielleicht verteilen kann. Und tatsächlich sind die 0.46 Stellen, um die es da geht, bei den Immobilien gekürzt worden.

Es stimmt zwar, und das kommt dann später bei den Immobilien, dass es frankenmässig nicht ganz aufgeht. Aber fairerweise muss man dem Finanzdepartement wirklich zu Gute halten, dass sie probiert haben, intern eine Lösung zu finden. Nicht, wie Urs Glättli es wollte, über die anderen Departemente, sondern sie haben bei sich selber geschaut, wie sie das machen können. Von daher finde ich, hat das Departement eben genau die Aufgabe gemacht, die wir ihm letztes Jahr mitgegeben haben.

Und das andere ist eben schon, Urs Glättli, es wird einfach teurer, wenn wir das nicht so machen. Es macht nachher eine Juristin zu einem höheren Lohn die Arbeit, die sonst eine Medienstelle machen könnte. Es werden möglicherweise Fristen nicht eingehalten, was möglicherweise Kostenfolgen hat. Und es gibt einfach Überzeitarbeit. Es ist ein Schein-Kürzungsantrag. Das wäre eigentlich etwas für die SVP.

**U. Glättli (GLP):** Danke, Roland, für Deine wunderbar gut zusammengefasste Vorstellung dieses Antrages. Es ist wirklich etwa das, das ich noch hätte sagen wollen dazu... Ich habe natürlich immer noch Hoffnung, dass die Kommunikationsstellen unter den Departementen ein bisschen fairer verteilt werden. Für diese Operation fühlen wir uns echt nicht verantwortlich. Hier geht es wirklich um das Operieren und das bessere, das angemessenere Zuordnen von Kommunikationsstellen zwischen den Departementen. Da erwarte ich etwas vom Stadtrat, im Budget möglicherweise, dass da ein bisschen fairere Lösungen gefunden werden. Es ist hinlänglich bekannt, dass die Städtischen Werke und auch das DSU über sehr gut dotierte Kommunikationsstellen verfügen.

Nach Adam Riese, Roland, gehört zu jeder Teilstelle auch ein Arbeitsplatz und zu jedem Arbeitsplatz auch eine Ausstattung und eine EDV-Ausrüstung, Anschlüsse etc. Da sind auch Sachkosten dabei und die könnte man auch noch dazurechnen. Und dann ist es aus diesem Budget teilweise auch schwierig und intransparent, um genaue Beiträge hinauszuklauben. Und letztlich gibt man sich Mühe und kommt dann in globo auf den Kürzungsantrag in der Höhe von 50'000 Fr., wie Du gesagt hast. Und die Grünliberalen unterstützen diesen Antrag auf Kürzung.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir unterstützen diesen Antrag nicht. Ich danke Roland Kappeler für sein ausgezeichnetes Votum als Fraktionssprecher. Als meine Ergänzung möchte ich einfach noch anfügen: Die heutige Welt führt einfach zu mehr Medienarbeit, das ist so, ob es einem gefällt oder nicht. Und wenn man diese vernachlässigt, birgt das einfach eine gewisse Gefahr.

**F. Kramer (EVP):** Das Finanzamt hat aus unserer Sicht glaubhaft begründet, dass es die Stellenaufstockung zur Erfüllung seiner Aufgabe benötigt. Wir sagen deshalb Nein zum gestellten Kürzungsantrag.

**T. Brütsch (SVP):** Ich kann mich eigentlich dem Antrag von Urs Glättli anschliessen. Wir sind gleicher Meinung.

Ich möchte noch etwas zu den Blumen sagen, die uns Roli gerade verteilt hat mit den Schein-Argumenten. Der Punkt ist letztlich der, dass man von linker Seite her im Grundsatz möglichst wenig im Budget hinterfragen will und das Budget möglichst ungekürzt durch den Rat bringen will. In der AK gab es jedenfalls meiner Erinnerung nach eine Partei, die keinen einzigen Antrag gestellt hat – das seid Ihr gewesen. So ist es natürlich auch nicht so schwierig, das Budget zu interpretieren, das gebe ich zu. Es kommt mir manchmal vor, als ob Ihr die grün-linken Türsteher seid von diesem Budget seid, an denen man vorbeikommen muss... Das ist vielleicht Eure Rolle und auch der Masterplan in dieser ganzen Geschichte. Aber ich glaube, wir haben diesen Antrag soweit stringent begründet. Die SVP hat einen ähnlichen Antrag gestellt, kam nicht ganz auf den gleichen Betrag, aber das liegt letztlich weder an der SVP noch an der GLP, sondern an einer gewissen Intransparenz, die einfach diesem Budget inhärent ist. Und da komme ich nochmals auf das zu sprechen, das Iris Kuster auch schon gesagt hat: Vielleicht muss man im Sinne der WOV-Prinzipien doch wieder mehr über Globalkürzungen machen.

**F. Helg (FDP):** Wir von der FDP möchten diesen Antrag auch gerne unterstützen. Vielleicht muss ich noch vorausschicken: Wir haben uns in der AK in diesem Jahr intensiv mit der Kommunikation der Stadtverwaltung befasst. U.a. haben wir einen umfangreichen Fragekatalog eingereicht, dieser wurde dann auch beantwortet. Und wir haben das auch in der AK eingehend diskutiert. Bei diesem Antrag haben wir zusätzlich vom Departement Finanzen auch noch ausführliche Begründungen bekommen. Die Grundlagen sind da wirklich erstellt worden. Bei der Gesamtwürdigung kommen wir zur Auffassung, dass das Departement Finanzen aufgrund des Aufgabenportfolios nicht im gleichen Mass im Mittelpunkt der Öffentlichkeit steht wie andere Departemente. Und deshalb ist aus unserer Sicht der beantragte Ausbau auch nicht gleichermassen ausgewiesen. Und wenn man natürlich diesen Ausbau intern kom-

pensieren möchte, dann muss man das eben nicht so trickreich machen, wie das die ehemalige Vorsteherin gemacht hat, und da schreiben, das sei saldoneutral. Saldoneutral bezieht sich auf die Anzahl Stellen, aber betragsmässig war es eben gar nicht saldoneutral, wenn man das anschaut mit den Immobilien, sondern auf einer Seite stand der Lohn für eine höher bezahlte Kommunikationsfachfrau, und auf der anderen Seite für Reinigungspersonal.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Ich kann es kurz machen. Die Besetzung der Departementssekretariaten führen jedes Jahr zu Diskussionen aus meiner Wahrnehmung und es ist spannend, wie oft wir hören: «Mein Stab ist der kleinste.» Felix hat es gesagt, mit diesen Kommunikationsstellen haben wir uns auseinandergesetzt und aus unserer Sicht ist der Bedarf zu wenig ausgewiesen. Deshalb unterstützen wir den Kommissionsantrag.

**Stadtrat K. Bopp:** Ja, da haben wir es, ich habe es anfangs einmal gesagt. In der gleichen Sitzung können Sie für mein kleines Departementssekretariat (aktuell kommen zwei Personen in Frage für diese Aufgabe) den Aufwand erhöhen und eine beantragte leichte, moderate Stellenerhöhung abschmettern.

Aber zuerst ganz kurz noch zur SVP: Sich aus Prinzip und ohne zu hinterfragen gegen jede Stellenaufstockung zu stellen, ist nicht viel einfallsreicher als sich hinter das Budget zu stellen.

Aber zurück zum anderen Thema: Mich dünkt es einfach wichtig, das hat auch mit Transparenz und Vertrauen zu tun, dass man die Leistungen, die man bestellt, auch finanziert. Das wurde schon x-mal gesagt hier drinnen. Und diesen Fall haben wir jetzt da: Sie bestellen mehr Leistungen von meinem Departementssekretariat, sind aber nicht bereit, das entsprechend dafür auszustatten heute Abend. Ich bin froh, dass das alles schön am gleichen Abend kommt.

Auch die Bemerkung, quasi mangels Transparenz streicht man eine Stelle in der Kommunikation. Das hat ja auch irgendwo einen Zusammenhang, Kommunikation und Transparenz. Wir können mit einer vernünftigen Kommunikationsstelle auch für mehr Transparenz sorgen, ich bin sicher, dass auch der Gemeinderat in den Genuss der einen oder anderen Kommunikations departementsseitig kommen wird.

Zum Schluss, auch das wurde schon gesagt: Wir haben eine Stelle vom Reinigungspersonal übertragen ins Departementssekretariat, wo wir eine Kommunikationsfachperson finanzieren würde, die selbstverständlich ein bisschen teurer ist. Wenn wir das jetzt abschmettern, machen wir es noch extremer oder lassen das gleich von einer im Verhältnis sehr gut bezahlten Juristin machen. Einfach dass Sie das wissen. Das wäre ein Effizienz-Case, wie wir die Arbeit vernünftig verteilen könnten. Es ist auch nicht so, dass wir diese Arbeit nicht machen. Es sind vieles Sachen, die wir machen müssen. Die Konsequenz im Moment ist, dass in meinem Departementssekretariat auf eine beängstigende Art und Weise Überstunden gemacht werden müssen, damit wir Fristen - die sehr häufig von hier drinnen kommen, mit Anträgen, mit Weisungen, mit Vorstössen - einhalten können. Und das ist für mich aus operativer Sicht ein Problem, aber weil das Departementssekretariat so feingranular ist im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen, habe ich keine Möglichkeiten, um da irgendeinen Ausgleich zu schaffen wie an anderen Orten.

Und deshalb bitte ich Sie wirklich, diese sehr, sehr moderate Erhöhung von 50'000 Fr. in meinem Departementssekretariat zuzustimmen.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr diesem Antrag zugestimmt.

Wir kommen zur **PG 222, Informatikdienste**. Und da gibt es einen Kommissionsantrag, Urs Glättli.

**U. Glättli (AK):** Als Kommissionsreferent stelle ich kurz den Antrag der AK zur Produktgruppe Informatikdienste vor:

Die AK ist mit dem der Kommission vor einem Jahr präsentierten Aufbau von Stellen gemäss „ICT-Road-Map 2019-22“ grundsätzlich einverstanden. Jedoch werden aus Sicht der Kommission mit der Vorlage Budget 2020 mehr Stellen beantragt als damals prognostiziert. Der eruierte Überhang beträgt 210'000 Franken gemäss diesem Antrag, was einem Äquivalent von 1.35 Stellen entspricht. Die AK beantragt eine entsprechende Kürzung des Globalkredits dieser Produktgruppe.

Die Grünliberalen übrigen stimmen dieser Kürzung zu.

**D. Siegmann (SP):** Namens der SP-Fraktion möchte ich beliebt machen, den Antrag zurückzuweisen. Es erinnert ein bisschen an das letzte Votum hier. Sobald es um digitale Inhalte geht, wird es schwieriger. Der Weg zu SmartCity erfüllt sich nicht von selber. In diesem Fall geht es um eine Stelle für einen Senior-Wirtschaftsinformatiker, der die IDW unterstützt in vielen zentralen und wichtigen Applikationen, die die Stadt für ihre Hauptaufgaben benötigt. Ohne diese Stelle ist die Stabilität und die Kontinuität dieser Applikation gefährdet. Ich bitte Euch deshalb, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

**F. Kramer (EVP):** Das Budget der Informatikdienste ist aus unserer Sicht an mehreren Punkten nicht so transparent gewesen, wie wir uns das wünschten. Auf mehrmaliges Nachfragen kamen zwar Antworten. Diese Antworten passten aber nicht richtig auf die gestellten Fragen. In mehr als einer Produktgruppe steigen die Kosten mit der Begründung, dass Kosten von den Informatikdiensten zu ihnen transferiert worden seien. IDW sagt dazu, dass sie nur Geld weiterleiten an externe Auftraggeber. Deshalb spiegle sich der Anstieg bei den Produktgruppen, welche Dienstleistungen von IDW empfangen, nicht im Budget von IDW. Der Ball wird zwischen den Produktgruppen und IDW hin und her gespielt, fürs Parlament bleiben die steigenden Informatikkosten zumindest im Halbdunkeln. Die Smart-City-Stelle wurde in die Produktgruppe Stadtentwicklung verschoben. Dies muss sich aus unserer Sicht im Budget der Informatikdienste abbilden. Wir unterstützen den Antrag auf Reduktion des Globalkredits.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Ich verweise auf das Votum von Dominik Siegmann. Ergänzend möchte ich nur anfügen: Informatik ist halt wirklich relativ schwierig steuerbar via WOV. Massgebend ist für mich v.a. die Benchmark-Studie. Und die letzte, die die Informatik vorgelegt hat, war ausgezeichnet.

**T. Brütsch (SVP):** Ich erlaube mir auch zu diesem Antrag noch etwas zu sagen, namentlich geht es da ja um einen Antrag der SVP. Mehrheitlich redundant, aber nichtsdestotrotz: Im letzten Jahr hat das Parlament nach einigem Hin und Her bei der IDW eine massive Stellen-erhöhung bewilligt. Wir haben hier drinnen relativ lange um einzelne Stellen gekämpft. Es ist soweit noch unbestritten, da gebe ich Dir auch Recht, Dominik, dass im Bereich Cyber Security Handlungsbedarf besteht, und da ist auch im Bereich ICT ein Einsatzstau vorhanden, den es zu beheben gilt. Die Alternative, dass man die Geschichten outsourct und es dann unter dem Strich noch teurer kommt, ist sicher keine.

Aber was uns stört, da sind wir wieder beim generellen Thema, dass man uns letztes Jahr eine Road-map verkauft hat bis 2022, dort waren 12 Stellen drin. Wir haben letztes Jahr gesagt, dass wir das grundsätzliche Anliegen der IDW verstehen, aber auch davon ausgehen, dass die IDW mit den zusätzlich gesprochenen Ressourcen sorgsam umgeht. Das war der Auftrag. Und bereits im nächsten Budget hält sich die IDW selbst nicht mehr an diese Road-map und beantragt netto 1.35 Stellen mehr, frei nach dem Motto «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern».

Wir verlangen eigentlich nicht mehr, als dass sich die IDW an ihren eigenen Plan hält, den sie uns letztes Jahr hier drinnen präsentiert hat und der auch die Grundlage war für den letztjährigen Entscheid. Unsere beantragte Kürzung von 1.35 Stellen, eine IDW Vollzeitstelle

150'000 Fr. im Schnitt, gibt 210'000 Fr. Ich hoffe, das ist auch für Dich ausreichend genug begründet, Kaspar.

**U. Hofer (FDP):** Wir hatten bekanntlich letztes Jahr die grosse Diskussion über die Roadmap der IDW, nach der meines Wissens insgesamt 16.8 Stellen aufgebaut werden sollten, 4.8 und 12. Wir haben uns bekanntlich auch schon letztes Jahr dagegen gewehrt. Wir können den Entscheid, den der Gemeinderat gefällt hat, natürlich akzeptieren und nicht hinterfragen. 16.8 Stellen gibt es, jetzt will man einfach 1.35 mehr... Aber irgendwann ist halt unsere Schmerzgrenze erreicht.

Dominik hat eigentlich das richtige Stichwort gebracht: SmartCity. Aber SmartCity wurde verlagert zur Stadtentwicklung und wird dort gross ausgewiesen. Und dass man bei der Informatik diese Stelle eigentlich weniger hat, ist dort nicht ausgewiesen. Ein Beispiel, wie es anders geht: Ich verweise auf Seite 360, Stadtgrün. Dort sieht man, wie man einen Stellenaufbau macht. Es kommt eine Liste von 7 Punkten, welche Stellen man reduziert; eine Liste von 8 Punkten, welche Stellen man aufbaut. Es ist einfach transparent und ehrlich. Und so würde ich es mir wünschen.

Es ist aber nicht das einzige Versteckspiel, das im Finanzdepartement geboten worden ist. Ich nehme an, es ist nicht der jetzige Finanzvorsteher, der dabei die Finger im Spiel hatte. Das andere haben wir gehört mit dieser neutralen Verschiebung ins Departementssekretariat – von Reinigungsstellen.

**I. Kuster (CVP/EDU):** Wir haben es schon einige Male gehört: Die ICT-Roadmap wurde uns vorgestellt und es sollen jetzt mehr Stellen aufgebaut werden. Das können wir nicht befürworten. Auch schwer nachvollziehbare Verschiebungen müssen transparent ausgewiesen werden und nicht erst auf Nachfrage. Dasselbe gilt für Stellen, die anderen Departementen abgegeben werden.

Und SmartCity... Wenn ich da durchlese, die beantragten Stellen: Applikationsmanagement, Support Helpdesk, Security Officer, Service IT-System etc. - da stelle ich mir unter SmartCity etwas anderes vor.

Aus diesem Grund unterstützen wir den Kommissionsantrag um die Kürzung des Aufbaus von 1.35 Stellen. Und ich möchte da doch sagen: Es werden immer noch 4 Stellen aufgebaut. Und die Produktgruppe kann entscheiden, wo sie die 4 Stellen einsetzt.

**Stadtrat K. Bopp:** Ich danke für die teilweise sehr guten und ausführlichen Begründungen. Es gibt verschiedene Sachen:

Ich gebe zu, es ist ein bisschen unglücklich ein Durcheinander passiert bei der einen Stelle, aber das konnten wir nachher klären in der AK. Es gab bei einer Stelle einen längerfristigen, krankheitsbedingten Ausfall. Wir mussten diese Stelle, weil sie für den Betrieb notwendig ist, schon nachbesetzen. Aber selbstverständlich, bei einem krankheitsbedingten Ausfall kann man jemanden nicht hinausstellen, und so kam es, dass man nachher eine sehr gute Nachfolgelösung gefunden hat, aber mit der Verrechnung hintennachgehinkt ist und da tatsächlich in der AK anfänglich falsch argumentiert hat. Dafür möchte ich mich nochmals entschuldigen. Aber ich bin der Meinung, wir haben nachher offen und transparent darüber gesprochen und das aufzeigen können.

Das Zweite, das ich ansprechen möchte, Franziska Kramer, ist das Thema der Kosten, die Du angesprochen hast, ungefähr 250'000, die aus dem Intranet kommen. Und dort waren wir wirklich klar. Dort ist es etwas anderes als bei den Kosten, die Du meinst. Der Punkt ist der: Die IDW, und das ist so definiert in der Informatikstrategie, ist zuständig für sämtliche Beschaffung. D.h. die Lizenzkosten für das Intranet fallen in der IDW, per Informatikstrategie-Definition. Die IDW ist ja selbsttragend und verrechnet diese Kosten weiter, d.h. IDW verrechnet diese Kosten weiter an die Stadtkanzlei, die das Intranet betreibt oder die verantwortlich ist für dieses Intranet. Und deshalb haben wir eine Ausgabeposition bei der Stadtkanzlei, eine Einnahmeposition bei der IDW (die dann halt in einem grossen Block drin ist) und nochmals eine Ausgabeposition bei der IDW – und das Spielchen könnten wir auch noch einige Male weitermachen, aber gesamthaft würde die Kostenfolge für die Stadt genau gleich bleiben,

nämlich bei 1 x 250'000 Fr. Ich glaube, das haben wir erklärt und das sollte nicht das Thema hier drinnen sein.

Informatik ist überall ein wachsender Bereich. Wir haben Mangel im Bereich Sicherheit, im Bereich IT-Architektur. Wir haben sehr viele Projekte, die gestemmt werden müssen. Ich glaube, es ist ausreichend aufgezeigt worden: Der Bedarf ist da, der Bedarf ist fortgeschritten. Es geht um Weiterentwicklung. Es geht allen grösseren Unternehmungen so, dass man immer mehr im Bereich Informatik investieren muss. Wenn wir daran festhalten wollen, wenn wir den Fortschritt wollen, wenn wir eine moderne Stadtverwaltung wollen, dann müssen wir auch bereit sein, in die Informatik zu investieren.

Ich danke für das Ablehnen des Kürzungsantrages.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.

Damit habt Ihr diesem Antrag zugestimmt.

**PG 233, Steuerbezug.** Dazu sind mir keine Anträge bekannt. Wenn es da keine Wortmeldungen gibt, ist diese Produktegruppe bewilligt.

**PG 240, Immobilien.** Da gibt es einen Kommissionsantrag. Das Wort hat Christian Griesser.

**Ch. Griesser (AK):** Dem Informationsteil zum Budget der Produktegruppe Immobilien kann auf Seite 82 entnommen werden, dass wir gegenüber dem Budget 2019 0.46 Stelleneinheiten weniger haben. Trotzdem steigen die Personalkosten ebenfalls gleich wie im Budget 2019 um rund 28'500 Fr. Die Kommissionsmehrheit ist mit dieser Kostensteigerung nicht zufrieden und kürzt deshalb den Globalkredit um 30'000 Fr.

**T. Brütsch (SVP):** Kurzbegründung (vielleicht schiebe ich dann die Replik noch nach, nachdem Roland Kappeler sich geäussert hat): Die Personalkosten steigen um 30'000 Fr. trotz dem Stellenabbau von 0.46 Stellen. In diesem Zusammenhang, wir haben es jetzt auch schon gehört, muss man auch wissen, dass diese Stellen nicht etwa wegfallen, sondern beim Departementssekretariat im HR-Bereich wieder anfallen, allerdings mit bedeutend höheren Lohnkosten. Wir erwarten insofern vom Stadtrat eine kostenneutrale Rechnung.

**R. Kappeler (SP):** Ich spiele gerne den Bodyguard oder Gatekeeper für den Stadtrat da... Das ist aber wirklich der Gipfel vom Bubentrickli! Ich verstehe es zwar, und ich bin am Anfang auch skeptisch geworden, wenn steht minus 0.47 Stellen und plus 30'000 Fr. Aber die Immobilien haben uns die Rechnung präsentiert. Entweder konntet Ihr nicht folgen beim Rechnen oder vielleicht ist es einfach die grundsätzlich enge Brille, die Euch dazu gezwungen hat zu sagen: «Nein, das glauben wir nicht.» Die Immobilien haben nochmals nachgehakt und erklärt, dass es keine ganzjährige Stelle war usw. Ich finde schon, diese Begründung alleine hat eigentlich gezeigt, wie es ist.

Aber jetzt, warum Bubentrickli? Vorher haben wir die 0.46 Stellen Aufbau abgeschmettert. Und jetzt sind die Immobilien die Dummen, die diese 0.46 Stellen hergegeben haben. Also erwartet doch bitte nicht bei diesen Tricklis, dass irgendein Departement nächstes Jahr versucht, Stellen zu verschieben. Sondern dann haben wir genau das, was Urs Glättli da beklagt, dass jeder einfach nur für sich schaut und aufbaut. Ihr fördert das mit solchen Spielchen! Das ist jetzt wirklich einfach ein Eigengol.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL ist der Ansicht, dass man das Budget 2020 nicht nur mit dem Budget 2019 vergleichen soll, sondern v.a. mit der Rechnung 2018. In der Rechnung 2018 haben wir 35.4 Stelleneinheiten und einen Personalaufwand von 4.061 Mio. Das sind 1.6 Stelleneinheiten weniger und der praktisch gleiche Personalaufwand. Wenn wir die Rechnung 2017 hervorheben, zeigt sich ein ähnliches Bild. Insofern sind die höheren Personalkosten gegenüber 2019 vollkommen nachvollziehbar. Und wenn wir dann

ins Detail gehen, müssen wir einfach feststellen, dass die Kommissionsmehrheit vermutlich Birnen mit Äpfeln vergleicht. Die Differenz von diesen 30'000 kommt nämlich daher, dass die Immo sich neu eine Überbrückungsrente von 48'000 belasten lassen. D.h. wir wären bei 4.078 Mio. und dann ziehen wir eben die 18'000, die wegfallen, weg – und dann kommen wir genau auf die 30'000.

Meine Damen und Herren, wir lehnen das selbstverständlich ab.

**U. Glättli (GLP):** Mit dem Rechnen ist es immer so eine Sache – und mit Äpfeln und Birnen natürlich noch mehr.

Die Grünliberale Fraktion stimmt dem Antrag der Aufsichtskommission zu für die Reduktion des Globalkredits der Produktgruppe Immobilien um 30'000 Franken.

**T. Brütsch (SVP):** Ich bin davon ausgegangen, dass es genauso herauskommt, Roli. Zum Vorwurf Bubentrickli: Ich glaube, Ihr habt die Rechnung auch nicht so im Detail angeschaut, vielleicht auch nicht ganz verstanden – was ich Euch jetzt aber nicht ankreide. Denn es ist nicht ganz verständlich.

Jedenfalls stehen diese Zahlen schief in der Landschaft und jetzt auch die Rechnung von Christian Griesser stimmt eben aus unserer Sicht nicht. Selbst wenn die Überbrückungsrenten - die im Übrigen nirgends explizit im Budget erwähnt sind, sondern auf Nachfrage hin schob man irgendwann diese Begründung nach. Nähere Ausführungen zu diesen Überbrückungsrenten gab es auch nicht, man muss darauf vertrauen, dass das so stimmt. Selbstverständlich, wenn man diese 18'000 Fr. abziehen will, dann gibt es die 30'000, Christian, das ist richtig. Aber die 18'000 Fr. sind aus unserer Sicht eben auch nicht plausibel, selbst wenn man in die Lohnklasse 2 geht (ich gehe jetzt doch noch in die Details, ohne Euch zu sehr und zu lange langweilen zu wollen – aber das hast Du Dir zuzuschreiben, Roli, dass der Abend jetzt noch 1-2 Minuten länger wird) und die 0.46 Stellen abzieht bei einem Lohnband der Lohnklasse 2 – dann ist man nach unserer Berechnung in einem Bereich von 25'000 bis 36'500 Fr. minus. Und eben nicht bei 18'000 Fr. Und das ist genau etwas, das ich meine. Wenn man halt so Anträge stellt und budgetiert, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn das Parlament das dann nicht versteht.

**Stadtrat K. Bopp:** Ich glaube, mittlerweile sind wir mit der Rechnerei einverstanden. 48'000 Überbrückungsrente (das ist übrigens nach Personalstatut – wir hätten das gerne noch genauer aufgezeigt, aber diese Frage kam ja nicht) sind einfach eine Überbrückungsrente, die wir nach Personalstatut bezahlen müssen. Und wir hatten das tatsächlich nicht proaktiv im Budgetbuch. Wenn wir jede 48'000 im Budgetbuch so erläutern würden im Vorhinein (also ohne Nachfrage), dann würden wir Lastwagen brauchen, um dieses Budgetbuch von der Verwaltung hierhin zu fahren. Aber selbstverständlich, auf erste Nachfrage konnten wir das sofort nachliefern, diese Information, ganz transparent, das war gar keine Frage.

Die 18'000, die Plausibilisierung, Tobias Brütsch, haben wir auch zusammen nachvollzogen. Und dort hat es halt auch mit dem Thema Vertrauen zu tun. Das ist eine Stelle, die im tiefsten Lohnband in der tiefsten Stufe eingestuft war. Du hast gerechnet, rund 25'000. Es war nicht 0.5, es war 0.46. Das sind knapp unter 25'000. D.h. mit Deiner Begründung wären wir bei 25'000 minus 18'000, dann müsste Euer Kürzungsantrag rund 7'000 sein und nicht 30'000. Wir haben nach Eurer Begründung offensichtlich 7'000 zu wenig abgezogen. Aber selbst das haben wir ja begründet, und zwar, indem die Immobilien sagten, sie rechnen nicht damit, dass sie die 0.45 voll bestellen werden. Und deshalb haben sie nicht alles ins Budget gestellt. Was, denke ich, ein erwünschter Vorgang ist, dass wenn man eine Stelle, die man im Stellenplan hat, nicht ganz besetzen kann, dass man das auch nicht einfach so budgetiert. Aber mit solchen Massnahmen zwingt Ihr uns dazu, das in Zukunft voll zu budgetieren. Man ging davon aus, dass man die Stelle nicht das ganze Jahr besetzen kann, deshalb hat man nur 18'000 ins Budget eingestellt 2019. Und wenn wir für diese Stelle 2019 nur 18'000 eingestellt haben, können wir selbstverständlich auch nur 18'000 herausnehmen, wenn wir diese Stelle herausnehmen. Ich glaube, das leuchtet ein.

Also, die Rechnung ist: Plus 48'000 Überbrückungsrente minus 18'000 von dem, was budgetiert war für die Stelle 2019, bei der man nicht davon ausging, dass man sie voll besetzen kann, gibt ein Plus von 30'000 Fr. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, aus einfachen rechnerischen Überlegungen.

**Ratspräsident A. Geering:** Wir kommen zur Abstimmung.  
Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge das zeigen durch Handerheben.  
Wer den Antrag ablehnt, möge das zeigen durch Handerheben.  
Dieser Antrag ist angenommen.

Der nächste Antrag ist zu Null, deshalb gehe ich davon aus, dass es keine Debatte gibt und deshalb machen wir ihn noch. Es ist ein Kommissionsantrag, Zeno Dähler.

**Z. Dähler (BBK):** Es geht bei diesem Antrag um die Korrektur eines Fehlers im Budget, und zwar beim Verpflichtungskredit 33090. Im Programm 2020 sind 1.1 Mio. eingestellt. Richtig sind 4.4. Mio. Mit dem, dass wir das jetzt noch überwiesen, würden wir den Fehler im Budget korrigieren.

**Ratspräsident A. Geering:** Gibt es Wortmeldungen? Wünscht der Stadtrat das Wort?  
Damit ist der Antrag wie beantragt bewilligt.

Wir haben damit die Produktegruppe Immobilien 240 mit den gemachten Änderungen bewilligt.

Wir sind im Departement Finanzen. Wir haben  
PG 221, Finanzamt  
PG 222, Informatikdienste  
PG 233, Steuerbezug  
PG 240 Immobilien  
bewilligt.

Wir brechen an diesem Punkt die Sitzung ab und werden mit den Städtischen Allgemeynkosten am nächsten Montag weiterfahren.  
Ich danke Euch für die Arbeit und wünsche Euch eine schöne Woche.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)